

# Das Parlament

Berlin, Montag, 05. Januar 2015

www.das-parlament.de

65. Jahrgang | Nr. 2-3 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Die Kühle aus dem Norden

Aydan Özoguz Der Empfang ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer im Auswärtigen Amt vor Weihnachten war für die Integrationsbeauftragte ein „schöner Höhepunkt“ und letzter offizieller Akt eines stressigen Jahres. Mit Aydan Özoguz führt seit Ende 2013 erstmals eine Migrantin das im Kanzleramt angesiedelte Amt. Das erste Jahr ihrer Tätigkeit stand ganz im Zeichen der Ausbildung von Zuwanderern – mit dem Integrationsgipfel im Dezember als Höhepunkt.



Über die Gesetze 2014 zum Doppelpass und zu Verbesserungen für Asylbewerber, bei denen viele SPD-Forderungen umgesetzt wurden, freut sich Staatsministerin Özoguz. Die Anglistin wurde als Tochter einer in den 1950er Jahren eingewanderten türkischen Gastarbeiterfamilie in Hamburg geboren und ist seit 2009 Hamburger SPD-Bundestagsabgeordnete. Auch 2015 verspricht wieder viel Stress und hat für sie den Schwerpunkt „Gesundheit und Pflege für Zuwanderer“. Özoguz vertritt ihr Amt eher zurückhaltend, sie scheut schrille Töne. Kritik daran perlt bei der 47-Jährigen hanseatisch-kühl ab.

kru |

## ZAHL DER WOCHE

50

Millionen Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene gibt es laut UN-Flüchtlingshilfswerk weltweit – so viele wie 1945 nicht mehr. Das ist ein Anstieg seit 2012 um sechs Millionen. Er wurde vor allem durch den Syrien-Krieg verursacht.

## ZITAT DER WOCHE

»Eine wahrhaft ermutigende Erfahrung dieses Jahres.«

Joachim Gauck, Bundespräsident, in seiner Weihnachtsansprache, zur Bereitschaft vieler Bürger in Deutschland, Flüchtlingen in der Not zu helfen

## IN DIESER WOCHE

### THEMA

**Interview** Manfred Schmidt, Präsident des Migrations-Bundesamts, im Gespräch Seite 2

**Porträts** Ein Syrer, ein Rom und ein Spanier erzählen ihre Lebensgeschichte Seite 3

**Statistik** Die weltweiten Wanderungen in Zahlen und Schaubildern Seite 4,5

**Streitgespräch** Stefan Mayer (CSU) und Ulla Jelpke (Linke) im Doppelinterview Seite 9

**Blick in die Welt** Wie andere Staaten mit Einwanderung umgehen Seite 13

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



4 194560 401004

# Aus Notwehr wird Klugheit

ZUWANDERUNG Die deutsche Gesellschaft hat ihre Vorteile durch Immigration erkannt

Im Osten Deutschlands demonstriert seit Wochen die „Pegida“. Es begann mit einigen hundert Menschen, mittlerweile ziehen unter dem gut beleumdeten Slogan „Wir sind das Volk“ Tausende durch die Straßen, montags in Dresden, aber inzwischen auch anderswo. Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ tragen ihr Programm im Namen, Politiker etablierter Parteien sind alarmiert. Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) macht sich „Sorgen, dass diese Gruppierungen aggressiv Stimmung machen“ auf dem Rücken von Flüchtlingen. „Wir müssen aufmerksam bleiben und dafür sorgen, dass dies bei uns keinen Nährboden findet.“ So ähnlich sehen sie das auch bei der CSU. Zwar wackelte die Regierungspartei kurz und bedurfte erst einer Welle von Hohn und Spott, damit sie von ihrer Forderung abrückte, dass Zuwanderer zuhause deutsch sprechen müssten. Nun sollen die Fremden, die dauerhaft hier leben möchten, nur noch „motiviert werden, im täglichen Leben deutsch zu sprechen.“ Dass das Ganze nicht glücklich gelaufen ist, räumen führende Parteilinge ein. Denn eigentlich steht auch die CSU hinter dem bundesdeutschen Konsens, zu dem die demokratischen Parteien in den vergangenen Jahren schleichend gefunden haben: Migranten, Flüchtlinge oder Asylsuchende nicht zunächst als Problem zu sehen, sondern vielleicht sogar als Chance.

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) widmete kürzlich vor dem Arbeitsetag in Berlin einen Teil der knappen Redezeit seines Grußworts Flüchtlingen, die sich in großer persönlicher Not bis nach Deutschland durchgeschlagen hätten und denen es nun zu helfen gelte. Auch in der Bevölkerung ist im Zusammenhang mit den Bürgerkriegsflüchtlingen, die derzeit vor allem aus Syrien, Somalia, Afghanistan und anderen zerrissenen Staaten kommen, eine große Hilfsbereitschaft auszumachen. Als im Herbst 2014 das Versagen der Politik deutlich wurde, sich auf den abzusehenden Ansturm vorzubereiten und selbst im gewöhnlich gut organisierten und finanziell vergleichsweise gut gepolsterten Bayern die Unterkünfte überquollen und dann die Menschen die Nächte im Freien verbringen mussten, da war die öffentliche Resonanz eben nicht, wie vielleicht zu erwarten, eine Abwehrhaltung nach dem Motto „Na seht Ihr: Das Boot ist voll“, sondern häufig ein „Wir helfen alle mit.“

In der Welt angekommen Die Deutschen, wagt man vorsichtig zu hoffen, sind mehrheitlich in der Welt angekommen, sie öffnen ihre Grenzen – für Flüchtlinge, aber auch für Zuwanderer aus anderen Staaten Europas. Nach Zahlen der Industrieländerorganisation OECD ist die Zuwanderung hierzulande im vergangenen Jahr so stark angestiegen wie nirgends sonst. Rund 465.000 Menschen kamen dauerhaft nach Deutschland, doppelt so viele wie 2007. Seitdem ist der Anteil Deutschlands an der dauerhaften innereuropäischen Migration von weniger als neun auf 35 Prozent regelrecht explodiert. Deutschland ist mittlerweile das zweitbeliebteste Ziel von Migranten weltweit. Damit einher geht, dass die Zuwandererdebatte – endlich – über die moralische Ebene hinaus greift, sie wird nun auch wirtschaftlich geführt. Das ist nicht besser, hat aber eine nachhaltigere Wirkung. „Wir müssen diesen armen Menschen helfen“. Wer derart barmherzig argumentiert, weiß die Moral auf seiner Seite, hat aber schnell den Zeitgeist gegen sich, wenn es unbequem wird. Wenn die Erkenntnis um sich greift, dass es sich auch wirtschaftlich für die Deutschen lohnt zu helfen, festigt sich die Position der Hilfswilligen. Die Argumente liegen schon lange bereit, nun fin-



Die Ausbildung junger Migranten wie hier in Chemnitz soll helfen, den Fachkräftemangel abzumildern und damit mehr Wachstum zu schaffen.

© picture-alliance/28

den sie auch gebührende öffentliche Aufmerksamkeit. Deutschland ist keine Insel, kann sich nicht mit seinem Wohlstand verbarrikadieren. In die moderne Welt kommen Menschen, wenn sie nur verzweifelt genug sind, so oder so. Wer sie aufhalten will, müsste zu menschenverachtenden Maßnahmen bereit sein. Jetzt wird praktisch jeder aufgenommen, findet sich zum Beispiel in überfüllten italienischen Lagern, wird von den Behörden wieder auf freien Fuß gesetzt mit der stillschweigenden Aufforderung, sich doch bitte nach Norden durchzuschlagen – gegen die Regeln der Dublin-Vereinbarungen der EU. Zum Beispiel nach Deutschland, dem starken Mann in Europa. Dahin, wo noch Geld ist inmitten der europäischen Schuldenkrise. Das kann man mit Blick auf Italien unsolidarisch nennen, einen Verstoß gegen europäische Gebote. Man kann es auch Notwehr nennen. Oder Klugheit. Denn Deutschland braucht Zuwanderung. Die Wirtschaft vermisst den Nachwuchs, die Sozialsysteme erst recht. Noch gibt es in Deutschland 50 Millionen Arbeitsfähige, doch die Zahl sinkt rasch. 2030 werden es unter heutigen Annahmen nur noch 40 Millionen sein. Nicht von ungefähr betont Eric Schweitzer, der Präsident aller Industrie- und Handelskammern des Landes, die Wirtschaft brauche „jeden einzelnen Migranten“. Am konkretesten wird das neue Denken mit Blick auf die unbegleiteten minderjäh-

rigen Flüchtlinge, die derzeit in steigender Zahl aus dem kriegerischen Nahen Osten zu uns kommen. Die psychologische Situation dieser allein gelassenen, von ihren Familien getrennten jungen Menschen ist unerträglich – einerseits. Sie sind aber auch, das berichten jene, die mit ihnen zu tun haben, häufig außergewöhnlich motiviert, leistungswillig, zielstrebig. Wer sich alleine bis nach Deutschland durchgeschlagen hat, will kein Opfer sein, sondern sein Schicksal in die Hand nehmen. Ihnen zu helfen, macht sich beispielsweise die von dem Unternehmensberater Roland Berger ins Leben gerufene gleichnamige Stiftung anheischig. Eine Stiftung, die sich auf die Bildung und Ausbildung benachteiligter Jugendlicher konzentriert und hier ein lohnendes Feld sieht. Die jungen Menschen sollen rasch deutsch lernen, sich integrieren, in die Schule gehen, dann in eine Ausbildung oder gerne auch ins Studium. Viele, die den Zustrom von Ausländern kritisieren, gehen von falschen Voraussetzungen aus, reden über einen Angriff aufs deutsche Sozialsystem. Ja, es gibt welche, die Hilfe suchen und zu mehr nicht willens oder in der Lage sind – aber es sind weniger als man denkt. Die Armutszuwanderung wird notorisch überschätzt. Nur fünf Prozent der Menschen kommen von außerhalb der EU. Innerhalb der EU stellen die Rumänen das stärkste Kontingent, aber auch von diesen haben viele – ein Viertel und mehr – hohe Quali-

fikation, arbeiten zum Beispiel als medizinisches Personal in deutschen Krankenhäusern. Auch kommen viele (gut ausgebildete) Spanier oder Griechen, die durch die Wirtschaftskrise und die hohe Jugendarbeitslosigkeit in ihren Heimatländern vermehrt nach Deutschland drängen, weil sie hierzulande bessere Perspektiven sehen. Auch viele der Syrier sind bestens ausgebildet und qualifiziert einsetzbar.

**Probleme bei Integration** Eine Studie der Bertelsmann Stiftung mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut ZEW in Mannheim weist nach, was Ökonomen seit jeher wissen: Migration ist der beste Weg gegen Armut – für die Migranten, aber auch für die Zielländer. Hier lebende Ausländer – 6,6 Millionen sind das zur Zeit – führen nach dieser Studie deutlich mehr an den Staat ab, als sie an Sozialleistungen beziehen. Im Schnitt sind es pro Ausländer im Jahr 3.300 Euro mehr an Steuern und Sozialabgaben als staatliche Leistungen. Mehr als die Hälfte der Neuzuwanderer hat einen Job, 36 Prozent sogar einen mit hoher Qualifikation. Es spricht also alles dafür, Zuwanderung als Chance zu sehen, nicht als Risiko. Natürlich gibt es Probleme bei der Integration, gibt es Abschottung, Gewaltpotenzial, Extremismus. Wo gibt es das nicht, wenn Menschen in großer Zahl enturzelt sind? Darauf aber kann man abwehrend reagieren oder konstruktiv. Alles spricht dafür, dass der neue Realismus, zu dem immer mehr Deutsche finden, der richtige Weg ist – wenn er klug beschränkt wird. Die Art und Weise, wie sich Stiftungen, Vereine und auch der Staat im Moment besonders um die unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge kümmern, ist vielversprechend und hat Vorbildcharakter. Der Staat darf von Bildung nicht nur reden, sondern sollte handeln, er muss viel Geld (und viel privates Engagement) investieren, um möglichst viele der Zuwanderer zu qualifizieren. Damit sie dann in Deutschland arbeiten, gut für uns, oder in ihre Heimatländer zurückgehen, gut für diese Länder. Die Welt ist eins.

Marc Beise

Der Autor leitet die Wirtschaftsredaktion der Süddeutschen Zeitung. ||



Flüchtlingskinder in Berlin besuchen den Kinderzirkus.

© picture-alliance/dpa

## EDITORIAL

### Bedrohung vom Mars

VON JÖRG BIALLAS

Die Debatte um den Umgang mit Migration dreht sich in Deutschland seit Wochen um eine eigentümliche Bewegung, die sich martialisch „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ nennt. Diese Gruppierung ist eine bemerkenswerte Mischung aus Rechtsextremisten und Zuwanderungsgegnern, aber auch finanzknappen Rentnern, Arbeitslosen, also Menschen, die sich an den sozialen Rand gedrängt fühlen, bis hin, ja, auch die gibt es in den Protestzügen, Gegnern der Pkw-Maut. Also all jene, die sich unter der nur diffus zu definierenden Rubrik „Politikverdrossenheit“ zusammenfassen lassen. Politiker aller Parteien bemühen sich um den Eindruck, dass die Sorgen und Nöte dieser Bürger ernst genommen werden müssten. Das ist richtig. Jedenfalls so lange es um den Teil der Demonstranten geht, die nicht dem neonazistischen Spektrum zuzuordnen sind. Aber auch diesen Menschen muss gesagt werden: Wer mit bekennenden Rechtsradikalen auf die Straße geht, macht sich mit deren Sache gemein. Und: Gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ zu kämpfen, ist ähnlich plausibel, wie vor einer Besetzung des Berliner Regierungsviertels durch Marsmenschchen zu warnen. Gut, dass der Umgang mit Flüchtlingen, die Hilfe für Migranten dieses Spektakel in Dresden und anderswo jeden Tag mannigfaltig Lügen strafte. Die ganz überwiegende Zahl der Deutschen findet es richtig und notwendig, Menschen in Not zu helfen. Diese Not hat viele Gesichter: politische Verfolgung, Hunger und Armut, aber auch Zukunftsangst, weil in der Heimat eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt fehlt. Gewiss, Deutschland kann das Elend der Welt nicht allein lösen. Aber wir können und müssen bereit sein, uns im Zusammenspiel mit den anderen europäischen Einwanderungsländern in dieser Frage effektiver zu organisieren. Selbsternannte „Patrioten“, die verkennen, dass letztlich nur Zuwanderung die Probleme des demografischen Wandels lösen kann, sind keine „Europäer“. Sie bereiten lediglich dem Rechtspopulismus den Weg auf die politische Bühne. Was in anderen europäischen Nationen längst zu besichtigen ist, war in Deutschland – nicht zuletzt aus historischen Gründen – bisher weitgehend tabu. Demokraten aller Couleur muss daran gelegen sein, dass das so bleibt.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## GASTKOMMENTARE

FLÜCHTLINGSVERTEILUNG IN DER EU FREIGEBEN?

## Asyl mit Perspektive

PRO

Vera Gaserow,  
freie Journalistin

Ein Dauerproblem, so ungelöst wie dringend: Beim Flüchtlingsschutz machen sich allzu viele EU-Mitglieder einen verdammten schlanken Fuß. Diese Flucht aus der Verantwortung muss Europa schleunigst mit einer gerechten Lastenverteilung stoppen. Im Prinzip richtig. In der Praxis falsch – jedenfalls dann, wenn Brüssel dazu nichts anderes einfällt als das Pokern um Quoten, nach denen man „die Last“ Flüchtling von einem Land zum anderen schiebt. Nur zur Erinnerung – es geht hier nicht um Milchquoten oder Agrarsubventionen. Es geht um leidende Menschen. Menschen, die ein Mindestmaß an Humanität, sozialer Absicherung, beruflicher Zukunft und Hilfe durch eigene Landsleute suchen. Wo bitte sollen sie die finden im pleitegebeutelten Griechenland? Wo in Rumänien, das seine eigenen Minderheiten in die Flucht treibt, wo im krisengeschüttelten Spanien, dessen Jugend selbst vor der Arbeitslosigkeit gen Norden flieht? Mit dieser Politik täte sich auch Europa keinen Gefallen. Das zeigt nicht zuletzt das Dublin-Abkommen. Das EU-Regelwerk vergattert Asylbewerber, in den Ländern zu bleiben, wo sie erstmals europäischen Boden betreten. Das sind vor allem die Mittelmeeranrainer. Längst wohnen die Flüchtlinge trotzdem in Köln, Amsterdam oder Stockholm – nur heimlich und rechtlos. Nein, wer in einem ökonomisch und sozial so ungleichen Europa Menschen in Länder drängt, wo sie keine Perspektive haben, schafft keine Gerechtigkeit, sondern einen Verschiebebahnhof. Einige werden dort auf dem sozialen Abstellgleis bleiben. Viele jedoch werden – Aufnahmequoten hin oder her – unerlaubt doch nach Skandinavien, Belgien oder Deutschland ziehen. Auf ihrem Weg dorthin hat Europa dann wichtige Zeit für ihre Integration verloren.

## Naives Konzept

CONTRA

Hagen Strauß,  
»Saarbrücker Zeitung«

Es ist ohne Zweifel eine große Schande für Europa, dass mehr als 3.000 Flüchtlinge letztes Jahr ihr Leben auf dem Mittelmeer gelassen haben. Eine Zahl, die Europa erschüttern muss. Und die belegt: Der Kontinent braucht dringend ein humanes, europäisch gerechtes Flüchtlingskonzept, mit dem auch den Schleuserbanden entgegengewirkt werden könnte. Nur so kann dem tödlichen Drama auf dem Meer begegnet werden. Flüchtlingspolitik ist allerdings eine heikle Angelegenheit, gerade weil es um herzerreißende Schicksale geht. Da helfen keine einfachen Rezepte. Ein Freifahrtsschein für Flüchtlinge oder die Maßgabe, jeder nimmt so viel auf, wie er will, wären solch simple und zugleich naive Konzepte. Das Wohlstandsland Deutschland gehört zu den attraktivsten Ländern der Welt. Nichtsdestotrotz hat die Republik wie andere Staaten auch Grenzen bei ihrer Aufnahmebereitschaft. In vielen Kommunen sind diese Grenzen bereits erreicht. Niemand sollte daher verkennen, welche negativen Folgen eine ungesteuerte und nicht abgestimmte Flüchtlingspolitik auf die Lage der Städte und die Stimmung in der Bevölkerung haben könnte. Gutmenschen allein hilft auch Flüchtlingen nicht. Was Europa braucht, ist eine fairere Lastenverteilung. Für jeden Mitgliedsstaat müssen – unter Bezug auf Faktoren wie Wirtschaftskraft, Einwohnerzahl oder Arbeitslosenquote – feste Quoten gelten. Für Deutschland könnte das bedeuten, mehr Menschen helfen zu müssen. Aber der Umgang mit dem Flüchtlingsstrom würde für alle planbarer werden. Und übrigens den Rechten hierzulande das Argument entreißen, Deutschland werde überfremdet. Auch das wäre nicht das Schlechteste.



Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 13. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

**Herr Schmidt, beim Thema Integration von Zuwanderern wird viel über die Millionen Muslime hierzulande diskutiert und darüber, dass es da häufig an der Integration hapert. Wie sehen Sie das?**

Das Ganze ist eine schwierige Diskussion, auch, weil die Zahl der Muslime in Deutschland oft überschätzt wird. Nach einer Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration gehen 70 Prozent der Befragten von deutlich mehr als den tatsächlichen vier Millionen aus. Das zeigt sich auch an den Montagsdemonstrationen „gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Bei 99,9 Prozent der Muslime in Deutschland ist die Integration unproblematisch. Es gibt Probleme im Bildungsbereich. Das hat aber nichts mit Religionszugehörigkeit zu tun, sondern mit sozio-ökonomischen Ursachen.

**Der Berliner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky hat da in seinem Bezirk Neukölln aber ganz andere Erfahrungen ...**

Herr Buschkowsky ist ja für die Politik, die in seinem Bezirk gemacht wird, seit langem verantwortlich. Er hat aber insofern Recht, als wir bestimmte Probleme bei der Integration wie zum Beispiel auch in Neukölln, nicht totschweigen dürfen. Man muss dabei aber differenzieren.

**Liegen die Integrationsprobleme primär an mangelnder staatlicher Förderung, wie es die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung sagt, oder liegt vieles nicht auch am Verhalten der Migranten selbst?**

An staatlicher Förderung mangelt es aus meiner Sicht nicht. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gibt es Integrationskurse als Kern der bundesstaatlichen Förderung. Wir hatten 2014 etwa 200.000 Teilnahmeberechtigungen für den Integrationskurs ausgestellt – so viele wie seit 2005 nicht mehr. Über 60 Prozent nehmen freiwillig teil. Daran zeigt sich, dass der Wille da ist, deutsch zu lernen. Die Bestehensquote auf dem höchsten Niveau liegt bei 60 Prozent. Andererseits werden im Bildungsbereich Kinder nicht genügend nach ihrer sozialen Herkunft gefördert. Dazu hat die Bundesregierung unter anderem ein Sonderprogramm mit 400 Millionen Euro für Schwerpunkt-Kitas aufgelegt. Aber wir müssen auch über die vielen Bildungsfernen von Migranten reden, die zum Beispiel der 10. Bericht der Integrationsbeauftragten zeigt.

**Im diesem Bericht fand sich die Bemerkung, der Bildungsstand habe kaum Auswirkungen auf die Armutsgefährdung von Migranten. Das steht doch in ziemlichem Gegensatz zu Aussagen der Bundesregierung, oder?**

Ich glaube nicht, dass es da einen Gegensatz gibt. Diesen Befund haben die Integrationsbeauftragte, aber auch der Sachverständigenrat ja richtig herausgelesen. Zum Beispiel müssen Jugendliche mit türkischem und arabischem Nachnamen mehr Bewerbungen schreiben als jemand, der Schmidt heißt.

**Sind Sie für anonymisierte Bewerbungen?**

Dieses Modellvorhaben kam von der Antidiskriminierungsstelle. Es zeigte sich, dass nach anonymisierten Bewerbungen ein höherer Anteil Bewerber mit Migrationshintergrund zu Gesprächen eingeladen wurde. Die Einmündung später in den Beruf ist aber dann kaum messbar. Ich bin trotzdem für anonymisierte Bewerbungen, weil sie mittelfristig wirken: Wenn man in einem Bewerbungsgespräch einen konkreten Menschen vor sich hat, lösen sich eventuell vorhandene Vorurteile oft auf, nach dem Motto: Den meine ich ja gar nicht.

**Was muss getan werden, damit jungen Leuten aus Zuwandererfamilien der Einstieg in Ausbildung und Arbeit besser gelingt?**

Wir brauchen zum Beispiel eine begleitende Einmündung in den Beruf. Das Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf muss verstärkt werden. Bei Arbeitgebern müssen wir zu dem helfen, Vorurteile abzubauen. Der vergangene Integrationspakt hat gezeigt, dass es da

## »Es gibt viele Erfolge«

MANFRED SCHMIDT Der Leiter des Migrations-Bundesamts zur Integration von Muslimen und zu Flüchtlingen in Deutschland



© picture-alliancedpa

viele Maßnahmen gibt. In Hamburg werden zum Beispiel alle Jugendlichen erfasst und die Senatsbehörden schauen dann, ob alle in eine Ausbildung gekommen sind und wo es noch hapert. Das ist ein vernünftiger Weg.

**Zu Flüchtlingen: Deutschland registrierte zuletzt eine Verdoppelung der Zahl von Asylbewerbern in den beiden vergangenen Jahren auf rund 200.000. Wird der Trend anhalten und welche Zahlen sind verknüpfbar?**

Für Menschen, die in Deutschland Schutz brauchen und politisch verfolgt sind, kann es keine

Grenzen nach oben geben. Diesen Anspruch haben wir nach der Genfer Flüchtlingskonvention und dem Grundgesetz. Der Trend für 2015 ist schwer abzuschätzen. Wir gehen von 230.000 Flüchtlingen aus, die nach Deutschland kommen. Dabei gibt es das Phänomen der vielen Anträge aus den sicheren Herkunftsländern im westlichen Balkan.

**Gibt es denn nach den gesetzlichen Regelungen, Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegovina als sichere Herkunftsländer einzustufen, schon einen Rückgang der Anträge?**

Nein.

Im Moment noch nicht. Das ist aber immer so. Es gibt dann meist die letzte Welle, bevor sich etwas ändert.

**Wie sehen Sie die Aufnahmebereitschaft der deutschen Bevölkerung für Flüchtlinge?**

Es ist ein unglaubliches Engagement da. Nur ein Beispiel: Nachdem im 10.000-Einwohner-Ort Mefstetten in Baden-Württemberg eine Ersteinrichtung des Landes eingerichtet wurde, haben sich binnen kurzer Zeit 150 ehrenamtliche Helfer gemeldet. Oder in Erlangen gab es so viele Kleiderspenden, dass die Stadt Hallen anmieten musste.

**Aber es gibt auch Proteste gegen weiteren Zustrom von Ausländern wie in Berlin, Dresden oder anderswo. Haben Sie Verständnis für die Sorgen der Bürger?**

Nein. In Dresden wird gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ demonstriert, dabei hat Sachsen einen Anteil muslimischer Staatsangehöriger von 0,1 Prozent. Nach einer „Spiegel“-Umfrage sagen 65 Prozent, dass die Politik nicht genug auf die Sorgen der Bürger über die Flüchtlings- und Migrationspolitik eingeht. Da ist es schwierig, eine Einschätzung zu geben. Klar ist: Je früher man mit Menschen kommuniziert und Bürgerversammlungen macht, umso eher kann man eventuelle Vorbehalte oder Vorurteile abbauen. Ängste sind auch etwas Subjektives, gegen die man nicht immer rational vorgehen kann.

**Die bayrische Landesregierung hat sich beschwert, dass beim Bamf über 160.000 Asylanträge unbearbeitet sind. Wann kann Ihre Behörde Asylanträge schneller bearbeiten?**

Wir haben in diesem Jahr bereits über 50 Prozent mehr Anträge entschieden als 2013. 2015 bekommen wir 350 neue Kollegen, 2014 waren es 300. Das Ganze ist eine Ressourcenfrage, es geht aber auch um die Rahmenbedingungen generell.

**Ein Problem ist die sehr geringe Zahl von Abschiebungen bei uns. In Deutschland wurden bei 148.000 Ausreisepflichtigen in der ersten Hälfte 2014 nur 5.700 Menschen abgeschoben. Wie kommt das?**

Man muss zwangsweise und freiwillige Rückführungen sehen. Freiwillig sind 2014 rund 12.000 Personen heimgekehrt. Bei zwangsweisen Abschiebungen gibt es dasselbe Problem wie bei der Bearbeitung der vielen Asylanträge. Auch die für Abschiebungen zuständigen Ausländerbehörden sind personell nicht so ausgestattet, damit die oft mit höherem Aufwand verbundenen Abschiebungen in erhöhter Anzahl stattfinden können.

**Zwei Drittel der Flüchtlinge in der EU kommen in ein halbes Dutzend Länder, darunter Deutschland. Alle Appelle zu gerechter Verteilung verhallen bisher. Sind solche Aufrufe nicht illusorisch, weil jeder erst mal an sich selber denkt?**

Es ist richtig, dass jeder hier an sich selbst denkt. Die derzeit diskutierte Verteilungsregelung ist ja eine administrative. Es müssen aber auch die Aufnahmebedingungen in den entsprechenden Ländern besser geregelt werden. Dass nur fünf EU-Länder nennenswert Flüchtlinge aufnehmen, kann nicht so weiter gehen. Die EU ist ja auch ein Werteverbund.

Das Gespräch führte Hans Krump.

**Manfred Schmidt (Jahrgang 1959) ist seit Dezember 2010 Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.**

**Gebürtig in Frankfurt am Main, hat er Rechtswissenschaften studiert. Nach der Promotion 1990 arbeitete Schmidt im Bundesinnenministerium, zuletzt leitete er dort die Abteilung für Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz.**



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## PARLAMENTARISCHES PROFIL

## Die Aufsteigerin: Luise Amtsberg

Die Flüchtlingspolitik nach einer Art Verwertungslogik lehnt Luise Amtsberg ab. „Es geht nicht nach dem Motto: Kommen kann, wer nützlich ist. So funktioniert das Grundrecht auf Asyl nicht“, stellt die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion klar. Flüchtlings- und Migrationspolitik sollten sich nach ihren Vorstellungen ergänzen und nicht gegeneinander ausgespielt werden. „Wenn ich sage: Wir brauchen Einwanderung wegen des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels, denke ich nicht nur an das Anwerben von Hochqualifizierten aus bestimmten Nationen. Sondern auch daran, dass Flüchtlinge Qualifikationen mitbringen und man ihnen die Möglichkeit geben muss, in ihrem Tätigkeitsfeld arbeiten zu können“, sagt sie. Arbeitsmarktzugang fordern die Grünen schon lange. „Nicht, weil es wirtschaftlich für Deutschland von Vorteil ist, sondern in erster Linie, weil es Flüchtlinge in die Lage versetzt, selbstbestimmt zu leben und hier ein neues Leben zu beginnen.“

Schutzsuchenden Hilfen anzubieten – dahinter steht aus Sicht von Luise Amtsberg auch die Mehrheit in der Bevölkerung. Trotz Antisemitismus-Spaziergängen und Hooligan-Demonstrationen. „Ich kenne viele Projekte, bei denen ich sehr viel Solidarität und Kreativität erlebe, wenn es darum geht, den Menschen zu helfen“, sagt sie. Hilfreich für viele Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien sollen auch die zwischen Bund und Länder verabredeten Verfahrensbeschleunigungen bei Asylverfahren sein. „Asylverfahren zu beschleunigen ist gut, solange es nicht auf Kosten der Rechte von Schutzsuchenden geht“, sagt Luise Amtsberg. Für die ist es zugleich „absolut inakzeptabel“, dass die

Regelung auf Iraker jesisdischen und christlichen Glaubens beschränkt sein soll. „Eine Entscheidung über die Aufnahme anhand der Glaubensrichtung zu fällen, ist inakzeptabel und mit unserem Asylrecht gar nicht vereinbar. Dort heißt es: Wer politisch verfolgt ist, bekommt Asyl“, sagt Luise Amtsberg. Opfer des Terrors des „Islamischen Staats“ könne jeder werden, der sich ihnen nicht unterwerfe. „Da spielt der Glaube keine Rolle.“

Spricht man mit Luise Amtsberg über Flüchtlinge, kommt man nicht



© DSt/Inchm. Melede

»Man muss Flüchtlingen die Möglichkeit geben, in ihrem Tätigkeitsfeld arbeiten zu können.«

um den innerparteilichen Streit um die Zustimmung des baden-württembergischen Parteifreundes und Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann im Bundesrat zum Asylkompromiss herum. Die Grünen-Bundestagsabgeordnete will es ganz deutlich sagen: „Ich hätte am Ende anders entschieden. Auch in Regierungsverantwortung müssen wir Grüne unseren Grundsätzen Raum verschaffen. Das Interesse eines Bundeslandes sollte dabei nicht im Vordergrund stehen.“ Die Re-

gelung zu den sicheren Herkunftsstaaten und die neue Einbeziehung der Westbalkanländer sei falsch – und zwar in Gänze. „Das ist schon immer Standpunkt der Grünen gewesen.“ Für sie stelle sich daher die Frage: „Was von dem, was wir formulieren, ist in der Regierungsarbeit umsetzbar?“ Auf Landesebene bekämen die Grünen offenbar auch nicht alles auf die Reihe, was man in Berlin vom Bund erwarte. „Das sollte uns zu denken geben“, sagt die 30-jährige Senkrechtstarlerin, die erst seit dieser Legislaturperiode als Spitzenkandidatin der schleswig-holsteinischen Grünen dem Deutschen Bundestag angehört. Eine rasante Entwicklung für die Politikerin, die unter anderem im Innen- und Menschenrechtsausschuss sitzt. Noch im vergangenen Jahr studierte die gebürtige Greifswalderin Islamwissenschaften, Politik und evangelische Theologie in Kiel und arbeitete dreimal die Woche in der Kneipe einer Freundin. Ein Thema, das die Medien gerne aufgenommen haben. Luise Amtsberg ist von diesem „Labeling“ nicht gerade begeistert. „Journalisten fanden es immer spannend, darüber zu schreiben, dass ich im Studium gekellnert habe. Mein viel spannenderes Studium fand hingegen kaum Erwähnung.“ Außerdem fanden sich im Bundestag schließlich Menschen aus vielen Bereichen der Gesellschaft. Warum soll dort also nicht auch eine gerade frisch fertig gewordene Studentin sitzen, die noch bis vor kurzem in einer Kneipe als Kellnerin gearbeitet hat? Die Abgeordnetentätigkeit wiederum sei nun eine Konsequenz ihrer Kandidatur. „Es war also nicht mein Ziel, Politik zu machen. Da kann ich ja jetzt nicht total überrascht davon sein, dass sich nun vieles für mich ändert“, gibt sie sich ganz pragmatisch.

Götz Hausding |

## DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Anschrift der Redaktion**  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (030) 227-305 15  
Telefax (030) 227-365 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Chefredakteur**  
Jörg Biallas (jbi)

**Verantwortliche Redakteure**  
Julian Burgert (jbb)  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stell. v.d.  
Michael Klein (mik)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), v.d.  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weimlein (aw)

**Fotos**  
Stephan Roters

**Redaktionschluss**  
2. Januar 2015

**Druck und Layout**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

**Anzeigen-Vertriebsleitung**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main

**Leserservice/Abonnement**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 75 01-42 53  
Telefax (069) 75 01-45 02  
E-Mail: [parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

**Anzeigenverkauf**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 75 01-43 75  
Telefax (069) 75 01-45 02  
E-Mail: [karin.kortmann@fs-medien.de](mailto:karin.kortmann@fs-medien.de)

**Anzeigenverwaltung, Disposition**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Anzeigenabteilung  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 75 01-42 74  
Telefax (069) 75 01-45 02  
E-Mail: [anzeigenverwaltung@fs-medien.de](mailto:anzeigenverwaltung@fs-medien.de)

**Abonnement**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

# »Das wird schon«

**PORTRÄTS** Ein Syrer, eine Roma-Familie und ein Italiener erzählen von Ängsten, Perspektivlosigkeit, Hoffnungen



Medienaktivist Karam saß monatelang in Gefängnissen des syrischen Regimes. Jetzt lebt er ohne Papiere und Arbeit in der Türkei.

© Ahmed Mthdi

**D**amals, im Juni 2013, tippte Karam auf seinem Laptop herum, öffnete Webseiten, Fotos und Landkarten. „Hier, das ist meine Stadt Deirzour“, sagte er stolz und zeigte mit dem Finger auf den Bildschirm. Der Ort im Osten Syriens, unweit der irakischen Grenze, erschien zertrümmert und menschenleer. Aber das machte Karam nichts aus. „Es ist meine Heimat und ich liebe sie“, erklärte der 23-Jährige, während er aufgeregt von Foto zu Foto klickte. „Und hier, das ist die Brücke über den Euphrat, der einzige Weg in die Stadt“, fuhr Karam fort und fügte schmunzelnd an: „Man muss sie mit Vollgas überqueren, sonst wird man von einem der Scharfschützen des Regimes erwischt.“ Das war vor anderthalb Jahren, als er in Gaziantep, einer Stadt im Osten der Türkei, an einem Medienkurs einer europäischen Nichtregierungsorganisation teilnahm. Man hatte Karam als einen jener syrischen Aktivisten eingeladen, die im Internet Videos über den Kampf gegen das Regime von Präsident Bashar al-Assad veröffentlichten und dabei Kopf und Kragen riskierten. „Mir war die Gefahr völlig egal, schließlich wollte ich Freiheit, Demokratie und eine anständige Zukunft“, erzählt Karam heute. „Außerdem wussten wir uns mit Programmen zu schützen, die unsere Identität verschleiern.“

**Auf der Fahndungsliste** Nun ist der junge Mann erneut in Gaziantep – vorerst für immer. Karam gehört zu den rund 1,5 Millio-

nen syrischen Flüchtlingen in der Türkei. „Nach Deirzour, kann ich nicht zurück, auch in anderen Teilen Syriens ist es schwierig für mich.“ Der Medienaktivist steht sowohl auf der Fahndungsliste des syrischen Regimes wie auch der Extremistengruppen des Islamischen Staats (IS) und Jabhat al-Nusra. Demokraten sind in Syrien auf beiden Seiten der Bürgerkriegsfront nicht willkommen.

In Gaziantep teilt sich Karam eine Wohnung mit syrischen Freunden. Aber angekommen ist er noch nicht in der türkischen Millionenmetropole. Er wirkt orientierungslos und nachdenklich, fast depressiv. Er scheint noch nicht zu realisieren, was passiert ist – und die Frage bleibt, ob das jemals möglich sein wird. Karam war neun Monate lang in verschiedenen Gefängnissen des syrischen Regimes eingesperrt. „Von den 120 Häftlingen in meiner Zelle sind über die Hälfte gestorben“, erzählt der heute 24-Jährige. Bei einem Teil seien Krankheiten oder Unterernährung die Ursache dafür gewesen. Viele seien auch am Schock gestorben. „Wenn Neue in die überfüllte Zelle kamen, fragten sie uns, wie lange wir schon hier seien“, erinnert sich Karam. „Als wir sechs, sieben Monate sagten, verstummten sie. Sie wurden völlig bleich, nachts bekamen sie hohes Fieber und am Morgen waren sie tot.“ In den überfüllten

Zellen können Gefangene nur stehen und übereinander gelegt schlafen.

Karam wurde wie alle anderen „politischen Häftlinge“ systematisch verprügelt und gefoltert. „Mit allem, was man sich nur vorstellen kann“, fügt der 24-Jährige an. Es gebe keine Wahl, außer alles zu gestehen, was einem vorgeworfen wird. „Sonst geht die Folter immer weiter.“

Ins Gefängnis hat ihn einer seiner Cousins gebracht. Er verrät Karam, als dieser seine Mutter nach einem Jahr wieder auf Regie-

seite besuchte. „Mein Cousin erzählte ihnen, dass ich ein Spion sei, der mit GPS-Sendern die Bombardierungen israelischer Kampfflugzeuge in Damaskus vorbereitet habe.“ Bei der ersten Vernehmung gestand Karam die „Spionagetätigkeit“ und nannte die Namen bekannter Fußballspieler und Popstars als seine Kontakte. Das fiel allerdings erst nach neun Monaten auf und Karam wurde freigelassen. Zum Glück hatte das Regime keinerlei weitere Informationen über seine Medienaktivitäten. „Die ganze Technik, der digitale Schutz, all meine Konten unter falschen Namen – das hat sich gelohnt“, meint Karam rückblickend. „Sonst wäre ich wahrscheinlich nicht mehr am Leben.“

Als Karam aus der Haft entlassen wurde, hatte sich die Welt, die er kannte, völlig verändert. In Deirzour regierte die Terrori-

liz des IS. Auf der Regierungsseite konnte Karam nicht bleiben. Sein Cousin hätte ihn erneut ins Gefängnis gebracht. „Und bei den Islamisten stehe ich als gottloser Demokrat auf der Fahndungsliste.“ Mit Glück konnte Karam die Checkpoints des IS umgehen und sich über die grüne Grenze in die Türkei retten.

Nun sitzt er in Gaziantep, wie so viele andere Tausende von Flüchtlingen ohne Papiere und Arbeit. Er hat seine Bewerbungsunterlagen hunderte Male verschickt und hofft auf einen Job in den Medien oder bei einer Hilfsorganisation. Er würde auch ins Ausland gehen, aber ohne Pass ist das kaum möglich.

**Verlorene Heimat** In der Türkei lebt er momentan noch von Honoraren internationaler Nachrichtenagenturen. Die Fotos, die er als Medienaktivist machte, wurden in vielen Zeitungen abgedruckt. „Nachdem ich aus dem Gefängnis kam, haben sie mir alle ausstehenden Honorare bezahlt. Viel ist es nicht, aber es reicht für den Anfang.“ Karams Euphorie und sein ungebremster Elan von früher sind weg. Das Syrien, wie er und viele seiner Freunde es sich vorstellen, scheint erst einmal verloren. Jetzt muss sich der junge Mann als Flüchtling in einem anderen Land mit fremder Sprache zurechtfinden. „Das wird schon“, spricht er sich selber Mut zu. Die Hoffnung, dass wieder alles gut werden könnte, will er nicht aufgeben. *Alfred Hackensberger* ■

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus dem Nahen Osten.

**D**er um die 30 Jahre alte Mann steht am Ufer des Bosnaflusses und angelt in der trüben Brühe. Kemal ist Rom und lebt hier in Kakanj, einem mittelgroßen Städtchen in Zentralbosnien, 45 Kilometer von Sarajevo entfernt. Die am Fluss liegenden und durch den Nebel halb verdeckten Häuser gehören zu einer Romasiedlung mit mehreren hundert Bewohnern.

Auf die Frage, ob er jemanden kenne, der gerade aus Deutschland kommt und dessen Asylgesuch abgelehnt wurde, zögert Kemal. Schon in Sarajevo hatte der bekannte Roma-Vertreter in Bosnien, Dervo Sejdic, gewarnt: „Die Leute wollen nicht reden, sie wollen nicht bekannt werden, denn sie wollen noch mal versuchen, nach Deutschland zu kommen.“ Und das, obwohl Bosnien-Herzegowina seit Anfang September als sicheres Herkunftsland gilt (siehe Seite 12). Die Chancen der bosnischen Roma auf Asyl in Deutschland liegen seither nahezu bei null.

Auch die Umstehenden winken ab. Die vor einer Verkaufsbude stehenden Männer verkümmeln sich, als sie den Journalisten sehen. Es hat sich schon herumgesprochen, was er fragen will. Aber dann sagt Kemal doch: „Komm mit in mein Haus, meine Schwester wird mit Dir reden.“

**Gute Erinnerungen** Die Familie wohnt inmitten der Siedlung. Die Häuser sind ineinander verschachtelt, der zum Teil schlammige Weg führt durch Hinterhöfe, in de-

nen Holz für den Winter gestapelt ist. Die aus einem Zimmer, Kochnische und Bad bestehende Wohnung blüht vor Sauberkeit. Dafür sorgt Zahida. Sie ist 31 Jahre alt und verdient ein bisschen Geld als Putzfrau. „Drei Mal die Woche. Meine Brüder arbeiten manchmal bei Gelegenheit. Meistens nicht. Richtige Jobs gibt es doch für uns Roma nicht.“

Zahida würde gern in Deutschland leben. Doch die Frau kann nicht zurückgehen in das Land, an das sie gute Erinnerungen hat. Sie bleibt hier, weil ihre Familie sie braucht. Ihre krebserkrankte 70-jährige Mutter Arifa, ihre beiden fast gleichaltrigen Brüder, zwei Cousins, der eine 20, der andere 22 Jahre alt mit Frau und kleinen Kindern.

Vor dem Krieg waren die Roma von Kakanj bekannt wegen ihrer Kupferschmiede. Damals gab es sogar in diesem Viertel einen bescheidenen Wohlstand. „Jeder hatte noch eine Krankenversicherung, auch Roma bekamen Arbeit, sogar Rente.“ Doch dann brach das Unheil herein, der Staat Jugoslawien zerbrach, es gab Krieg.

Die junge Frau war noch ein Kind, als die Familie 1992 nach Deutschland floh. Sie ging dort zur Schule, noch immer spricht sie hervorragend Deutsch, obwohl sie schon 1997, kurz nach Kriegsende, mit ihrer Familie und der älteren Schwester nach Bosnien zurückkehren musste. Deutsch-

land schickte die Kriegsflüchtlinge mit dem Versprechen zurück, ihnen vor Ort zu helfen.

Auf der Rückfahrt kam die Schwester bei einem Busunfall ums Leben. Zahida übernahm ihre Rolle und packte an. „Als wir kamen, war unser Häuschen hier in Kakanj verwüstet.“ Die versprochene Hilfe blieb aus. Auch, als nach der Überschwemmungskatastrophe im Frühjahr dieses Jahres die Bosna über die Ufer trat. Mehr als 80 Zentimeter hoch stand das Wasser im Haus. Von den Hilfsorganisationen ließ sich bei ihnen niemand sehen, die internationalen Hilfsgelder versickerten auch jetzt wieder irgendwo in der korrupten Bürokratie, vermutet sie.

**»Meine Brüder arbeiten meistens nicht. Richtige Jobs gibt es für uns Roma nicht.«**

Zahida (31)

„Sieh mal, der Boden unter den Fliesen ist immer noch nass, die Feuchtigkeit steigt herauf, nicht nur Gift für meine bettlägerige Mutter, auch für uns.“ Eine Krankenversicherung gibt es nicht, die notwendigen Medikamente für die Mutter, 50 Euro pro Monat, müssen sie irgendwie zusammenkratzen. Zahida wird sarkastisch: „Wir Roma werden eben niemals krank.“ Die beiden Cousins leben mit deren Mutter, den beiden Kindern und der Frau des älteren in dem Häuschen nebenan. Zahidas Familie hat den Verwandten diesen Raum zur Verfügung gestellt. „Die waren obdachlos, haben gar nichts.“ Zahida hat

te deswegen nichts dagegen, als die beiden jungen Männer vor neun Monaten losfuhr. Die beiden versuchten, sich nach Deutschland durchzuschlagen. Sie meldeten sich bei einem Sozialamt, verbrachten drei Monate in einem Asylbewerberheim. „Dann sagte man uns, wir sollten sofort nach Bosnien zurückfahren, wenn nicht, dürften wir fünf Jahre lang nicht mehr nach Deutschland zurückkehren“, sagt der Ältere. Welche Behörde ihnen dies erklärte, bleibt unklar. Man gab ihnen ein Schriftstück, das sie unterschreiben sollten. Was darin stand, wissen sie nicht. Es gab keine Übersetzung und auch keinen Dolmetscher. Sie kehrten zurück.

Seither denken sie nur daran, wie sie es schaffen können, wieder nach Deutschland einzureisen. Beide lernen jetzt Deutsch. In Kakanj sehen sie keinerlei Zukunft. „Fast alle jungen Männer wollen gehen“, sagt der Ältere. Weitere Fragen wehrt er ab.

**Kein Privatleben** Zahida hat inzwischen den Tisch aufgeräumt, dem Hund Wasser gegeben, die Mutter versorgt. Alle schlafen hier in diesem Raum, die Brüder, die Mutter, sie. An Privatleben ist nicht zu denken. An eine Zukunft für sie selbst kann sie nicht glauben. „Hoffnung, was ist das?“, fragt Zahida. Allah habe die Menschen als Gleiche geschaffen. „Nur für ihn gibt es keine Unterschiede.“ *Erich Rathfelder* ■

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Bosnien-Herzegowina.



Zahida floh als Kind mit ihrer Familie nach Deutschland. Nach dem Krieg mussten sie nach Bosnien zurückkehren.

© Sulejman Omerbasic



Eros Avena lebt seit vier Jahren in Deutschland. In seine Heimat, das italienische Piemont, will er nicht zurück.

© Michael Kuchinke-Hofer

**F**ür Eros Brunone Avena ist Europa mehr als nur ein Wort: Es ist ein Lebensmodell. Seit gut vier Jahren lebt der Italiener in Deutschland – und er ist gekommen, um zu bleiben. Avena gehört zu den vielen jungen Südeuropäern, die, ausgelöst durch die Euro-Krise, in ihrer eigentlichen Heimat keine wirkliche Chance mehr für sich sehen.

In Deutschland schon: Avena kam über den Europäischen Freiwilligendienst und leistete dann einen Bundesfreiwilligendienst. Inzwischen hat er einen festen Job bei einem sozialen Träger in Berlin. Der unterstützt über ein EU-Projekt Arbeitslose dabei, Zeit im Ausland zu verbringen, um sich bei betrieblichen Praktika neu zu orientieren. Wie wichtig das ist, weiß Avena aus eigener Erfahrung. Eigentlich hatte er in Deutschland promovieren wollen. Inzwischen hat er die Idee verworfen. „Ich finde es sehr befriedigend, jetzt Menschen dabei zu helfen, ihren Weg zu finden. Ich weiß ja selbst, wie anstrengend es in einem anderen Land ist, aber auch wie schön es ist, wenn sich die Perspektiven auf einmal ändern.“ Auch Avena hat sich inzwischen orientiert: Demnächst schließt er ein Studium zum Sozialarbeiter ab.

**Andere Mentalität** Rund 334.000 Menschen sind im ersten Halbjahr 2013 aus EU-Staaten nach Deutschland gezogen, fast 28.000 kamen aus Italien. Dorthin zurück zu gehen, kann Avena sich inzwischen nicht mehr vorstellen. „Ich würde ganz sicher einen Job finden. Aber nicht im Sozialbereich.

Das ist einfach der Bereich, in dem gnadenlos gespart wird.“ Und auch die Mentalität unterscheidet sich so, dass er sich eine Rückkehr ins Piemont nicht mehr vorstellen kann. „Hier in Deutschland arbeite ich mit meinen Kollegen und Chefs auf Augenhöhe. Ich kann selbstbestimmt arbeiten. Wenn ich Vorschläge mache, wird das gehört. In Italien sind die Chefs immer noch über 60, sprechen keine Fremdsprachen und sind gedanklich noch längst nicht in Europa angekommen. Das ist einfach eine ganz andere Kultur, auf die ich keine Lust habe.“

Man sei in Deutschland anders als in Italien zwar immer noch extrem fixiert auf den richtigen Abschluss. Aber in seiner Heimat sei die Freiheit verloren gegangen, seinen eigenen Weg zu wählen. „Viele junge Menschen haben dort überhaupt keine Zukunft mehr; es gibt keine Jobs, keine Aus- und Fortbildung.“ Bei 43,7 Prozent liegt die Jugendarbeitslosigkeit im Land, bei Bildungsausgaben liegt Italien im OECD-Vergleich ganz hinten. Deutschland, Berlin, dessen beschaulicher Ortsteil Friedenau, in dem Avena heute lebt: Das ist sein Zuhause geworden. Der 33-Jährige weiß, dass ihm der Start in Deutschland leichter gefallen ist als vielen anderen Einwanderern. Er sprach von Anfang an gut Deutsch. Und er sieht mit einer Größe von 1,90 Meter, den blauen Augen und der hel-

len Haut nicht aus wie ein typischer Südeuropäer. „Da muss man sich nichts vormachen“, sagt er offen. „Wenn ich dunkelhäutig und klein wäre und man mir auf den ersten Blick ansehen würde, dass ich nicht von hier komme, wäre das vermutlich anders gewesen.“

**Freundlich empfangen** Avena zahlt Steuern, hat einen großen Freundeskreis: Er ist das, was man gut integriert nennt. „Leute wie ich sind die Bundesliga der Ausländer und werden sehr freundlich empfangen.“ Doch auch wenn ihm im täglichen Leben kein Rassismus begegnet, verfolgt Avena sehr genau, wie sich in vielen deutschen Städten momentan jede Woche tausende Menschen zusammenschließen, um gegen Einwanderer zu demonstrieren. „Das erschreckt mich. Weil schon 100 Demonstranten zu viel wären. Aber in Dresden sind es inzwischen 10.000, und das sagt etwas aus über die Stimmung im Land.“ Der Ethnologe in ihm findet die Argumente von Pegida und Co. „sehr, sehr interessant: Hier geht es nicht mehr um die Bewahrung eines Nationalstaats, sondern man spricht von ‚unserem‘ Europa, das man bewahren will. Das ist neu.“ Nicht neu sei die Fremdenfeindlichkeit, die hinter den Parolen stehe. „Das Muslime auf einmal so zu einem Problem für die Menschen geworden sind, ist erschreckend.“

**»Viele junge Menschen haben in Italien überhaupt keine Zukunft mehr.«**

Eros (33)

Doch auch das sei Europa: Die Tatsache, dass Probleme nicht an Ländergrenzen aufhören würden. „Wenn so viele Flüchtlinge nach Lampedusa kommen, dann ist das nicht das alleinige Problem von Lampedusa, sondern von ganz Europa.“ Und das gelte nicht nur in Flüchtlingsfragen. Avena engagiert sich ehrenamtlich für mehrere Projekte, die gegen die Mafia kämpfen. Avena sehr genau, wie sich in vielen deutschen Städten momentan jede Woche tausende Menschen zusammenschließen, um gegen Einwanderer zu demonstrieren. „Das erschreckt mich. Weil schon 100 Demonstranten zu viel wären. Aber in Dresden sind es inzwischen 10.000, und das sagt etwas aus über die Stimmung im Land.“ Der Ethnologe in ihm findet die Argumente von Pegida und Co. „sehr, sehr interessant: Hier geht es nicht mehr um die Bewahrung eines Nationalstaats, sondern man spricht von ‚unserem‘ Europa, das man bewahren will. Das ist neu.“ Nicht neu sei die Fremdenfeindlichkeit, die hinter den Parolen stehe. „Das Muslime auf einmal so zu einem Problem für die Menschen geworden sind, ist erschreckend.“

Die gleiche Freiheit, die es Avena erlaubt, dort zu leben, wo er für sich die besten Chancen sieht, bringt auch Herausforderungen. „Das dürfen wir nicht unterschätzen. Aber letztlich sind die Vorteile viel größer als die Nachteile.“ *Susanne Kailitz* ■

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.





Das Flüchtlingsdrama in Syrien verschärft sich in den Wintermonaten noch einmal. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Auch viele Frauen mit ihren Kindern leiden unter der Not und suchen Schutz in Zeltlagern wie hier im Nachbarland Libanon.

© picture-alliance/AA

# Das Leid in Nahost

## SYRIEN-KRISE UN-Organisationen versuchen, den vielen Flüchtlingen zu helfen

Sie behandeln uns nicht gut," klagt Abu Ismail al-Hassan. Gerade sie sollten Verständnis für uns haben, meint der Vater einer syrischen Flüchtlingsfamilie im Jabal-al-Husseini-Camp in Amman. Sie, das sind palästinensische Familien, die nach 1948 selbst als Flüchtlinge in die jordanische Hauptstadt gekommen sind. Die al-Hassans kommen aus dem syrischen Homs. Inmitten von 30.000 Palästinensern ist jetzt ihr Zuhause. Rund zwei Millionen palästinensische Flüchtlinge sind in Jordanien beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) registriert und werden unterstützt. Die meisten von ihnen haben inzwischen einen jordanischen Pass. Aber offiziell sind sie noch Flüchtlinge, mit wenig Hoffnung auf eine Rückkehr in die alte Heimat. Im Gegensatz zu den al-Hassans. Doch auch sie werden Geduld haben müssen. Selbst wenn die Waffen eines Tages schweigen sollten, rechnen Hilfsorganisationen angesichts der Zerstörung mit einer Wiederaufbauperiode von mehr als zehn Jahren.

UN-Flüchtlingskommissar António Guterres bezeichnet die Syrien-Krise als die dramatischste humanitäre Ausnahmesituation weltweit seit langer Zeit. Rund 3,2 Millionen Syrer sind seit Beginn des Konflikts im März 2011 über die Landesgrenzen geflohen. Die meisten haben in Jordanien, im Libanon und der Türkei Schutz gesucht. Mehrere Zehntausende haben sich auf eigene Faust auf den Weg nach Europa gemacht. Innerhalb der syrischen Grenzen zählen die Vereinten Nationen rund sieben Millionen Heimatvertriebene, die ebenfalls humanitärer Hilfe bedürfen. Die Größe der Herausforderung bemisst sich aber nicht nur an der überwältigenden Zahl derer, die Schutz vor dem syrischen Bürgerkrieg und dem Terror des „Islamischen Staates“ (IS) suchen. Es ist zudem die Komplexität ihrer Situation in einer Region, in der sich seit Jahrzehnten Flüchtlingsbewegungen überlagern.

**Flüchtlingswellen** Mit der Staatsgründung Israels und infolge der damit zusammenhängenden Kriege flohen hunderttausende Palästinenser in Wellen in die Nachbarländer Libanon, Syrien, Jordanien und Irak. Sie durften nicht zurück und leben noch heute teilweise in Lagern, teilweise integriert. Dann strömten hunderttausende schutzsuchende Iraker nach Jordanien, Syrien, Libanon und in die Türkei. Erst infolge des Golfkrieges 1991, dann nach der von den USA angeführten Irak-Invasion

2003 und erneut in Reaktion auf die Gewalt des IS im Irak. Nun sind es syrische Familien, vor allem Frauen und Kinder, die um ihr Leben fürchten und über die Grenzen fliehen. Sie kommen in Länder wie Libanon und Irak, die als gescheiterte oder scheiternde Staaten angesehen werden. Oder nach Jordanien, wo das Regime auch mit Hilfe internationaler Unterstützung vielen seiner 6,7 Millionen Einwohner nur eine unzureichende Infrastruktur bietet.

**Hohe Kosten** In der Türkei ist die Ausgangslage angesichts der stabilen Wirtschaft und einer handlungsfähigen Regierung besser. Der Ansturm von geschätzt 1,8 Millionen syrischen Flüchtlingen stelle für die Türkei mit ihren 76 Millionen Einwohnern nicht das gleiche Problem dar wie für Jordanien und Libanon, meint Hugh Pope, Türkei-Experte des Think-Tanks International Crisis Group. „Dennoch ist es ein Schock für die südöstlichen Provinzen. Obwohl die Türkei sich als einflussreicher politischer Spieler sieht, bleibt doch der Fakt, dass sie nicht so viel Geld übrig hat.“ Türkischen Regierungsangaben zufolge belaufen sich die Kosten für die Flüchtlingsversorgung bislang auf 4,5 Milliarden US-Dollar. Die Herausforderungen der Krise sind überwältigend. Nicht zuletzt weil zu Beginn alle einen Fehler machten: Sie haben das Ausmaß und die voraussichtliche Dauer völlig unterschätzt. Die syrischen Flüchtlinge dachten, in ein paar Monaten könnten sie wieder nach Hause. Ähnlich sahen das die Nachbarländer, die UN-Organisationen, NGOs und Geber. Man konzentrierte sich auf ein Soforthilfeprogramm. Es war business as usual: Camps wurden gebaut im Norden Jordaniens, im Südosten der Türkei, im Nordirak. Nur der Libanon weigerte sich aus innenpolitischen Gründen, offizielle Camps einzurichten. Die Lager platzen heute aus allen Nähten. Rund 85 Prozent der syrischen Flüchtlinge leben inzwischen in Dörfern, Städten oder in Behelfsunterkünften. Der Anteil der Syrer an der Bevölkerung im Libanon ist am höchsten. Jeder

**Es sind vor allem Frauen und Kinder, die um ihr Leben fürchten.**

vierte kommt dort aus dem Nachbarland. In Jordanien ist es jeder siebte.

**Internationale Hilfe** UN-Organisationen unter Federführung des UNHCR, internationale und lokale NGOs sowie die Aufnahmestaaten haben Beachtliches geleistet: Ein großer Teil der Flüchtlinge ist registriert und erhält Zugang zu Hilfen. Die Flüchtlinge haben überwiegend ein Dach über dem Kopf. Sie erhalten Unterstützung bei der Ernährung und der Gesundheitsversorgung. Außerdem bemühen sich Hilfsorganisationen darum, vielen Kindern die Fortsetzung ihrer Schulausbildung zu ermöglichen. Doch angesichts einer Finanzierungslücke von knapp der Hälfte des von den UN-Organisationen für 2014 veranschlagten Budgets mussten erhebliche Abstriche gemacht werden. Davon akut betroffen sind die Vorbereitungen auf einen auch im Norden des Libanon, des Irak und Jordaniens kalten und nassen Winters.

Eine weitere Problemzone ist das Umsiedlungsprogramm. Ein ganz geringer Teil der Flüchtlinge soll außerhalb der Region angesiedelt werden. Dabei handelt es sich nach Angaben von Melissa Fleming, der Sprecherin des UNHCR-Flüchtlingskommissars, um Syrer, die als besonders gefährdet gelten. Also solche mit besonderen Gesundheitsproblemen oder einer prekären psychischen Verfassung beispielsweise nach Folter. Doch der Westen hat bislang die Türen für diese Bedürftigen weitgehend verschlossen. Die Europäer haben gerade mal 124.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen. Deutschland zeigte sich dabei eher großzügig mit der Ankündigung, rund 28.500 syrische Flüchtlinge ins Land zu lassen. Im kommenden Jahr sollen weitere 130.000 Syrer eine neue Heimat im Westen finden. Fleming meint: „Das ist eine sehr bescheidene Zahl angesichts der Bedürftigen, aber vielleicht eine realistische angesichts der Aufnahmebereitschaft.“ Indessen wird es für syrische Flüchtlinge immer schwieriger, in die Nachbarstaaten zu gelangen. Im Oktober 2014 kündigte die libanesische Regierung an, den Zu-

strom zu reduzieren. Das sei eine neue Haltung, erklärt Karim Makdisi, Politikwissenschaftler an der American University in Beirut. Für diese politische Kehrtwende seien Sicherheitsbedenken verantwortlich sowie die Erkenntnis, Wegehosen löse das Problem nicht. Ob der Libanon tatsächlich die Grenze zu Syrien kontrollieren kann, bleibt jedoch fraglich. Denn sie ist traditionell äußerst durchlässig. Gleichzeitig signalisiert Beirut, dass das Land dem Ansturm nicht mehr gewachsen ist und mehr Unterstützung benötigt. Die libanesische Infrastruktur, das Gesundheits- und Schulsystem waren zwar schon vor dem Flüchtlingsansturm unzureichend. Doch der nun zugesetzte Mangel führt zunehmend zu Spannungen bis hin zu Gewalt gegen Syrer. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in Jordanien ab. Wie Beirut fordert auch Amman höhere finanzielle Zuschüsse, nicht zuletzt für die Verbesserung der unzureichenden Infrastruktur. Eines der drängendsten Probleme ist die Wasserversorgung. Die zusätzlichen 1,4 Millionen Syrer haben in dem an Wasser armen Land die Lage noch einmal verschärft und für Zündstoff gesorgt. Auch die Türkei fordert inzwischen eine stärkere Beteiligung der internationalen Gemeinschaft an den Kosten für die Flüchtlings-

versorgung. Berichten des Nowegian Refugee Councils sowie Amnesty International zufolge hat auch die Türkei den Zugang zu ihrem Territorium erschwert. Hugh Pope berichtet, stärkere Grenzkontrollen würden in Ankara heftig diskutiert: „Die Regierung ist sich zunehmend der Sicherheitsrisiken einer solch offenen Grenze bewusst.“ Zudem habe auch die Türkei die Kapazitätsgrenze erreicht.

**Neue Strategie** Die UN-Organisationen haben erkannt, dass sie sich mit ihrer Hilfe nicht nur auf syrische Flüchtlinge konzentrieren können, sondern auch auf die Aufnahmestaaten und deren Infrastruktur. UNHCR und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) sprechen von einem Paradigmenwechsel. Die Dörfer und Städte sollten erkennen, dass sie von ihrer Aufnahmebereitschaft profitierten, erläutert UNHCR-Sprecherin Fleming. Karim Makdisi in Beirut hält diesen Strategiewechsel für richtig. In der Praxis werde sich aber zeigen müssen, ob die Geber eine solche Finanzierung bereitstellen und ob die Regierungen etwa im Libanon oder Jordanien diese Projekte effizient umsetzen. Hilfsorganisationen und Beobachter sind sich jedoch einig: Nur so können die Grenzen für Schutzsuchende weiter durchlässig bleiben. Und nur so besteht eine Chance, dass weniger Syrer sich in ihrer Verzweiflung auf eigene Faust oder mit Hilfe von Schleppern auf den gefährlichen Weg nach Europa machen.

Birgit Kaspar

Die freie Autorin ist Nahost-Expertin.

## »Hilfe jenseits der Region«

### INTERVIEW UNHCR will mehr Engagement für Syrien

**Frau Fleming, die Syrien-Krise geht demnächst in das fünfte Jahr, ein Ende ist nicht abzusehen. Was sind die Prioritäten des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) heute?**

Unsere oberste Priorität ist der Zugang der syrischen Flüchtlinge zum Asyl in den Nachbarstaaten. Es ist uns sehr wichtig, dass die Fliehenden sich in Sicherheit bringen können. Nicht nur in den Nachbarstaaten, sondern auch in Europa. Wir machen uns Sorgen um die Kapazitäten der Nachbarstaaten. Sie beherbergen bereits enorm viele Flüchtlinge und dazu sollten sie auch weiterhin in der Lage bleiben. Deshalb bitten wir um massive finanzielle Unterstützung, nicht nur für humanitäre Hilfe, sondern auch für den nötigen Ausbau der Infrastruktur sowie der Leistungen in den Gemeinden.

**Wie wollen Sie sicherstellen, dass beispielsweise Investitionen in die Infrastruktur auch tatsächlich getätigt werden? Ländern wie Libanon oder Jordanien wird Korruption und Ineffizienz vorgeworfen, wenn es um die Umsetzung solcher Projekte geht.**

Libanon und Jordanien haben transparente Pläne vorgelegt über ihre Bedürfnisse. Die werden wir in unsere sogenannte 3 RP Regional Refugee & Resilience Planung 2015-16 integrieren. Die Umsetzung erfolgt also in Partnerschaft mit dem UNHCR und dem UN-Entwicklungsprogramm UNDP. Wir geben den Regierungen nicht einfach das Geld und überlassen den Rest ihnen. Wir werden sehr genau darüber wachen, das sind wir den Gebern schuldig.

**Es gibt derzeit zunehmend Anzeichen dafür, dass es nicht gelungen ist, die Grenzen der Nachbarstaaten offen zu halten.**

Eines ist klar: Diese Staaten haben eine Großzügigkeit gezeigt, die jenseits der Vorstellungskraft europäischer oder nordamerikanischer Staaten liegt. Nehmen Sie das Beispiel des Libanon: Die Situation ist ungefähr so, als wäre die gesamte deutsche Bevölkerung innerhalb von drei Jahren in die USA geflohen. Das sollte man sich vor Augen führen. Es ist sehr extrem. Außerdem haben die Nachbarstaaten wachsende Sorgen um die eigene Sicherheit. Es sind legitime Bedenken. Zugleich sind wir ständig im Gespräch mit den dortigen Regierungen und weisen darauf hin, dass viele der Flüchtenden Frauen und Kinder sind. Deshalb appellieren wir auch an Europa und andere Staaten, diese Last mitzutragen.

**Europäische Staaten haben in den vergangenen Jahren 124.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen. Welches Ziel streben Sie für 2015 an?**

Es sollten in diesem Jahr 130.000 Syrer umgesiedelt werden. Ich möchte an der Stelle betonen, dass die meisten syrischen Flüchtlinge gar nicht nach Europa möchten. Sie wollen in der Nähe ihrer Heimat bleiben, sie hoffen, nach dem Ende des Krieges wieder nach Hause zu gehen.

**Die UN-Hilfsoperation für Syrien hatte für 2014 ein Budget von 3,7 Milli-**

**arden US-Dollar veranschlagt, nur 51 Prozent davon wurden gespendet. Was heißt es konkret, wenn das Geld fehlt?**

Dann müssen wir tragischerweise etwas tun, was wir priorisieren nennen. Das heißt, wir suchen die Familien unter den Flüchtlingen aus, die am verzweifeltsten sind, die Verwundbarsten und wir beschränken unsere Unterstützung auf sie. Das ist ein sehr schmerzhafter Prozess. Einige unserer Leistungen, die sehr wichtig für die Widerstandsfähigkeit der Flüchtlinge sind, die ihnen ermöglichen, eine Lebensperspektive zu schaffen, zum Beispiel Schulausbildung. Wenn das Geld nicht da ist, dann wird zuerst bei diesen Leistungen gekürzt.



UNHCR-Sprecherin Melissa Fleming

**Viele europäische Staaten stecken in einer Wirtschaftskrise, sie haben Budgetprobleme. Hier wird oft die Frage gestellt, warum die reichen Golfstaaten nicht als Spender entsprechend zu Buche schlagen?**

Aber die Golfstaaten geben uns Spenden! Wir haben noch nie dagewesene Spenden insbesondere von Kuwait für den Nordirak erhalten, eine große Beteiligung von Saudi-Arabien sowie von Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Ich betone, das ist neu. UN-Organisationen haben traditionell nur sehr wenig vom Golf erhalten. Wir betrachten dies als Durchbruch und es ist uns sehr wichtig. Wir suchen darüber hinaus neue Geber, zum Beispiel bei Privatfirmen. Aber wir sind auch besorgt, dass die Ebola-Krise möglicherweise einen Teil der Zuwendungen erhält, die wir sonst für syrische Flüchtlinge bekommen hätten. Wir machen uns große Sorgen über die Spendenbereitschaft, denn es ist klar, dass wir mit mehr Geld besser helfen könnten.

**Die Syrien-Hilfe der UN-Organisationen ist eine der größten Operationen der letzten Jahrzehnte. Was das für Sie auch ein Lernprozess?**

Wir haben gelernt, dass in diesem Fall die Soforthilfe nicht ausreicht. Es geht gleichzeitig um die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft im Gastland und um eine Lastenteilung jenseits der Region.

Das Interview führte Birgit Kaspar. ||

Melissa Fleming ist Kommunikationschefin des UNHCR in Genf und Sprecherin des UN-Flüchtlingskommissars António Guterres.

### STICHWORT

**UN-Krisenplan für Syrien (3 RP Regional Refugee & Resilience Plan 2015-16)**

> **Grundbedürfnisse** Hilfe wird in Lagern, Dörfern und Städten organisiert, unter anderem mit der Ausgabe von Geldkarten, um die lokale Wirtschaft zu stärken.

> **Infrastruktur** Regionale Unterstützung wird für die Wasser- und Energieversorgung, das Abfallmanagement, die Ausbildung und Gesundheitsversorgung gewährt.

> **Beratung** Die Gastgeberländer erhalten auch beratende, technische und koordinierende Unterstützung bei der Umsetzung ihrer nationalen Strategien.



© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**EU-ASYLRECHT**

**Gemeinsames Asylsystem**

Bereits mit dem im Jahr 1999 in Kraft getretenen EU-Vertrag von Amsterdam wurden weite Bereiche der Asyl- und Migrationspolitik in die gemeinsame Zuständigkeit überführt. In der Folge hat die Europäische Union verschiedene Richtlinien und Verordnungen erlassen, die Anerkennungsbedingungen, soziale Aufnahmebedingungen sowie das Asylverfahren europaweit festlegen. Im Juni 2013 hat sich die EU auf ein „Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ geeinigt. Dies soll zu einer noch größeren Vereinheitlichung führen und reformiert die nachfolgend aufgeführten Regelungen teilweise.

**Dublin-Verordnung**

Sie regelt, welcher Mitgliedstaat für ein Asylverfahren zuständig ist. In aller Regel ist das der Staat in der Europäischen Union, den der Asylsuchende zuerst betreten hat. Vor allem Italien, Griechenland oder Spanien sind betroffen. Die Verordnung soll verhindern, dass ein Flüchtling Asylanträge in mehreren Ländern stellt. Lehnt ein Staat den Antrag wegen der Dublin-Regel als unbegründet ab, wird der Bewerber in den zuständigen Staat überstellt. Den neuen Vorschriften zufolge dürfen Asylsuchende aber nicht mehr in solche EU-Staaten überstellt werden, in denen das Risiko einer unmenschlichen oder entwürdigenden Behandlung besteht. Das gilt insbesondere für Griechenland, teilweise aber auch für Italien.

**Aufnahmerichtlinie**

Sie legt soziale Mindeststandards für die Aufnahme und Versorgung Asylsuchender fest und stellt den Zugang zu Unterkunft, Verpflegung, Beschäftigung sowie medizinischer und psychologischer Versorgung sicher. So gilt für die Antragsteller neuerdings nur noch ein neunmonatiges absolutes Arbeitsverbot. Vorher waren es zwölf Monate. Außerdem sind Einzelfallprüfungen künftig verpflichtend, um besondere Bedürfnisse schutzbedürftiger Personen zu ermitteln. Dazu zählen etwa unbegleitete Minderjährige und Folteropfer. Eine Liste von Haftgründen soll die häufig praktizierte Inhaftierung von Asylsuchenden verhindern und auf eine möglichst kurze Zeit beschränken. Haftgründe sind unter anderem die Identitätsfeststellung, Beweissicherung oder auch die Gefahr eines Untertauchens.

**Asylverfahrensrichtlinie**

Diese Richtlinie regelt Verfahrensstandards für das Asylverfahren, zum Beispiel wie eine Anhörung von Asylsuchenden abzuhalten ist und welche Rechtsmittel eingelegt werden können. Neu ist, dass die Verfahren künftig schneller und effizienter werden sollen: Maximal sechs Monate sollen sie im Normalfall dauern. Nach der Drittstaatenregelung können die EU-Mitglieder sichere Drittstaaten und sichere Herkunftsländer definieren. Wer aus diesen Ländern einreist, hat dann nur in extremen Ausnahmefällen eine Chance auf Prüfung seines Asylantrags. Als sichere Herkunftsländer gelten in Deutschland die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Ghana, Senegal sowie seit kurzem Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Zu den sicheren Drittstaaten zählt Deutschland auch Norwegen und die Schweiz (siehe Seite 12).



Hunderttausende Flüchtlinge sind 2014 nach Europa gekommen. Viele hoffen auf Asyl, wie diese Wartenden vor der Asylbehörde in Athen.

© picture-alliance/dpa

# Zu wenig Harmonie

## EU-ASYLPOLITIK Europa ist weit entfernt von einem einheitlichen Umgang mit Flüchtlingen

**D**ie Brisanz des Themas hat die EU erkannt: „Europa muss seinen Umgang mit der Migration in jeder Hinsicht verbessern“, urteilt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Erstmals hat er in seinem Team einen Kommissar, der den Begriff Migration im Titel führt. Doch der Grieche Dimitris Avramopoulos steht vor einer großen Herausforderung: Die Mitgliedstaaten zeigen wenig Elan für eine wirklich gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik. Bereits im Wahlkampf hat Juncker das Thema Migration herausgestellt. „Es wäre naiv zu glauben, dass Europa die Herausforderung der Einwanderung nur durch Offenheit und Gastfreundlichkeit bewältigen kann“, hatte er betont. Klar ist inzwischen wohl allen, dass Europa Lösungen finden muss, denn der Zustrom der Flüchtlinge könnte noch zunehmen. 2013 beantragten 29 Prozent mehr Menschen in der EU Asyl als noch 2012. Und im ersten Halbjahr 2014 ging der Trend weiter nach oben. Im Juni 2013 haben sich Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament auf ein

„Gemeinsames Europäisches Asylsystem“ geeinigt. Ziel war es, die Verfahren in der EU zu vereinheitlichen und Flüchtlingen überall ähnliche Bedingungen zu gewährleisten (siehe Spalte links). Doch der Kompromiss illustriert, wie zäh der Fortschritt auf diesem Gebiet ist. Denn anders als der Name andeutet, gibt es weiterhin wenig Harmonisierung in Europa. Die neuen Regeln, die ab 2015 gelten müssen, werden kaum dazu führen, dass der aktuelle Flickenteppich abgelöst wird. Bisher haben Asylbewerber sehr unterschiedliche Chancen, in einem Land anerkannt zu werden. So lag die Schutzquote in Italien 2013 bei 64 Prozent, in Deutschland bei 26 Prozent und in Frankreich bei nur 17 Prozent. Kritiker des aktuellen Systems sprechen deshalb von einem Lotteriespiel. Allein bei der Verfahrensdauer dürfte es weiterhin Unterschiede geben. Vorgesehen ist zwar beispielsweise eine Standarddauer von sechs Monaten, aber de facto können die Mitgliedstaaten die Prozedur auf 21 Monate ausdehnen. Die EU-Kommission wollte den Asylsuchenden ursprünglich Anspruch auf Sozialhilfe zusprechen, zog nach heftigen Protesten der Mitgliedsta-

ten einen entsprechenden Entwurf jedoch zurück. Das gemeinsame Asylsystem sieht vor allem keinen Verteilungsschlüssel für die Flüchtlinge vor. Bisher ist die Last sehr ungleichmäßig verteilt: Fünf der 28 EU-Staaten haben 2013 insgesamt 70 Prozent aller Asylbewerber registriert: Deutschland, Frankreich, Schweden, Italien und Großbritannien. Rund zehn Länder nehmen dagegen kaum Flüchtlinge auf, moniert die EU-Kommission. Die Dublin-Verordnung sieht vor, dass Schutzbedürftige Asyl in dem Land beantragen müssen, in dem sie die EU zuerst betreten. Doch damit haben es nicht alle Länder genau genommen. Italien hat zeitweise bis zu zwei Drittel der Ankömmlinge in andere Länder weiter reisen lassen. Nach Brüsseler Informationen hat sich dieser Anteil mittlerweile auf 20 Prozent reduziert. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat im Oktober in Brüssel gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Frankreich, Großbritannien, Polen und Spanien auf eine gerechtere Lastenverteilung gepocht. Doch die Aussichten auf eine schnelle Einführung einer Quote sind gering. „Ich sehe keine dringende Notwen-

digkeit für große Änderungen im Asylsystem in der nahen Zukunft“, sagt Migrationskommissar Avramopoulos. Sein großes Thema ist die legale Einwanderung nach Europa. „Eine der Prioritäten während meines Mandats wird eine neue europäische Politik für die geordnete Einwanderung sein mit einem Fokus auf hochqualifizierte Migranten“, kündigte er jüngst an. Avramopoulos geht davon aus, dass eine solche Einwanderung Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken kann und vor allem der Überalterung der Gesellschaft entgegen wirkt. „Ohne Zuwanderung wird Europas Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter bis 2020 verglichen mit dem Beginn des Jahrzehnts um 15 Millionen sinken“, rechnet er vor. Bis 2060 ist ein Rückgang um 50 Millionen zu erwarten. Juncker will die Besten aus der ganzen Welt anziehen: „Ich möchte, dass Europa mindestens so attraktiv für qualifizierte Zuwanderung wird, wie es die beliebtesten Zielländer Australien, Kanada und die USA heute schon sind.“ Bisher hat sich Europa mit dem Thema schwer getan. 2012 wurde die Blue Card eingeführt, eine Arbeitsgenehmigung für hochqualifizierte Nicht-EU-Bürger, doch

das Instrument läuft nur schleppend an. In den ersten beiden Jahren des Programms wurden gerade einmal 10.000 Arbeitsgenehmigungen ausgestellt. Einige Mitgliedstaaten haben die entsprechenden Richtlinien noch nicht einmal umgesetzt. „Ihre praktische Anwendung wird auf nationaler Ebene durch zu viel Bürokratie behindert“, kritisiert Juncker. **Suche nach Talenten** Bis Ende April soll Kommissar Avramopoulos in Junckers Auftrag die Blue Card überprüfen, bei weiteren Schritten soll er sich von erfolgreichen Modellen inspirieren lassen. Längst sind aber auch andere Länder auf der Suche nach den Talenten. „Die Golf-Staaten und Singapur sind bereits Wettbewerber“, urteilt Rainer Münz vom Brüsseler Thinktank Bruegel. „In Zukunft werden sich noch mehr Länder an dem weltweiten Rennen um Talente beteiligen“, sagt er und nennt China und Süd-Korea. Avramopoulos hält die Angst vor Migration für unbegründet. „Wir sollten uns nicht vor Einwanderung fürchten, es gibt andere Dinge, vor denen wir uns fürchten sollten“, betonte er bei seiner Anhörung vor dem EU-Parlament. In den Mitgliedstaaten wird er da allerdings noch Überzeugungsarbeit leisten müssen. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der »Wirtschaftswoche« in Brüssel.

**»Europa muss seinen Umgang mit Migration in jeder Hinsicht verbessern.«**  
Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker

**»Ohne Zuwanderung wird Europas Bevölkerung um Millionen sinken.«**  
Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos

# Verschärfte Kontrollen auf See

## EU-GRENZEN Die neue Mission »Triton« soll die europäische Mittelmeerküste sichern – und Flüchtlinge abschrecken

Einige Wochen lang schien es, als herrsche relative Ruhe vor den Küsten Südtaliens. Die unwirtlichere Jahreszeit und die Anfang November unter der Bezeichnung „Triton“ im südlichen Mittelmeer angelandene Mission der EU-Grenzschutzagentur Frontex schienen Wirkung zu zeigen. Zwar kamen seitdem abermals mehr als 3.000 Menschen aus Nordafrika nach Italien. Flüchtlinge wie auch Schleuser schienen jedoch verstärkt die mit der Überfahrt verbundenen Risiken zu scheuen. Dann kam der 5. Dezember und die Schreckensnachricht, dass 17 Flüchtlinge bei dem Versuch ertrunken seien, mit einem Schlauchboot von Libyen die Mittelmeerinsel Lampedusa zu erreichen. Ausgerechnet Lampedusa, in dessen unmittelbarer Nähe im Oktober vergangenen Jahres 366 Menschen ihr Leben gelassen hatten. Die Insel ist zum Symbol der Verzweiflung, aber auch der Hoffnung geworden. Unter dem Eindruck der schrecklichen Ereignisse hatte Italien damals das Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“ beschlossen. 150.000 Menschen wurden seither vor dem Ertrinken bewahrt. Die Kosten für die Operation – 9,3 Millionen Euro monatlich – trug Italien allein. Als die im Sommer unüberhörbaren Appelle aus Rom an die Partner, einen Teil der Kosten zu übernehmen, nichts fruchteten, beschloss die italienische Regierung,

das Programm Anfang November bis Jahresende 2014 einzustellen. Während „Mare Nostrum“ vorrangig die Aufgabe hatte, Menschenleben zu retten, endet der Aktionsradius von Triton rund 55 Kilometer südlich der europäischen Küsten. Obwohl Tausende von Menschen, auch durch nach wie vor im Mittelmeer patrouillierende italienische Schiffe, gerettet worden sind, liegt der Schwerpunkt des Programms auf Abschreckung und dem wirksameren Schutz von Europas Südküste. Zudem stehen für „Triton“ monatlich nur 2,9 Millionen Euro und damit weniger



Das italienische Seenot-Rettungsprogramm „Mare nostrum“ ist eingestellt.

als ein Drittel der für zuletzt für „Mare Nostrum“ bereitgestellten Mittel zur Verfügung. Die seit 2005 mit Hauptquartier in Warschau ansässige EU-Agentur ist relativ knapp bei Kasse: Für ihre Aufgaben bei der Sicherung der EU-Außengrenzen und dem Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten stehen derzeit jährlich nicht einmal 100 Millionen Euro zur Verfügung. Große Hoffnungen ruhen auf dem seit 2013 aufgegebenen europäischen System zur Grenzüberwachung (Eurosur). Schon länger hatte sich gezeigt, dass die Flüchtlingsrouten und der Umgang der Mitgliedstaaten damit wie kommunizierende Röhren wirken. So gab es wieder mehr Versuche, angesichts der verschärften Kontrollen vor Italien über weiter östlich im Mittelmeer gelegene Routen das rettende europäische Ufer zu erreichen. Flüchtlingshilfsorganisationen, die sich besorgt über die zunehmende Abschottung der südlichen EU-Außengrenzen zeigen, haben die Entscheidung zur Beendigung von „Mare Nostrum“ scharf kritisiert. Beim Treffen mit seinen EU-Amtskollegen hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière Anfang Dezember argumentiert, das italienische Programm sei zwar „im Prinzip richtig“ gewesen, habe sich aber in der Praxis als „Brücke nach Europa“ erwiesen. „Die Starken setzen sich durch, die Frauen und Mädchen landen in Bordellen in

Europa, Menschen ertrinken im Mittelmeer, Menschenhändler machen wahnsinnige Gewinne“, beklagte de Maizière. Der Minister sprach sich für eine stärkere Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern aus. Umstrittener ist seine Forderung nach Aufnahmefähigkeit für Flüchtlinge in Nordafrika – obgleich er im Gegenzug und für den Fall einer gerechteren Verteilung von Migranten zwischen den EU-Partnern die Aufnahme von zusätzlichen Flüchtlingen in Aussicht stellte. Anders als in der Vergangenheit, als Italien die meisten Flüchtlinge ungehindert in andere europäische Länder weiterreisen ließ, wird dort inzwischen ein Großteil registriert. Dies soll dem EU-rechtlich verankerten Grundsatz Nachdruck verleihen, wonach das Land der Einreise in die Europäische Union für das Asylverfahren zuständig ist. *Michael Stabenow*

Der Autor ist Korrespondent der FAZ in Brüssel.

Anzeige

### Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D) 2014



**Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)**  
26. Jahrgang 2014  
Herausgegeben von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse  
2014, 472 S., geb., 69,- €  
ISBN 978-3-8487-1925-9  
www.nomos-shop.de/23942

Der 26. Band des Jahrbuches dokumentiert, kommentiert und analysiert umfassend die Entwicklung des Extremismus im Berichtsjahr. Aktuelle Schwerpunkte bilden u.a. die Debatte um eine Reform des Verfassungsschutzes, ein thesenfreudiger Dekalog zur Demokratiereform oder Antworten auf die Frage nach dem politischen Charakter der AfD. Die Hamburger militante Linke gerät ebenso in den Blick wie aktuelle Ausprägungen des Islamismus.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



# Warten in zugigen Baracken

**KOMMUNEN** Menschen auf der Flucht wohnen in Deutschland oft in desolaten Unterkünften. Städte und Gemeinden sind überfordert. Doch viele Bürger packen an und helfen

Kalter Regen fällt auf eine Grasfläche, die zwei langgezogene Baracken umgibt. Die beiden Baracken, jede rund 50 Meter lang, zehn Meter breit, sind mit Holz verkleidet und tragen Wellblechdächer. Das Fenster neben der Eingangstür der rechten Baracke ist eingeschlagen. Innen: ein langer Gang, von dem aus zellenartige Zimmer abgehen. Darin stehen jeweils drei bis vier Betten eng zusammen. Boden und Waschbecken im Waschraum sind vergilbt und verkalkt. Ebenso die Toiletten. Im Duschraum hängen vor den Kabinen zerfledderte Duschvorhänge. Die Heizungen sind warm, doch sie können nichts ausrichten: Das Fenster fehlt. „Es fehlt schon seit April“, erklärt Frank Knors. Der 50-jährige Nachbar aus Mönchengladbach-Rheindahlen setzt sich gemeinsam mit einem Dutzend anderen aus einem Ökumenischen Arbeitskreis für die Flüchtlinge ein. Sie begleiten die Neuankommlinge auf die Ämter, nehmen sie zu Freizeitaktivitäten mit und veranstalten Spielenachmittage für die Kinder. „Die Baracken sind vor über 20 Jahren als Flüchtlingswohnheim errichtet worden“, erklärt Knors. „Und seit zehn Jahren wird ihr erbärmlicher Zustand von den karitativen Organisationen moniert.“ Auf einem Plastikstuhl sitzt Darko Koffin, eingeklemmt zwischen zwei Betten und einem Fahrrad. Der Enddreißiger ist aus Ghana geflohen und hat sieben Monate in

dieser Unterkunft gelebt. „So etwas hat keiner von uns erwartet, als wir nach Deutschland kamen“, sagt Koffin und schüttelt den Kopf. Dass der Zustand des Flüchtlingsheims Rheindahlen katastrophal ist, ist auch der Stadt bekannt. „Da gibt es nichts zu beschönigen“, gibt Dirk Rütten zu, Sprecher der Stadt Mönchengladbach. „Die Baracken hätten schon längst außer Betrieb gehen sollen.“ Doch die schnell wachsende Zahl von Flüchtlingen habe die Pläne umgeworfen. Im Januar 2013 habe die Stadt am Niederrhein 536 Asylbewerber beherbergt. Heute seien es mehr als 1.200 Menschen. Dirk Rütten: „Unsere Kapazitäten sind erschöpft.“ Zwei Schulen seien bereits als Notunterkünfte hergerichtet und mehrere Mehrfamilienhäuser angemietet worden. Ein weiteres Flüchtlingsheim sei im Bau. Derzeit verhandelt man mit einem holländischen Hersteller über den Ankauf von Wohncontainern, um die überalterten Baracken endlich zu schließen.

**Verteilung nach Quote** Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl beantragen, werden zunächst in Erstaufnahmehäusern untergebracht. Nach wenigen Tagen werden sie in den Kommunen nach einem festen Verteilungsschlüssel zugewiesen. Viele kommunale Flüchtlingsheime sind hoffnungslos überfüllt, ihr baulicher Zustand ist schlecht, die Hygiene lässt zu wünschen übrig. Alte Gebäude werden notdürftig instand gesetzt, leerstehende Wohnungen,

Hotels und Schulen belegt. Dafür gibt es Landeszuschüsse, die jedoch in den wenigsten Fällen die Kosten kompensieren. Beispiel Mönchengladbach: „Das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt sich an den Ausgaben für Flüchtlinge derzeit mit 1,2 Millionen Euro jährlich“, erklärt Dirk Rütten. „Damit sind nicht einmal 20 Prozent der anfallenden Kosten abgedeckt.“ Von Januar bis Juli 2014 haben über 97.000 Menschen in Deutschland Asyl beantragt, das sind 62 Prozent mehr als im

## STICHWORT

**> Anzahl** Rund 200.000 Flüchtlinge kamen im vergangenen Jahr nach Deutschland. Allein im November 2014 stellten knapp 19.000 Menschen einen Asylantrag. Das sind 54 Prozent mehr als im November 2013.

**> Verteilung** Die Flüchtlinge werden nach dem „Königsteiner Schlüssel“ auf die Bundesländer verteilt. Die meisten Flüchtlinge nimmt Nordrhein-Westfalen auf, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg. Die wenigsten kommen nach Bremen und ins Saarland.

**> Finanzierung** Der Bund hat den Ländern für 2015 und 2016 jeweils 500 Millionen Euro zusätzlich für die Flüchtlingshilfe zugesagt.

gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor. Im Gesamtjahr erwartet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) rund 200.000 Asylbewerber. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, forderte daher bereits einen „Marshall-Plan“ für die Flüchtlingshilfe. Ein so genannter Flüchtlingsgipfel im Oktober im Bundeskanzleramt verlief zunächst ergebnislos. Dann änderte der Bund zeitlich befristet das Bauplanungsrecht, um die Errichtung von Notunterkünften — etwa in Gewerbegebieten — zu erleichtern. Außerdem wird der Bund den Kommunen 2015 und 2016 jeweils 500 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe zur Verfügung stellen. Die Länder sollen die Hälfte der Summe innerhalb von 20 Jahren zurückzahlen. Der Präsident des Deutschen Städtetags, der Nürnberger Bürgermeister Ulrich Maly, begrüßte die Maßnahmen. Doch müssten sie durch weitere Schritte ergänzt werden. „Die wachsende Zahl der Flüchtlinge stellt uns vor integrationspolitische Herausforderungen, die wir gesamtgesellschaftlich schultern müssen“, so Maly. „Denn wir wollen und müssen Menschen, die längere Zeit hier leben, auch vernünftig in Deutschland integrieren.“ Daran ist wohl kaum zu denken, so lange die Migranten ihren Alltag in Wohncontainern außerhalb der Ortschaften oder in Gewerbegebieten verbringen. Der Bürgermeister von Goslar, Oliver Junk, bot daher an, dass seine Stadt mehr Flüchtlinge auf-

nehmen könne als andere Städte. In der Stadt am Harz stehen aufgrund des demografischen Wandels viele Häuser leer. Auch Dieter Salomon, Oberbürgermeister von Freiburg, ist gegen Wohncontainer. Er appellierte an private Haus- und Wohnungsbesitzer, Flüchtlinge aufzunehmen.

**Zum Warten verdammt** Eine gute Unterkunft ist aber nicht alles. Frank Knors, der freiwillige Helfer aus Mönchengladbach, sorgt sich um die psychische Verfassung der Flüchtlinge. „Sie sind zum Abwarten verdammt“, sagt Knors. Ein Asylverfahren in Deutschland dauert laut Bamf im Durchschnitt sieben Monate. Es kann sich aber auch über Jahre hinziehen. Asylbewerber dürfen in den ersten neun Monaten ihres Aufenthalts nicht arbeiten und unterliegen der so genannten Residenzpflicht; sie dürfen das Bundesland nicht verlassen. Hier beschloss der Bundestag vor kurzem eine Lockerung: Nach einer dreimonatigen Übergangszeit dürfen sie frei reisen. In Mönchengladbach stehen für die 1.200 Flüchtlinge zweieinhalb Sozialarbeiterstellen zur Verfügung. Ohne den zivilen Unterstützerteam von rund 100 Einwohnern wäre deren Situation noch weitaus schlimmer. Neben Frank Knors sitzt die Studentin Nadia Rabhi, die ehrenamtlich Deutschkurse für die Flüchtlinge gibt. „Die meisten Asylbewerber sind jung, sie wollen etwas unternehmen, aktiv sein“, sagt sie. „Stattdessen sitzen sie in ihren engen Zimmern, warten monatelang auf ihren Asyl-

bescheid und gehen sich gegenseitig auf die Nerven.“

Knors, der als Entwicklungshelfer im Kongo gearbeitet hat, kritisiert die Verteilung der Flüchtlinge in den Unterkünften. „Angehörige verschiedener Nationalitäten und Religionen werden ohne Rücksicht auf deren Hintergrund zusammengelegt.“ Während des muslimischen Fastenmonats Ramadan hatte es in Rheindahlen heftige Konflikte gegeben. Muslime hatten sich über die angeblich mangelnde Rücksicht ihrer christlichen Zimmergenossen beklagt. Manchmal müssen sogar Angehörige verfeindeter Stämme in einem Heim zusammenleben. „Damit importieren wir die Konflikte in den Herkunftsländern nach Deutschland“, sagt Knors. Wie soll es weitergehen? Mönchengladbach befindet sich derzeit im Wartemodus. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben verhandelt mit dem Land Nordrhein-Westfalen, um im ehemaligen „Joint Headquarter“ der britischen Streitkräfte ab Herbst 2015 ein Erstaufnahmehaus für Flüchtlinge einzurichten. Da es im Stadtgebiet liegt, würden sich damit für Mönchengladbach auch die Zuweisungsquoten stark verringern. Das macht die Planungen noch schwieriger. „Wir wissen einfach nicht, was 2015 sein wird“, sagt der Stadtsprecher Dirk Rütten. Derweil zieht der kalte Wind weiter in den Duschraum der Baracke in Rheindahlen. *Mirko Heinemann*

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

## »Alles ist besser als Nichtstun«

**PROJEKTE** Viele Flüchtlinge beschränken sich nicht mehr auf eine passive Rolle, sondern streiten aktiv für ihre Rechte

Sie wollen nicht länger hinnehmen, was sich anfühlt wie totale Entmündigung: das Leben in Sammelunterkünften, überlange Asylverfahren, Essenspakete und Isolation statt Integration. Seit gut zwei Jahren protestieren überall in Deutschland immer wieder Flüchtlinge gegen ihre Lebensumstände. In vielen Städten gab es Demonstrationen und sogar Hungerstreiks aus Protest gegen das deutsche Asylrecht. Besonders publikumswirksam geschah das in Berlin: Hier errichteten Flüchtlinge vor zwei Jahren erst ein großes Camp aus Zelten und Bretterbuden im Zentrum der Stadt und besetzten kurze Zeit später ein leerstehendes Schulgebäude in Kreuzberg, über dessen Räumung der Bezirk monatelang mit den Besetzern verhandelte. Der Ausgang ist noch immer ungewiss. Immer öfter ändert sich die Stoßrichtung der Aktivitäten: Die Flüchtlinge wollen nicht nur kurzfristige Aufmerksamkeit, sondern bemühen sich, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen. So auch in Chemnitz. Hier lebte Shaghayegh Sahandi vier Monate lang im „big La-

ger“, wie sie die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge im Osten der Stadt nennt. Ihre Erinnerungen an diese Zeit sind nicht gut. „Es sieht von außen und von innen aus wie ein Gefängnis. Es ist ein Gefängnis“, sagt die 29-Jährige. Shaghayegh Sahandi ist Iranerin. Eigentlich war sie glücklich in ihrer Heimat. Bis klar wurde, dass ihr Ehemann Mesbah Mohammadi, ein junger Filmemacher, nicht würde bleiben können. Zu offen hatte er die politischen Zustände des Landes kritisiert und konnte schließlich der Verhaftung nur durch Flucht entgehen. Vor gut zwei Jahren floh er, sie folgte ihm wenige Monate später nach Deutschland, als die Repressionen der Religionswächter zunahmen und auch sie befürchten musste, verhaftet zu werden.

**Ticket nach Teheran** Monatelang lebten beide in Gemeinschaftsunterkünften, sie in Chemnitz, er im bayerischen Amberg. Die beiden Akademiker, die zu Hause zur intellektuellen Elite gehört hatten, litten unter den strikten Vorschriften des Asylrechts, die sie zur Untätigkeit verdammt. Das Paar kann viele Geschichten davon erzählen, was es heißt, Flüchtling in Deutschland zu sein: Von Verwaltungsmitarbeitern, die auf die Bitte, ein Essenspaket ohne Fleisch zu bekommen, den Tipp geben, sich im Müll etwas zu Essen zu besorgen. Von Sicher-

heitsleuten, die sich weigern, einen Krankenwagen zu rufen und den Flüchtlingen drohen, jeder, der das tue, müsse 500 Euro für den Einsatz aus eigener Tasche bezahlen. Von Angestellten in einer Ausländerbehörde, die als Reaktion auf eine Beschwerde anbieten, direkt ein Ticket nach Teheran zu buchen. Sahandi und Mohammadi wollen, dass diese Geschichten sich nicht wiederholen. Gemeinsam mit anderen Flüchtlingen und lokalen Unterstützern haben sie in Chemnitz die Gruppe „Asylum Seekers Movement“ gegründet. Sie wollen zum einen die Flüchtlinge selbst über ihre Rechte aufklären; zum anderen in Kontakt mit einer Gesellschaft treten, in der viele Flüchtlinge ablehnen, aber noch nie im Leben mit ihnen gesprochen haben. Sie organisieren Diskussionsrunden, gemeinsame Mahlzeiten, Filmvorführungen. Und gerade erst haben sie eine Demonstration von 400 Menschen für die Rechte von Flüchtlingen auf die Beine gestellt. „Das ist ein großer Erfolg“, sagt Sahandi. „Jeder Mensch hat die gleiche Würde und das Recht, menschenwürdig behandelt zu werden“, sagt Sahandi. Die Forderungen der Gruppe decken sich mit denen vieler anderer Initiativen: schnelle Bearbeitung von Asylanträgen, bessere Unterkünfte und eine bessere Integration, etwa durch Deutschkurse und eine erleichterte Arbeitssuche. Und vor allem erwarten sie mehr



Eingang der Erstaufnahmeeinrichtung in Chemnitz

© picture-alliance/dpa

Respekt: „Niemand von uns wollte seine Heimat verlassen; aber in unseren Heimatländern ist Krieg oder die Kritik an der Regierung wird mit Folter und dem Tod geahndet. Dass wir dort nicht bleiben konnten, ist nicht unsere Schuld“, erläutert Sahandi. Sie beklagt, dass viele Deutsche glauben, alle Flüchtlinge hätten vollkommen mittellos in einem total zerstörten Staat gelebt und deshalb sei für sie nun al-

les besser als das. „Aber das gilt nicht für alle. Und selbst wenn es so wäre: Ist es dann in Ordnung, uns hier grundlegender Rechte zu beschneiden? Wir können nicht entscheiden, was wir essen, weil wir Essenspakete bekommen. Wir können nicht auswählen, was wir tragen, weil wir Kleidung bekommen. Wir können nicht bestimmen, wo wir leben wollen, weil es eine Residenzpflicht gibt. Es gibt keine Ei-

genständigkeit mehr, nur Ansagen und Entscheidungen anderer. Und das über Jahre hinweg. Das ist zermürbend“, sagt die Iranerin.

**Buchhaltung statt putzen** Einen Weg raus aus der verordneten Untätigkeit bietet auch ein Projekt in Hamburg. In der „Silent University“ etwa, einem Kunstprojekt des Künstlers Ahmet Öğüt, sollen Flüchtlinge mit akademischer Ausbildung das unterrichten, was sie zu Hause gelernt haben: Buchhaltung und Unternehmensführung zum Beispiel oder Kalligraphie. Das „zum Schweigen gebrachte Wissen“ der Migranten soll hierzulande genutzt werden, weil das sinnvoller sei, als wenn gut ausgebildete Iraner, Afghanen oder Syrer schwarz als Putzhilfen arbeiteten, so lautet das Ziel des Projekts. Über solche Chancen wären auch Sahandi und Mohammadi froh. Sie planen jetzt erst einmal weitere Aktionen, um ihr Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. „Viele Landtagspolitiker haben unsere Demonstration unterstützt. Jetzt wollen wir mit ihnen beraten, was wir noch tun können, um auf unsere Situation aufmerksam zu machen. Alles ist besser als Nichtstun“, sagt Sahandi. *Susanne Kailitz*

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

# »Das ist Deutschlands unwürdig«

**Frau Jelpke, Herr Mayer, im Libanon, in der Türkei, in Jordanien müssen derzeit Millionen syrischer Flüchtlinge den Winter in Zelten überstehen. Leistet Deutschland genug Hilfe vor Ort?**

Jelpke: Ich glaube, es kommt dort viel zu wenig humanitäre Hilfe an. Die Menschen haben beispielsweise keine geeigneten Winterunterkünfte. Außerdem fehlen Lebensmittel. Ja, Deutschland und alle anderen EU-Staaten müssen die Türkei, den Irak, den Libanon besser unterstützen.

**Mayer:** Deutschland leistet weitaus mehr humanitäre Hilfe als viele andere Staaten. Seit 2012 sind allein nach Syrien mehr als 650 Millionen Euro geflossen, allein im vergangenen Jahr in den Irak etwa 100 Millionen Euro. Aber natürlich ist dies nicht genug, um die Probleme vor Ort auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Deshalb brauchen wir mehr Anstrengungen, um vor allem in den Anrainerstaaten von Syrien die größte Not zu lindern.

**Deutschland hat 2014 gut 200.000 Flüchtlinge aufgenommen. Viele Kommunen glauben, ihre Aufnahmekapazität sei erschöpft. Die Bundesregierung hat weitreichende finanzielle Hilfe zugesagt. Reicht das?**

Jelpke: Die Kommunen sind überfordert. Deshalb brauchen sie die Hilfe des Bundes, etwa bei der Sozialversicherung und Gesundheitsvorsorge der Flüchtlinge. Es kann nicht sein, dass Flüchtlinge nur im Notfall versorgt werden. Wegen dieser Regelung hat es schon Todesfälle gegeben, die vermeidbar gewesen wären. Aber natürlich geht es auch um Hilfe bei der Wohnsituation, die zum Teil nicht hinnehmbar ist. Wie etwa in Berlin-Hellersdorf, wo permanent ein rassistischer Mob vor den Asylunterkünften steht. Woanders klappt das besser. Zum Beispiel in meiner Wahlkreisstadt Dortmund. Da gibt es zwar auch Neonazis, aber die Flüchtlinge sind in die Gesellschaft integriert. Dort hat man im Vorfeld

## ULLA JELPKE

1951 in Hamburg geboren, machte die gelernte Friseurin, Kontoristin und Buchhändlerin über den zweiten Bildungsweg 1993 ihren Abschluss als Diplom-Soziologin und Volkswirtin. Vor allem in der autonomen Frauen- und später in der Umwelt- und Friedensbewegung aktiv, wurde sie 1981 und 1989 zur Abgeordneten für die Grün-Alternative Liste (GAL) in die Bürgerschaft Hamburg gewählt. 1990 trat sie der PDS bei, im selben Jahr zog sie erstmals in den Bundestag an, dem sie seitdem mit einer dreijährigen Unterbrechung angehört.

versucht, die Bevölkerung mitzunehmen und vor allem auch kleinere Wohneinheiten geschaffen. Dann klappt das viel besser.

**Mayer:** Man muss jetzt aufpassen, nicht Schwarzer Peter zu spielen und die Schuld einseitig zuzuweisen. Alle politischen Ebenen – Kommunen, Länder und Bund – stehen vor großen Herausforderungen. Jede dieser Ebenen sollte sich auf ihre Zuständigkeiten konzentrieren. Und für die Unterbringung der Asylbewerber sind nun mal die Länder zuständig. Das kann man kritisieren. Man kann auch anstreben, das zu ändern. Derzeit bleibt es trotzdem dabei. Im Vergleich der Bundesländer sind die Unterschiede dann sehr groß: Bayern zum Beispiel erstattet seinen Kommunen die Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge komplett. In Nordrhein-Westfalen werden nur 20 bis 30 Prozent ersetzt. Es wäre erfreulich, wenn sich die Bundesländer hier auf ein einheitliches Niveau einigen könnten. Und ich finde, das sollte ein möglichst hohes Niveau sein.

Der Bund jedenfalls stellt sich seiner Verantwortung. Nicht nur, was die Gesetzgebung in Form des Gesetzes zu den sicheren Herkunftsstaaten oder zur besseren Ausstattung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge angeht. Sondern auch in finanzieller Hinsicht, obwohl der Bund die Kommunen nicht unmittelbar unterstützen kann, weil es keine direkten Rechtsbeziehungen gibt. Ich gebe Ihnen, Frau Jelpke, vollkommen Recht: Es ist abscheulich, wenn Neonazis vor Asylbewerberheimen demonstrieren. Das kommt auch in Bayern vor und ich sage es ganz deutlich: Das ist Deutschlands unwürdig! Und bei so barbarischen Akten wie den Brandanschlägen jüngst auf die geplanten Flüchtlingsheime in Vorr müssen die Täter mit aller Macht des Rechtsstaates und aller Härte des Gesetzes verfolgt werden. Auf der anderen Seite muss die Politik die Sorgen und Ängste der Bevölkerung ernst nehmen, wenn sie in vernünftiger Form vorgebracht werden. Das gilt übrigens auch für viele Menschen, die vielleicht aus Enttäuschung, aus Angst bei den Pegida-Demonstrationen mitlaufen. Da muss man sehr genau unterscheiden zwischen diesen Leuten und den Per-

**STREITGESPRÄCH** Demonstrationen von Rechtsextremisten vor Flüchtlingsunterkünften finden die innenpolitischen Sprecher der Links- und der Unionsfraktion, Ulla Jelpke und Stephan Mayer (CSU), beide empörend. Ansonsten liegen ihre Positionen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik weit auseinander.



Zwei Innenpolitiker mit Leidenschaft und Engagement: Ulla Jelpke (Die Linke) und Stephan Mayer (CSU) im Streitgespräch bei „Das Parlament“.

© DBT/Achim Melde

sonen, die diese Demonstrationen organisieren.

Jelpke: Wie bitte? Sie haben doch eben selbst von den Brandanschlägen von Vorr gesprochen. Wir haben immer mehr Übergriffe auf Asylunterkünfte und auf Menschen mit Migrationshintergrund. Und Sie tun so, also ob das alles im vernünftigen Gespräch zu lösen sei. Ihre Union hat das ausländerfeindliche Klima im Land heftig befeuert. Auch die Pegida-Aufmärsche in Dresden und anderswo sind ein Ergebnis dieser Politik. Die hat bei den Menschen Ressentiments verstärkt, die sich jetzt bei diesen Aufmärschen entladen. Kampagnen wie „Wer betrügt, der fliegt“ sind da verheerend.

**Mayer:** Das hatte doch damit gar nichts zu tun. Bei dieser Kampagne ging es um die Binnenmigration innerhalb der Europäischen Union.

Jelpke: Na und? Es wird doch Stimmung gemacht, wenn man pauschal behauptet, alle Menschen aus Bulgarien oder Rumänien seien potenzielle Betrüger. Das trägt dazu bei, dass die Neonazis sich bestätigt fühlen. Oder diese elende Unterscheidung zwischen „richtigen“ und „falschen“ Flüchtlingen, auch in Bundestagsdebatten. Also die „Guten“, die zu uns kommen dürfen, und die „Bösen“, die hier angeblich nichts verloren haben. Ich habe mir die Lebensumstände der Roma in Serbien oder im Kosovo angesehen. Das ist der reine Wahnsinn. Da soll mir mal einer sagen, dass diese Menschen keine Hilfe brauchen.

**Mayer:** Ich finde es wirklich schade, dass Sie hier behaupten, dass wir dazu beitragen, in Deutschland ein ausländerfeindliches Klima zu schaffen. Ich kann das beileibe nicht erkennen. Meine feste Überzeugung ist: Ein Großteil der Rumänen und Bulgaren kommen nach Deutschland, um hier redlich zu arbeiten und ihre Steuern, ihre Sozialversicherung zu bezahlen. Das Gespräch zu lösen sei. Ihre Union hat das leider eine deutliche Zunahme von Fällen, bei denen das nicht so ist. Und dem muss doch Rechnung getragen werden. Es waren übrigens fast ausschließlich Oberbürgermeister von SPD-geführten Großstädten, die sich darüber beschwert haben, dass sie wegen der deutlich zugenommenen Sozialhilfeleistungen für rumänische und bulgarische Migranten finanziell nicht mehr ein noch aus wüssten.

Das Grundrecht auf Freizügigkeit ist auch für die CSU eine maßgebliche Säule der Europäischen Union, die nicht angetastet werden darf. Hinter dieser Säule darf sich aber nicht Zuwanderung in unsere Sozialsysteme verbergen. Ich finde übrigens, dass sich Oppositionsvertreter genau wie Regierungsvertreter bei diesem Thema sachlich und nüchtern verhalten sollten, um nicht noch mehr Öl ins Feuer zu gießen.

Jelpke: Ganz sachlich: Sie schießen da mit Bomben auf Spatzen! Seit 2010 sind 450.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland eingewandert. Weniger als 38.000 davon können von ihrer Arbeit nicht leben und brauchen Hilfe. Und bei ganzen 91 dieser Migranten besteht der Verdacht auf Sozialhilfe-Missbrauch. Wohlgemerkt: der Verdacht!

**Mayer:** Das Thema Sozialmissbrauch von Bulgaren und Rumänen hat doch mit dem Thema Asylbewerber nichts zu tun. Das haben die Menschen im Land auch sehr genau begriffen. Ich wehre mich dagegen, dass Sie, Frau Jelpke, uns unterstellen, wir würden zwischen guten und schlechten Flüchtlingen unterscheiden. Das stimmt nicht. Wir unterscheiden aber sehr wohl zwischen politisch Verfolgten und Perso-

**»Entscheidend ist, dass möglichst viele Menschenleben gerettet werden.«**

Ulla Jelpke (Linke)

Jelpke: In Bulgarien oder Rumänien leben die Roma in Ghettos unter primitivsten Bedingungen. Sie haben keine Pässe und sind im wahrsten Sinne des Wortes gesellschaftlich ausgegrenzt. Was ist das denn anderes als Diskriminierung?

**Mayer:** Wir müssen den Druck auf die dortigen Regierungen erhöhen. Die kriegen teilweise EU-Gelder dafür, die Lebenssituation der Roma im eigenen Land zu verbessern. Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, dass wir in Deutschland Dinge übernehmen, die im Verantwortungsbereich der Regierungen anderer Länder liegen.

Jelpke: Mir geht es um die Menschen. Wenn die Leute bereits hier sind, haben sie

einen Anspruch auf Schutz. Stattdessen schicken wir sie zurück ins Nichts. So geht das nicht.

**In der Europäischen Union engagieren sich die Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich bei der Aufnahme von Flüchtlingen, manche Länder nehmen gar keine Flüchtlinge auf. Wäre eine Quotenregelung nicht fair?**

**Mayer:** Nein, ich bin dagegen. Zum einen, weil eine solche Regelung inhuman wäre. Sie würde nämlich dazu führen, dass trotz möglicherweise noch freier Kapazitäten nach Erfüllung der Quote Flüchtlinge abgelehnt werden müssten, um die Spielregeln nicht zu verletzen. Und zum zweiten, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass wir Asylbewerber, die über die Quote hinausgehen, dann nach Spanien oder Polen karren, weil dort die Kontingente noch nicht erfüllt sind. Das wird nicht funktionieren. Uns bleibt nur der Appell an die Länder, die sich vornehm zurückhalten, mehr zu tun.

Jelpke: Die Voraussetzungen dafür wäre, dass dann auch alle illegalen Wege abgesperrt werden. Sonst hätten wir mit Zitronen gehandelt, die Schleuserbanden würden weiter gute Geschäfte machen.

Jelpke: Sie sagen letztlich: Wenn wir die Schleuser bekämpfen wollen, dann müssen wir humanitäre Aktionen einstellen. Das ist zynisch. Wir brauchen eine ganz andere Flüchtlingspolitik. Eine, die die Ursachen vor Ort bekämpft.

**Mayer:** Letzteres ist richtig. Und genau das machen wir ja auch. Ich finde, mein Parteifreund Gerd Müller hat da bei seiner Arbeit als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit deutliche Schwerpunkte bei der Ursachenbekämpfung gesetzt. Aber auch da gilt: Erfolge sind nicht von heute auf morgen zu haben.

len, weil dort bereits Familienangehörige leben, weil sie die Sprache sprechen, weil sie dort gute Berufschancen haben? Und dann könnte es einen Finanzausgleich geben: Länder, die nicht so begehrt sind, müssten sich an den Kosten in anderen Ländern beteiligen. Einen Versuch wäre das wert.

**Mayer:** Glauben Sie das wirklich? Ich halte es für völlig illusorisch, dass Deutschland am Jahresende eine Zahlung beispielsweise aus Irland bekommt, weil die ihre Quote unterschritten haben. Dieses Modell hätte einen einzigen Effekt: Jedes Land würde versuchen, sich möglichst unattraktiv für Flüchtlinge zu machen. Das kann doch nicht gewollt sein.

**Die Aktion Mare Nostrum, mit der die italienische Marine mehr als 100.000 Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet hat, ist jetzt ausgelaufen. Sie wird durch die EU-Mission Triton mit sehr viel weniger Geld ersetzt. Heißt die Devise jetzt Abschotten statt Retten?**

Jelpke: Es ist ein großer Skandal, dass die EU es nicht schafft, Italien bei einem zutiefst humanitären Projekt zu unterstützen. Aber die Abwehrhaltung ist ganz eindeutig. Übrigens auch im Innenausschuss des Deutschen Bundestages. Ich bin da ganz beim Papst, der im Europaparlament gesagt hat, das Mittelmeer dürfe nicht zum Massengrab werden. Mit der Ablösung von Mare Nostrum werden ganz bewusst Tote in Kauf genommen. Trotz Mare Nostrum sind im vergangenen Jahr 3.500 Flüchtlinge elend ertrunken, aber immerhin auch 150.000 gerettet worden. Diese Zahlen werden sich jetzt dramatisch ändern.

**Mayer:** Ja, es stimmt: Mare Nostrum hat viele Leben gerettet. Was aber leider Gottes auch stimmt: Mare Nostrum hatte sich zu einem sehr lukrativen Geschäft für Schleuserbanden entwickelt. Wir wissen, dass Flüchtlinge, auf seecunächtigen Booten zu-

## STEPHAN MAYER

wurde 1973 im oberbayerischen Burghausen geboren. Er studierte Rechtswissenschaft in München; im Jahr 2000 legte er das Zweite Juristische Staatsexamen ab und ist seitdem als Rechtsanwalt tätig. Seit 1996 ist er Stadtrat in Neutötting und Kreisrat im Landkreis Altötting, seit 1997 CSU-Kreisvize. 2002 zog er in den Bundestag ein, dem er seitdem ohne Unterbrechung angehört. Seit 2008 ist er Präsidiumsmitglied des Bundes der Vertriebenen und seit 2010 Präsident der Bundesvereinigung des Technischen Hilfswerkes.

sammengepfercht, vorsätzlich in Seenot gebracht worden sind und dann von der italienischen Küstenwache gerettet werden mussten. Laut UN haben die Schleuserbanden so fünf bis sechs Milliarden US-Dollar umgesetzt. Entscheidend sind nicht die Kosten für eine Rettungsmission, sondern die Wirkung.

Jelpke: Nein, entscheidend ist, dass möglichst viele Menschenleben gerettet werden. Natürlich gibt es kriminelle Schleuserbanden, denen das Handwerk gelegt werden muss. Aber so lange es keine legalen Zugangsmöglichkeiten für Flüchtlinge gibt, werden Schleuser Konjunktur haben.

**Mayer:** Wir können gern über humanitäre Visa nachdenken ...

Jelpke: Warum tun Sie es dann nicht?

**Mayer:** Die Voraussetzung dafür wäre, dass dann auch alle illegalen Wege abgesperrt werden. Sonst hätten wir mit Zitronen gehandelt, die Schleuserbanden würden weiter gute Geschäfte machen.

Jelpke: Sie sagen letztlich: Wenn wir die Schleuser bekämpfen wollen, dann müssen wir humanitäre Aktionen einstellen. Das ist zynisch. Wir brauchen eine ganz andere Flüchtlingspolitik. Eine, die die Ursachen vor Ort bekämpft.

**Mayer:** Letzteres ist richtig. Und genau das machen wir ja auch. Ich finde, mein Parteifreund Gerd Müller hat da bei seiner Arbeit als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit deutliche Schwerpunkte bei der Ursachenbekämpfung gesetzt. Aber auch da gilt: Erfolge sind nicht von heute auf morgen zu haben.

Die Fragen stellten Jörg Biallas und Helmut Stoltenberg. ||



Kinder statt Inder" - mit diesem Schlagwort zog die CDU im Jahr 2000 in den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen. Hintergrund war ein Interview des damaligen CDU-Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers, in dem dieser sagte, anstatt ausländisches Fachpersonal aus Indien anzuwerben, müsste vielmehr die einheimische Jugend besser ausgebildet und gefördert werden. Mit dem Schlagwort löste Rüttgers eine kontroverse Diskussionen aus. Hintergrund der Diskussion war der Plan der damaligen rot-grünen Bundesregierung, gemäß des amerikanischen Vorbilds eine „Greencard“ für Deutschland einzuführen, um so ausländische Computerspezialisten, insbesondere aus Indien, nach Deutschland zu locken. Inhaber der Greencard erhielten damit eine auf fünf Jahre befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Deutschland. Das Programm lief bis 2004 und wurde dann durch ein neues Zuwanderungsgesetz ersetzt. Eine ähnliche Diskussion ist 15 Jahre später fast undenkbar. Alle Parteien sprechen sich für mehr Zuwanderung nach Deutschland aus. So sagte etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung ausgerichteten Konferenz zum Thema Zuwanderung: „Unsere Gesellschaft muss Zuwanderung als Chance begreifen für jene, die kommen, und ebenso für jene, die schon da sind.“

**Bevölkerungsschwund** Für viele Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft ist Zuwanderung nicht nur eine Chance, sondern sogar ein Muss, um dem Fachkräftemangel aufgrund des demografischen Wandels zu begegnen. Die Bevölkerungszahl Deutschlands sinkt nämlich kontinuierlich. Das Statistische Bundesamt erwartet darum, dass in Deutschland 2050 mindestens zwölf Millionen Menschen weniger leben als heute. Das hat auch Auswirkungen auf die Zahl der arbeitenden Bevölkerung. So wird nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2035 um bis zu 7,3 Millionen Personen zurückgehen. Schon jetzt gibt es in vielen Bereichen einen Fachkräftemangel, wie eine Analyse der Bundesagentur für Arbeit vom Juni 2014 zeigt. Mangelsituationen zeigten sich dabei zunehmend nicht nur bei akademischen, sondern auch bei nichtakademischen Fachkräften, beispielsweise bei der Altenpflege. Die Bundesagentur veröffentlicht seit November 2013 halbjährlich eine „Engpassliste“, in der die Berufe mit Fachkräftemangel vermerkt sind. Für die deutschen Arbeitgeber ist deshalb klar: Einwanderer braucht das Land. „Deutschland ist auf die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen“, teilt der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeber (BDA) denn auch mit. Selbst bei Erschließung aller inländischen Potenziale werde Deutschland nicht ohne Einwanderung auskommen. Der BDA fordert deshalb eine an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientierte Einwanderungspolitik. Die Bundesregierung hat die Problematik ebenfalls erkannt und mehrere Programme zur besseren Einwanderung von qualifizierten Arbeitskräften auf den Weg gebracht (siehe rechts). Auf der Webseite



Pflegekräfte aus dem Ausland sollen helfen, Engpässe bei der Besetzung von Stellen zu mildern.

© picture-alliance/Sueddeutsche Zeitung Photo

# Wanted!

## DEMOGRAFIE Mehr Einwanderer sollen den Fachkräftemangel und das Schrumpfen der Bevölkerung bewältigen

www.make-it-in-germany.com werben mehrere Ministerien um Fachkräfte aus dem Ausland. Diese können sich dort über die Modalitäten und Voraussetzungen für eine berufliche Karriere in Deutschland informieren. Allgemein für das Anwerben von ausländischen Fachkräften zuständig ist die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit. Diese vermittelt Arbeitnehmer und Auszubildende aus dem Ausland an deutsche Arbeitgeber. Das geschieht im europäischen Kontext unter dem Dach von EURES („European

Public Employment Services“). In diesem Netzwerk sind alle nationalen Arbeitsagenturen verbunden, Arbeitssuchende aus EU-Ländern finden hier Unterstützung, wenn sie nach einer Beschäftigung in Deutschland oder einem anderen EU-Land suchen. Um Fachkräfte aus Ländern anzuwerben, die nicht zur EU gehören (Drittstaaten), gibt es separate Vermittlungsabkommen, beispielsweise mit Bosnien-Herzegowina, Serbien oder den Philippinen. Fachkräfte aus solchen Drittstaaten, die über einen Hochschulabschluss verfügen und die in Deutschland eine Berufstätigkeit entspre-

chend ihrer Qualifikation aufnehmen und ein Jahresgehalt von mindestens 47.600 Euro erhalten, können eine sogenannte „Bluecard“ erhalten. Diese wurde 2013 von der Bundesregierung eingeführt. Personen aus Drittstaaten, die über eine qualifizierte Berufsausbildung verfügen und die einen Beruf ausüben wollen, der auf der Engpassliste der Bundesagentur für Arbeit aufgeführt ist, können ebenfalls die Blaue Karte erhalten, wenn ihr Jahresgehalt weniger als das Mindestjahresgehalt beträgt, erklärt Beate Raabe von der ZAV. Das betreffe zum Beispiel Pflegekräfte.

Die ZAV hat deshalb 2012 zusammen mit dem Arbeitgeberverband Pflege ein Pilotprojekt gestartet, um in China Pflegekräfte für Deutschland zu gewinnen. Insgesamt 150 Pflegerinnen und Pfleger aus China sollen nach Deutschland kommen, 100 sind bereits im Land. Mit diesen habe man bisher „ganz fantastische Erfahrungen“ gemacht, sagt Florian Bauckhage-Hoffer, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Pflege. Allerdings könne das Programm aufgrund der geringen Anzahl der Teilnehmer und des „deutlichen Mangels von 30.000 fehlenden Fachkräften im Pflegebereich“ nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein und sei vielmehr als Impulsgeber zu verstehen. Bei einem ähnlichen Pilotprojekt der ZAV zusammen mit dem Arbeitsministerium und der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) kamen 100 vietnamesische Pfleger nach Deutschland. Wichtig ist, wie Beate Raabe erklärt, dass bei der Gewinnung von Pflegekräften aus Drittstaaten nicht gegen Vorgaben der Weltgesundheitsbehörde (WHO) verstoßen werde. „Für die Länder, aus denen wir Pflegekräfte vermitteln, sind diese Aspekte eingehalten“, sagt Raabe. Gerade im Gesundheitsbereich könne es sonst zu negativen Folgen für die Herkunftsland kommen. Das trat nämlich aufgrund der großen Auswanderungen von qualifizierten Pflege- und Gesundheitsexperten in vielen Ländern Ost- und Mitteleuropas ein, wie eine Studie der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (GVG) herausfand. Die Studie sollte die Folgen von Migration für die Herkunftsländer in Mittel- und Osteuropa in den letzten 20 Jahren untersuchen. Dort kam es zu erheblichen Problemen. In Südostasien sei das aber nicht der Fall, sagt Raabe.

**Stellschraube Einwanderung** Für ihr Herkunftsland sind Auswanderer positiv, da sie oftmals Geld nach Hause transferieren und somit die dortige Wirtschaft stärken. Auch zum Wohlstand des Ziellandes tragen die Einwanderer bei, wie eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim zeigt. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die von der ausländischen Wohnbevölkerung in den vergangenen 40 Jahren gezahlten Steuern und Sozialbeiträge den Wert der von ihnen in Anspruch genommenen öffentlichen Sozialleistungen überstiegen hat. Für das Jahr 2012 alleine 3.300 Euro pro Person. Grundsätzlich bringe Einwanderung schon allein den Vorteil, so die Studie, dass sich die Anzahl der Steuerzahler vergrößere. Für Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, bleibt Einwanderung die „wichtigste Stellschraube“, um den demografischen Wandel mit seinen Folgen zu verlangsamen. Aber nur zu verlangsamen, nicht zu stoppen. Denn ein Problem könne auch die Einwanderung aus anderen Ländern nicht lösen, warnt Klingholz, nämlich den Einwohnerschwund vor allem in ländlichen Gebieten. Es sei wenig wahrscheinlich, dass Emigranten ausgerechnet in jene Gebiete ziehen würden, aus denen die Einheimischen weggezogen sind. Zudem hätten Herkunftsländer wie China bald selbst mit einer schrumpfenden Bevölkerung zu kämpfen, so der Wissenschaftler. Julian Burgert

### ARBEITEN IN DEUTSCHLAND

#### Informationsportal »Make it in Germany«

Im Jahr 2011 starteten das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Ministerium für Wirtschaft und Energie sowie die Bundesagentur für Arbeit das Informationsportal „Make it in Germany“. Auf der gleichnamigen Webseite wird um neue Fachkräfte aus dem Ausland geworben. Diese finden hier in neun Sprachen Informationen über das Leben, Arbeiten und Studium in Deutschland. Die Plattform wendet sich auch an deutsche Unternehmen, die ausländische Fachkräfte rekrutieren wollen.

#### Sonderprogramm »MobiPro-EU«

Seit 2013 bietet die Bundesregierung das Sonderprogramm zur „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“ (MobiPro-EU) an. Junge Menschen aus EU-Staaten sollen für die Aufnahme einer Berufsausbildung oder Beschäftigung in Deutschland gewonnen werden. Das Programm ist ein Beitrag zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU. Es wird von der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Die Kosten der Reise und der Sprachkurse werden durch das Programm übernommen, zudem kann die Vergütung der Ausbildung aufgestockt werden. Bisher hatte es mehr als 9.000 Teilnehmer, musste jedoch aufgrund der hohen Nachfrage Anfang 2014 vorübergehend gestoppt werden. Es wird bis 2018 fortgesetzt, wobei aber die Teilnehmerzahl begrenzt werden soll.

#### Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)

Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit sucht in Zusammenarbeit mit den örtlichen Agenturen für Arbeit weltweit nach Fachkräften für Deutschland. Innerhalb der EU rekrutiert sie Auszubildende für deutsche Arbeitgeber. Dabei kooperiert sie mit dem EURES-Netzwerk der Europäischen Kommission. Ebenso ist die ZAV für die Zulassung ausländischer Arbeitnehmer zuständig.

#### EURES-Programm der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission bietet unter dem Titel „EURES“ („European Employment Services“) eine europaweite Arbeitsvermittlungsgesellschaft an. Dieses Kooperationsnetzwerk der nationalen Arbeitsagenturen soll die Mobilität von Arbeitnehmern im europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz fördern. Eine besonders wichtige Rolle spielt EURES in Grenzregionen mit großen Pendlerströmen.

## Eine Chance auf eine berufliche Zukunft

**ARBEITSMIGRATION** Angesichts hoher Jugendarbeitslosigkeit bietet Deutschland vielen Jugendlichen eine berufliche Zukunft. Mit Folgen für ihre Heimatländer

Einwanderung nach Deutschland ist kein neues Phänomen, sie gab es bereits im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Aber erst in den 1950er und 1960er Jahren wurden im Zuge des Wirtschaftswunders Millionen Menschen aus ganz Europa und der Türkei als Gastarbeiter in die Bundesrepublik geholt. Seit der weltweiten Wirtschaftskrise und der anhaltenden Euro-Krise erhält die Arbeitsmigration nach Deutschland derzeit allerdings einen neuen Schub.

**Hohe Zahl an Zuwanderern** Nach Angaben des Statistischen Bundesamts kamen allein im Jahr 2013 rund 1,226 Millionen Menschen nach Deutschland, so viele wie seit 20 Jahren nicht mehr. Der Großteil davon stammte aus dem EU-Raum, nämlich circa 826.000 Personen. Angesicht ihrer krisengeschüttelten Heimatländer machen sie sich die europaweite Freizügigkeit zu Nutze und kommen in das wirtschaftlich stabilere Deutschland. Besonders für die Jungen ist das eine verlockende Option, schließlich ist in ihren Ländern die Jugendarbeitslosigkeit noch einmal höher als die sonst schon so hohe Arbeitslosenquote. So lag die Arbeitslosigkeit der Personen von 18 bis 24 Jahren laut der europäischen Statistikbehörde Eurostat im Oktober 2014 EU-weit durchschnittlich bei 23,5 Prozent. Den höchsten Stand erreichte Spanien mit



Protestaktion gegen hohe Jugendarbeitslosigkeit in Großbritannien

© picture-alliance/empics

53,8 Prozent, gefolgt von Griechenland mit 49,3 Prozent. In den anderen großen Krisenstaaten lag sie bei 43,3 Prozent (Italien), 33,3 Prozent (Portugal), und selbst im stabileren Frankreich bei 24,3 Prozent. Den niedrigsten Wert hat Deutschland mit 7,7 Prozent. Viele Politiker und Experten sprechen in diesen Ländern deshalb bereits von einer „verlorenen Generation“. Im Juni 2014 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU deshalb, in den kommenden zwei Jahren sechs Milliarden Euro mehr für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auszugeben. Schnelle Linderung wird das Geld allerdings nicht bringen, gaben die beteiligten Politiker zu. „Die große Zahl von Jugendarbeitslosen wieder in Arbeit zu

bringen, wird eine Zeit dauern“, schätzte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Die hohe Jugendarbeitslosigkeit gerade in den südeuropäischen Krisenstaaten ist nach einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hauptsächlich strukturell bedingt und nicht von heute auf morgen lösbar. Zu wenig Geld für Schulen, praxisferne Ausbildungssysteme und falsche Weichenstellungen in der Arbeitsmarktpolitik nennen die Autoren der Studie als Gründe. Deshalb schlagen sie eine Reform der Bildungssysteme der Länder vor, was aber nur langfristig wirke. Kurzfristig könne es helfen, die „räumliche Mobilität“ der Jugendlichen zu erhöhen - beispielsweise, indem sie zum Arbeiten nach Deutschland kommen.

Das machen inzwischen viele. Laut Statistischem Bundesamt sind im Jahr 2013 insgesamt 266.000 Menschen zwischen 18 und 25 Jahren nach Deutschland gezogen. Davon kamen 161.000 aus den Mitgliedsstaaten der EU. Um den Jugendlichen zu helfen, hat die Bundesregierung und die Europäische Union das Sonderprogramm „MobiPro-EU“ (siehe oben rechts) ins Leben gerufen. Es soll jungen EU-Bürger für eine Ausbildung oder ein Studium in Deutschland begeistern und damit die hohe Jugendarbeitslosigkeit in ihren Herkunftsländern lindern. Insgesamt hatten sich laut der Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit (ZAV), die das Programm betreibt, über 9000 Teilnehmer beworben. Aufgrund der hohen Nachfrage habe das Programm Anfang 2014 pausieren müssen. Nun werde es allerdings weitergeführt, und zwar bis 2018, wenn auch mit einer zukünftig begrenzten Teilnehmerzahl.

Doch auch ohne solche Programme kommen Jugendliche nach Deutschland zum Arbeiten. Beispielsweise Mario De Luca und Chiara Colombo. Die beiden Italiener wollen in Deutschland beruflich Fuß fassen. Der 27-jährige Mario De Luca aus Rom hatte in seiner Heimat Pädagogik studiert, fand jedoch keine Stelle als Lehrer. Dann fasste er den Entschluss, nach Deutschland zu gehen. Zurzeit arbeitet De Luca in Berlin als Kellner, hält aber an seinem Berufsziel Lehrer fest. „Ich will hier an der Universität Lehramt für Italienisch studieren“, erklärt er. Dafür muss er allerdings erst einen Deutschtest ablegen, deshalb lernt er nebenher die Sprache.

Ähnlich wie ihm erging es Chiara Colombo aus Bologna. Die 26-Jährige hatte einen Bachelorabschluss in Wirtschaft gemacht und ging dann für einen Master in Online-Marketing nach London. „Nach meinem Masterabschluss habe ich dann zuerst dort nach einem Job gesucht“, sagt sie. Als das nicht klappte, versuchte sie es in Deutschland. Jetzt macht sie gerade ein sechsmonatiges Praktikum bei einem großen Internet-Start-up. „Die Chancen stehen gut, dass ich übernommen werde“, sagt sie, „ich würde sehr gerne hier bleiben.“ Nach Italien zurückzugehen will sie nicht. Viele ihrer Freunde sind ebenfalls weg. „Die meisten meiner Bekannten sind ins Ausland gegangen, viele schon zum Masterstudium. So wie ich ja auch.“ Es gebe zwar noch Jobs in ihrer Heimat, sagt sie, aber diese seien sehr schlecht bezahlt und rar.

**Bessere Möglichkeiten** Auch wer in seiner Heimat einen Job hat und nicht von der Krise betroffen ist, wird von der guten wirtschaftlichen Situation in Deutschland angezogen. „Ich bin nicht direkt wegen der Wirtschaftskrise nach Deutschland gekommen, aber hier gibt es einfach mehr und bessere Möglichkeiten, Geld zu verdienen“, sagt zum Beispiel Barry Lanigan. Der 32-jährige Ire arbeitet als Englisch-Trainer und Consultant. Er lebt seit einem Jahr in Deutschland. Er kennt viele sogenannte „Expats“, die nicht aus Not, sondern aufgrund der besseren Möglichkeiten und Bezahlung nach Deutschland gekommen sind. Sein Heimatland wurde allerdings schwer von der Wirtschaftskrise getroffen, viele Iren verloren ihre Jobs und Tausende emigrierten, wie schon ihre Väter und Vor-

väter im 19. Jahrhundert. Dabei sei Deutschland zwar ein beliebtes Ziel, sagt Barry, allerdings stünden englischsprachige Länder in der Priorität der Menschen klar vorne. Viele würden zum Arbeiten nach Kanada oder Neuseeland gehen. Die Arbeitslosenquote sei in Irland zwar zurückgegangen, sagt Barry, das läge aber hauptsächlich daran, dass so viele Menschen emigriert seien.

**Folgen der Auswanderung** Menschen wie De Luca, Colombo oder Lanigan fehlen ihren Herkunftsländern, was weitere negativen Folgen für die Staaten hat. In diesem Zusammenhang wird gerne von einem sogenannten „Brain-Drain“ gesprochen, bei dem sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte ihre Heimat verlassen und ihr Herkunftsland damit auch deren Wissen und Erfahrung verliert. Zudem schrumpft in den betroffenen Ländern durch die Abwanderung die Bevölkerung. Für viele Staaten, die, wie beispielsweise Italien, über eine noch niedrigere Geburtenrate wie Deutschland verfügen, macht es das noch einmal schwieriger, den demografischen Wandel zu meistern. Zumal die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass sich gerade junge Menschen im Ausland niederlassen und eine Familie gründen. Allerdings erwerben Auswanderer in der Ferne auch neues Wissen, das dann dem Heimatland zu Gute kommt („Brain-Gain“), schließlich ist die Möglichkeit der Rückkehr nie ausgeschlossen. Die langfristigen Folgen der derzeitigen Migration nach Deutschland lassen sich zwar noch nicht abschätzen, für die Jugendlichen aber bietet sie eine Chance auf eine berufliche Zukunft. jbb

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





# Grenzen der Freizügigkeit

**ARMUTSZUWANDERUNG** Cameron will Änderung der EU-Verträge. Deutschland verschärft Gesetz

**D**er britische Premier David Cameron setzt den EU-Partnern in Sachen Freizügigkeit die Pistole auf die Brust. Im kommenden Jahr, vermutlich Anfang Mai, wählen die Briten ihr Unterhaus und für den Fall eines Siegs hat der konservative Politiker ein Referendum über den Verbleib des traditionell EU-skeptischen Königreichs in der Union in Aussicht gestellt. Für Cameron ist klar: Ohne eine Verschärfung der Freizügigkeitsregelungen für EU-Bürger könnte das knapp werden. Der britische Politiker fordert Änderungen an den EU-Verträgen, damit Zuwanderer aus Mitgliedsstaaten der Union künftig erst nach vier Jahren Anspruch auf Sozialleistungen in Großbritannien haben. „Wenn wir mit unseren Anliegen auf taube Ohren stoßen und unsere Beziehungen zur EU nicht verbessern können, dann kann ich natürlich nichts ausschließen“, drohte der britische Premierminister in einer Rede Ende November.

**»Wenn wir auf taube Ohren stoßen, dann kann ich nichts ausschließen.«**

David Cameron

Schon in den Monaten zuvor hatte sich Cameron mit umstrittenen Vorschlägen zur Freizügigkeit hervorgetan. So insistierte er auf einer Quotenregelung, um die Zuwanderung aus bestimmten EU-Ländern zu begrenzen. Das stieß weder im EU-Parlament noch bei der Bundesregierung auf Zustimmung. „Das hohe Gut der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ist für Deutschland nicht verhandelbar“, teilte Regierungssprecher Stefan Seibert Anfang November mit. Dabei ist Cameron selbst ein Getriebener – die Rechtspopulisten der „UK Independence Party“ (Ukip) attackieren die Konservativen vehement auf dem Feld der EU- und Einwanderungspolitik. Mit Erfolg: Bei der Europawahl im vergangenen Mai düpierte die Ukip sowohl die konservativen Tories als auch die Labour-Partei und wurde landesweit stärkste Kraft. Die Freizügigkeit der Europäischen Union gilt als einer der großen Errungenschaften des vereinigten Europas. EU-Bürger aus den 28 Mitgliedsstaaten sollen ohne große Einschränkungen frei wählen können, wo sie leben und arbeiten wollen. Etwa 2,8 Prozent der EU-Bürger sind nach Angaben des Europaparlaments in einem anderen EU-Staat ansässig. In Deutschland lebten Ende 2013 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 3,4 Millionen Bürger aus EU-Mitgliedsstaaten. Doch es gibt immer wieder Skepsis gegenüber der grenzenlosen Mobilität innerhalb der EU. Mancher fürchtet, dass vor allem Unions-

bürger aus den ärmeren Ländern die Chance nutzen und so Arbeitsmärkte oder gleich soziale Sicherungssysteme der reicheren EU-Staaten belasten. Rechte und europaskeptische Parteien – ob Ukip in Großbritannien, der „Front National“ in Frankreich oder die AfD in Deutschland – füllen damit, ebenso wie die rechtsextreme NPD, seit Jahren ihre Parteiprogramme und setzen auf Abschottung und Abgrenzung.

Auch etablierte Parteien greifen das Thema immer wieder auf. In der Bundesrepublik wurde in den beiden vergangenen Jahren heftig über Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien diskutiert. Am Ende stand eine Verschärfung des Freizügigkeitsgesetzes.

**Städtetag warnt** Bereits ein Jahr bevor Rumänien und Bulgaren rechtlich gleichgestellte EU-Bürger wurden – die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit endete Anfang 2014 –, ging der Deutsche Städtetag im Januar 2013 mit einem Positionspapier an die Öffentlichkeit und beklagte die finanziellen und sozialen Folgen dessen, was im Positionspapier als „Armutszuwanderung“ bezeichnet wurde. So gebe es „erhebliche Probleme mit einem großen Anteil der zuwandernden Menschen aus Südosteuropa“.

Das sahen nicht alle so: So wies zum Beispiel das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit bereits Mitte 2013 darauf hin, dass Bürger aus Bulgarien und Rumänien – in Hinblick auf Arbeitslosigkeit und Sozialleistungsbezug – nicht schlechter integriert seien als andere Ausländer. Insgesamt profitiere die Bundesrepublik, vor allem hinsichtlich der Rentenversicherung, sogar von der Zuwanderung aus den beiden Ländern. Allerdings gebe es deutliche regionale Unterschiede. In Berlin, Duisburg und Dortmund etwa seien die Arbeitslosenquote und der Sozialleistungsbezug außergewöhnlich hoch.

Vertreter vom Zentralrat der Sinti und Roma warnten wiederholt vor einer „Ethnisierung der Debatte“. Der Städtetag hatte in seinem Papier verhalten angedeutet, dass vor allem Angehörige der Roma-Minderheiten in den jeweiligen Ländern den Weg nach Deutschland einschlugen – und es gerade jenen aufgrund von Diskriminierung und Ausgrenzung an den Voraussetzungen fehle, sich im deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Durch diese Verquickung von „Armutszuwanderung“ mit einer Minderheit, deren Angehörige in



Bei einer Rede Ende November im englischen Rocester forderte Cameron Reformen der EU-Freizügigkeitsregeln.

© picture-alliance/empics

Deutschland seit langer Zeit mit rassistischen Vorurteilen zu kämpfen haben und während des Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden, werde der ohnehin vorhandene Antiziganismus weiter verstärkt, so die Kritiker.

**Novelle** Nach der Bundestagswahl 2013 nahm sich auch die Große Koalition aus CDU, CSU und SPD des Themas an. Im Koalitionsvertrag kündigten sie allgemein gehalten an, der „ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen“ entgegenzuwirken. Die CSU konkretisierte bei ihrer Klausurtagung Anfang Januar 2014 in Wildbad Kreuth, was aus ihrer Sicht damit gemeint sei. Unter dem Motto „Wer betrugt, der fliegt“ forderte sie eine restriktive

Handhabung von Sozialleistungsansprüchen – insbesondere beim Kindergeld – und ein rigoroses Vorgehen gegen vermeintliche Betrüger. Das stieß in dieser Härte bei den Koalitionspartnern auf wenig Gegenliebe – und wurde von Beobachtern vor allem als Vorspiel für die Europawahl 2014 und die Kommunalwahlen in Bayern gewertet. Die Koalition entschloss sich schließlich dazu, das Freizügigkeitsgesetz zu verschärfen – blieb aber hinter Forderungen der CSU zurück. So kann im Betrugs- oder Täuschungsfall nun eine Wiedereinreisepflicht verhängt werden, allerdings nur in schweren Fällen. Die Arbeitssuche wird auf sechs Monate begrenzt. Beim Kindergeldbezug sieht die Novelle nun erhöhte Nachweisanforderungen vor und führte Regelungen

ein, um Doppelauszahlungen zu vermeiden. Das grundsätzliche Recht, vom ersten Tag des Aufenthalts in Deutschland ein Kindergeld zu beziehen, auch wenn das Kind im EU-Ausland lebt, tastete die Regierung nicht an. Ende November vergangenen Jahres passierte das Gesetz Bundesrat und Bundestag.

**EuGH-Urteil** Auch auf juristischer Ebene fiel eine wichtige Entscheidung: Der Europäische Gerichtshof urteilte Anfang November im Falle einer in Leipzig lebenden Rumänin, dass in bestimmten Fällen EU-Bürger keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben. Das Gericht verwies aber darauf, dass im Einzelfall konkret geprüft werden müsse. Die Frau hatte geklagt, weil das ört-

liche Jobcenter ihren Hartz-IV-Antrag ablehnt hatte. Laut Jobcenter hatte sie sich nicht um Arbeit bemüht. In Deutschland stieß das Urteil parteiübergreifend überwiegend auf Zustimmung. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt etwa sprach von einem „guten Signal“ für das Sozialsystem und die Gerichte. Die SPD-Europaaabgeordnete Jutta Steinruck lobte, dass mit dem Urteil nicht an dem Grundrecht der Arbeitnehmerfreizügigkeit gerüttelt werde. „Klar ist nun, dass immer die persönliche Situation des Einzelnen zu berücksichtigen ist“, so die Sozialdemokratin. Für die britische Regierung war das Urteil offenbar nicht genug. Cameron macht weiter Druck. Die Debatte um Freizügigkeit ist noch nicht beendet. *Sören Christian Reimer*

## Willkommen in Deutschland?

**AUFNAHMEBEREITSCHAFT** Trotz »Pegida« und Protesten: Die Haltung der Deutschen gegenüber Flüchtlingen ist besser als in den 1990er Jahren

Die Montagskundgebungen der „Patriotischen Europäer gegen eine Islamisierung des Abendlandes“, kurz „Pegida“, sind innerhalb weniger Wochen zu Massendemonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern angewachsen. Neben einer diffusen Angst vor Muslimen eint viele Teilnehmer ihre Ablehnung von Flüchtlingen, von denen sie meinen, es kämen zu viele von ihnen nach Deutschland. Als Mitte Dezember im mittelfränkischen Örtchen Vorra, nördlich von Nürnberg, dann eine bezugsfertige Flüchtlingsunterkunft zum Ziel eines verheerenden Brandanschlags wurde, weckte das bei vielen Erinnerungen an die finsternen frühen 1990er Jahren, als es auf dem Höhepunkt der sogenannten „Asyldebatte“ zu einer ganzen Reihe von Anschlügen auf Flüchtlingsheime und Wohnhäuser von türkischen Einwanderern kam. Dennoch lässt sich die Situation heute nur sehr bedingt mit der vor 20 Jahren vergleichen. Auch wenn die Zahl der Menschen, die vor den Kriegen in ihrer Heimat nach Deutschland flüchten, wieder stark zugenommen hat, liegt sie doch zum einen deutlich unter der vor 20 Jahren: Auf dem Höhepunkt wurden 1992 weit über 400.000 Asylanträge gestellt, 2014 waren es noch nicht einmal die Hälfte. Zum anderen ist die Zivilgesellschaft vielerorts heute weit besser organisiert als damals, und Flüchtlingsinitiativen, staatliche Stellen und ehrenamtlich Engagierte sind viel besser vernetzt und vorbereitet.

**Mangelnde Vorbereitung** Ivana Domazet vom Flüchtlingsrat Brandenburg sieht dennoch Parallelen zur Situation in den 1990ern. So glaube die Politik wieder einmal, den steigenden Flüchtlingszahlen mit schärferen Gesetzen begegnen zu können – etwa, indem man die Länder des westlichen Balkans zu „sicheren Herkunftssta-



In Dresden demonstrieren nicht nur „Pegida“-Anhänger, sondern auch Gegendemonstranten.

© dpa

ten“ erklären. Dabei sei der vermeintliche „Notstand“, von dem im Herbst vielerorts die Rede war, als Zeltstädte und Containerdörfer errichtet wurden, erst entstanden, weil Länder und Landkreise nicht rechtzeitig für angemessene Unterkünfte gesorgt hätten, denn der Anstieg der Flüchtlingszahlen sei vorhersehbar gewesen, kritisiert sie. Es missfällt ihr auch, dass Brandenburg auf Großunterkünfte setzt – so wie in der ehemaligen Lausitz-Kaserne nahe der 9.000-Seelen-Gemeinde Doberlug-Kirch-

hain im Süden Brandenburgs, die nach dem Willen des Innenministeriums als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden soll. „Da gibt es keine Versorgung und keine Infrastruktur“, sagt Domazet. „Solche Großunterkünfte fördern Rassismus“, fürchtet sie. Denn die Art, wie der Staat mit Flüchtlingen umgehe, habe Einfluss darauf, wie die Bevölkerung sie aufnehme. Wie man die Bevölkerung mitnimmt, zeigte die Einrichtung einer neuen Erstaufnahmestelle in der ehemaligen Zollernalb-Ka-

serne in Meßstetten auf der Schwäbischen Alb in Baden-Württemberg. Im November wurde sie im Beisein von Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) eröffnet. Öney lobte die „beispiellose Zusammenarbeit verschiedenster Behörden, Einrichtungen und einzelner Personen“. Allein der Aufruf, Kleider und Spielsachen zu spenden, fand dort riesige Resonanz. Auch dort hatten Rechtsradikale im Vorfeld versucht, so wie in Brandenburg oder den östlichen Randbezirken Berlins, Stimmung

gegen die Flüchtlinge zu machen – aber ohne Erfolg. „Seit der Papst auf Lampedusa war, herrscht auch hier Aufbruchsstimmung“, sagt Andreas Linder vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. Natürlich gebe es „Bürgerproteste“ oder Gegenstimmen „aus der ganz rechten Ecke, in Halbnaiforen im Netz“, aber eben auch eine große Bereitschaft, sich für die Flüchtlinge zu engagieren. „Diese positive Stimmung zieht sich durch die Bürgerschaft und bis in die Behörden“. Dass die Landesregierung selbst Maßnahmen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit ergreift, sei ein positives Signal. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht links und rechts überholt werden“, scherzt Linder.

**Positive Signale** Überall in Deutschland gibt es Initiativen, die sich für Flüchtlinge und gegen Fremdenfeindlichkeit engagieren, von Bonn bis Bautzen. Am 18. Dezember wurde eine Reihe von ihnen von der Bundesregierung in Berlin für ihre Solidarität stellvertretend ausgezeichnet. Die große Hilfsbereitschaft äußert sich auch in Vorschlägen wie jenem des Brandenburgers CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Patzelt, der angeregt hat, auch Privatleute könnten Bürgerkriegsflüchtlinge bei sich einquartieren. Oder dem medienwirksamen Vorstoß des Bürgermeisters von Goslar, Oliver Junk (CDU), der gerne mehr Flüchtlinge in seiner Stadt aufnehmen möchte, um dem Bevölkerungsschwund entgegenzuwirken. Auch wenn er viel Gegenwind bekam, weil die Idee nicht ganz ausgereift war – sie zeigt, dass die Haltung gegenüber Flüchtlingen vielerorts weit besser ist, als es die „Pegida“-Parolen glauben lassen. *Daniel Bax*

Der Autor ist Inlandsredakteur der „tageszeitung“.

## Streit um Abschiebestopp

**HUMANITÄRE GRÜNDE** Mit ihren „Winterabschiebestops“ haben die Landesregierungen Schleswig-Holsteins und Thüringens Kritik auf sich gezogen. Beide Bundesländer hatten im Dezember verkündet, Staatsangehörige aus 15 Ländern bis Ende März 2015 aus humanitären Gründen nicht mehr abzuschicken. Darunter sind unter anderem die Länder des Balkans, der Irak und Afghanistan. „Diese positive Stimmung zieht sich durch die Bürgerschaft und bis in die Behörden“. Dass die Landesregierung selbst Maßnahmen zur Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit ergreift, sei ein positives Signal. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht links und rechts überholt werden“, scherzt Linder.

Anderer Bundesländer lehnen ähnliche Maßnahmen – trotz Aufforderung von Kirchen und Flüchtlingsräten – bisher ab und verweisen auf Einzelfallprüfungen. Der Innenminister Baden-Württembergs, Reinhold Gall (SPD), kritisierte die Entscheidungen in Kiel und Erfurt: „Was will man eigentlich mit Winterabschiebestopp sagen? Warum soll es denn humaner sein, am 30. November abzuschicken, und am 9. Dezember nicht?“, sagte Gall. Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kritisierte die Entscheidungen in einem Brief an seinen Kieler Amtskollegen scharf. Damit sei der „Asylkompromiss“ in Frage gestellt. Darin hätten sich die Länder verpflichtet, ausreisepflichtige Personen auch tatsächlich abzuschicken, und im Gegenzug finanzielle Unterstützung vom Bund versprochen bekommen. Laut Innenministerium hielten sich Ende Juni 2014 143.000 Menschen in Deutschland auf, die hätten ausreisen müssen. *scri/dpa*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Als Armando Rodrigues de Sá im September 1964 auf dem Bahnhof von Köln-Deutz dem Zug entstieg, wird er seinen Augen kaum getraut haben. Auf dem Bahnsteig hatte sich zu seiner Begrüßung ein Pressepublikum versammelt. Ein Abgesandter der Arbeitgeberverbände wartete mit einem Strauß Nelken, einer Ehrenurkunde und einem Moped als Willkommensgabe. Nach Berechnungen der Arbeitgeber war der Portugiese Rodrigues de Sá der millionste Gastarbeiter in Deutschland, und das sollte gefeiert werden.

Was Manfred Dunkel, Verbandschef der Metallarbeiter im Regierungsbezirk Köln, dann allerdings zur Begrüßung zu sagen hatte, ließ doch vermuten, dass er den Mann am liebsten in Portugal gelassen hätte: „Wir wären ganz froh, wenn wir in unserem Land nicht gezwungen wären, soviel Ausländer fern der Heimat beschäftigen zu müssen. Nun sind Sie aber da, wir brauchen Ihre Hilfe, und Sie sollen es so gut haben, wie es eben geht, so gut, wie es ein Gast erwarten darf.“

Fünf Jahrzehnte später rechnet die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das deutsche Zuwanderungsrecht für Arbeitsmigranten zu den liberalsten Regelungen der Welt. Im Jahr 2013 kamen 465.000 Zuzügler ins Land, zwei Drittel unter ihnen Bürger der Europäischen Union, die sich ohne jegliche Formalität niederlassen können. In einer Rangliste der Einwanderungsländer belegt Deutschland den zweiten Platz hinter den USA, und dass ein Arbeitgeber-Vertreter diese Entwicklung bedauern würde, ist heutzutage schwer vorstellbar.

**Öffnung** Seit ihrer Gründung hat sich die Bundesrepublik für Ausländer geöffnet, aus humanitären wie aus wirtschaftlichen Gründen. Zunächst aus humanitären: Mit der Verkündung des Grundgesetzes 1949, dessen Artikel 16 politisch Verfolgten das Recht auf Asyl verleiht, und der deutschen Unterschrift unter die Genfer Flüchtlingskonvention 1951 war die Rechtsgrundlage dafür vorhanden. Bald auch aus wirtschaftlichem Interesse: Mit Italien kam 1955 ein erstes Anwerbeabkommen zustande, denen sieben weitere folgten, mit der Türkei, den Ländern der iberischen Halbinsel, Jugoslawien. Bis 1973, als nach Rezession und Ölpreisschock ein „Anwerbestopp“ erfolgte, wuchs die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer auf 2,6 Millionen. Doch der einzige Effekt des Anwerbestopps war, dass es nun keinen geregelten Zugang für Arbeitsmigranten mehr gab. Die Zuwanderung hielt an, jetzt auf dem Wege des Familiennachzugs und des Asylrechts. Die sozialliberale Bundesregierung trug dieser Entwicklung schließlich Rechnung, als sie 1978 das Amt des Ausländerbeauftragten schuf.

Es war ein Jahrzehnt später die schwarz-gelbe Regierung Helmut Kohls (CDU), die einen fundamentalen Wandel in der damals noch sogenannten Ausländerpolitik einleitete. Die im Frühjahr 1990 verabschiedete Neufassung des Ausländergesetzes enthielt erstmals einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Wer Deutscher werden wollte, war jetzt nicht mehr auf die Wohlwollen der Behörden angewiesen. blieb dieser Paradigmenwechsel noch weitge-



Der millionste Gastarbeiter wird 1964 am Deutzer Bahnhof in Köln begrüßt. Als Geschenk gab es ein Moped.

© picture-alliance/dpa

## Viele Wendungen

**ZUWANDERUNG** Seit 1949 ist das deutsche Ausländer- und Asylrecht immer wieder an die Erfordernisse angepasst worden

hend unbemerkt, so polarisierte nach 1990 ein anderes Thema die Öffentlichkeit, ein immer erbitterter ausgetragener Streit um das Asylrecht. Der Fall des Eisernen Vorhangs, die Kriege auf dem Balkan hatten die jährlichen Bewerberzahlen in die Höhe schnellen lassen. Von knapp 200.000 auf fast 440.000 zwischen 1990 und 1992. Die Bundesregierung beklagte, dass sich mit dem Instrument des Artikels 16, der jedem Asylbewerber einen Rechtsanspruch auf Prüfung seines Falles und damit auf Einreise garantierte, diese Zuwanderung nicht steuern ließ. Um das Grundgesetz zu

ändern, bedurfte es der Mitwirkung der sozialdemokratischen Opposition, die sich lange sträubte, letztlich aber doch auf einen im Mai 1993 im Bundestag beschlossenen Kompromiss einließ. Dabei blieb Artikel 16 bestehen, nun aber mit einem einschneidenden Vorbehalt: Als „offensichtlich unbegründet“ gelten seither Asylanträge von Bewerbern, die aus als „sicher“ eingestuftem Ländern stammen oder sich vor der Einreise in einem „sicheren Drittstaat“ aufgehalten haben. Die Reform sei ein notwendiger Schritt zur Europäisierung des Asylrechts gewesen,

gibt die Staatsrechtlerin Christine Langenfeld zu bedenken, Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration: „Das deutsche Asylrecht ist vollkommen überlagert von der Europäisierung.“ Die Aufhebung der Binnengrenzen in der EU durch das Schengen-Abkommen hätte sonst keinen Bestand haben können. Dass der „entkernte“ Artikel 16 im Asylverfahren kaum noch von Bedeutung sei, sagt auch Marei Pelzer, Hausjuristin von „Pro Asyl“. Das Aufenthaltsrecht der weitaus meisten anerkannten Flüchtlinge beruhe

heute auf der Genfer Konvention von 1951. Ihr Status sei aber identisch mit dem von Asylberechtigten nach den Regeln des Grundgesetzes.

Zum innenpolitischen Dauerbrenner geriet in den 1990er Jahren die Forderung der damaligen Opposition, das Staatsbürgerschaftsrecht weiter zu modernisieren. Nach dem Regierungswechsel 1998 wurde daraus nicht von ungefähr das rot-grüne Pilotprojekt: In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sollten mit der Geburt Deutsche sein, wenn mindestens ein Elternteil seit acht Jahren legal im Land lebe. Doppelte Staatsangehörigkeiten sollten generell zulässig sein.

**Doppelpass** Turbulenzen erzeugte vor allem dieser Punkt. Die Union mobilisierte mit einer Unterschriftenkampagne gegen den Doppelpass. Mit dem Verlust der Landtagswahl in Hessen büßte Rot-Grün die Mehrheit im Bundesrat ein, sah sich also zum Kompromiss genötigt: Es blieb beim Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt in Deutschland. Im Erwachsenenalter sollten sich aber die Betroffenen zwischen dem deutschen Pass und dem ihrer Eltern entscheiden müssen. Die Expertin Langenfeld nennt diese Regelung eine „bürokratische Missgeburt“. Die derzeitige schwarz-rote Koalition hat sie 2013 auf Drängen der SPD wieder abgeschafft.

Anders als der Doppelpass war ein Zuwanderungsgesetz anfangs wohl kein rot-grünes Kernanliegen. Noch im Januar 2000 erklärte Innenminister Otto Schily (SPD) es angesichts von damals über drei Millionen Arbeitslosen für entbehrlich. Einen Monat später erhöhte Kanzler Gerhard Schröder (SPD) die Klagen der IT-Branche, die händeringend nach Fachkräften suchte. Daraus erwuchs die „Green Card“-Initiative für Computer-Experten sowie eine Kommission unter Vorsitz der früheren Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU), die ein Gesamtkonzept erarbeiten sollte.

Als sie im Sommer 2001 fertig war, war gerade die „Dotcom-Blase“ geplatzt und statt vom Fachkräftemangel wieder von der erschreckenden Arbeitslosenrate die Rede. Für die Union, auf deren Zustimmung im Bundesrat es ankam, passte ein Zuwanderungsgesetz nicht mehr in die Landschaft, und sie ließ es 2004 auch nur in amputierter Gestalt passieren. Was fehlte, war das Prunkstück der Süssmuth-Kommission, ein „Punktesystem“, das jährlich einer bestimmten Anzahl qualifizierter Bewerber die Möglichkeit geboten hätte, auch ohne Arbeitsvertrag mit einer deutschen Firma einzureisen. Wer hätte ahnen können, wie dankbar eine spätere unionsgeführte Bundesregierung eine Idee aus Brüssel begrüßen würde? Die EU-Kommission lancierte 2012 die „Blaue Karte“ für die Zuwanderung von Hochschulabsolventen aus außereuropäischen Ländern, die in der EU Arbeit gefunden hatten. Die schwarz-gelbe Koalition ging über die Vorgaben der Richtlinie hinaus, erweiterte sogar 2013 den Kreis der Berechtigten auf Inhaber nicht-akademischer Abschlüsse. Eine „fundamentale Rechtsänderung“, einen „Paradigmenwechsel“ sieht Langenfeld darin: „Vom Anwerbestopp zu einer richtigen Anwerbeoffensive.“ *Winfried Dolderer* //

*Der Autor ist Historiker und Publizist in Berlin.*

### GLOSSAR

#### Aufenthaltserteilung

Die Aufenthaltserlaubnis gilt für alle Zuwanderer aus den Ländern, die nicht der Europäischen Union oder dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören. Die Erlaubnisse sind zeitlich befristet (sechs Monate bis fünf Jahre) und sie sind immer zweckgebunden. Sie können etwa zum Zweck der Ausbildung, der Erwerbstätigkeit, aus humanitären oder familiären Gründen erteilt werden. Eine Aufenthaltserlaubnis eröffnet die Möglichkeit eines späteren unbefristeten Aufenthaltsrechts (Niederlassungserlaubnis).

#### Abschiebung

Die Durchsetzung der Ausreisepflicht eines Ausländers mit Zwangsmitteln heißt Abschiebung. Sie unterscheidet sich von der Ausweisung als Verwaltungsakt, der einen Aufenthaltstitel aufhebt und somit zur Ausreisepflicht führt. Zur Abschiebung kann es kommen, wenn der Betroffene in einer festgesetzten Frist nicht freiwillig ausreist und kein Abschiebehindernis vorliegt. Dazu gehört vor allem die Gefahr für Leib und Leben im Zielland.

#### Duldung

Die „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“ eines ausreisepflichtigen Ausländers heißt Duldung. Sie wird in der Regel nach 18 Monaten in eine Aufenthaltserlaubnis umgewandelt, wenn der Ausreisepflichtige „unverschuldet“ am Verlassen des Landes gehindert ist. Wirkt er jedoch seiner Ausreise aktiv entgegen, kann die Duldung allenfalls periodisch verlängert werden („Kettenduldungen“).

#### Königsteiner Schlüssel

Der Königsteiner Schlüssel regelt die Verteilung von Asylbewerbern auf die Bundesländer. Er wird zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl berechnet und geht zurück auf das Königsteiner Abkommen von 1949, mit dem sich die Länder über ihre jeweiligen Anteile an der Forschungsfinanzierung einigten. Dieser Schlüssel wird aber längst auch in vielen anderen Bereichen angewandt.

#### Kontingentflüchtlinge

Flüchtlinge aus Krisenregionen, die im Rahmen internationaler Hilfe in festgelegter Anzahl (Kontingenten) aufgenommen werden, sind sogenannte Kontingentflüchtlinge. Aus völkerrechtlichen, humanitären oder sonst im deutschen Interesse liegenden Gründen können Bund oder Länder bestimmten Ausländergruppen eine Aufenthaltserlaubnis erteilen wie derzeit syrischen Flüchtlingen. Die Betroffenen müssen dann nach ihrer Ankunft in Deutschland nicht erst ein Asylverfahren durchlaufen. *wid* //

## Symptome der »Nichtanerkennung«

**GESETZE** Für EU-Bürger und Ausländer aus Drittstaaten gibt es hierzulande ganz unterschiedliche Rechte und Pflichten

Genau genommen, hatte sich Erhan A. nicht mehr zuschulden kommen lassen als wilde Reden zu führen. Er würde seine Familie umbringen, wenn diese sich am Islam versündigte, hatte der junge Türke in der Öffentlichkeit getönt. Die Behörden des Freistaats Bayern reagierten prompt. Erhan A. kam in Abschiebehaft und saß wenig später im Flugzeug.

**Klassengesellschaft** Dass es so etwas wie eine Klassengesellschaft unter Menschen ausländischer Herkunft in Deutschland gibt, zeigt sich für Safer Çinar an diesem Fall. Es zeigt sich auch, dass die Gruppe, die Çinar als Vorsitzender der Türkischen Gemeinde vertritt, in dieser Hierarchie noch immer nicht ganz oben angekommen ist. Wer mit einem türkischen Pass hier lebt, muss damit rechnen, dass das Aufenthaltsrecht als verlängerter Arm des Strafrechts gegen ihn wirken kann, so sieht es Çinar. Das schmerzt ihn, denn er empfindet es als Symptom einer nach über fünf Jahrzehnten noch fortwirkenden „Nichtanerkennung“.

Zu reden wäre auch über das Wahlrecht. Bürger mit ausländischem Pass dürfen in ihrer Gemeinde nicht immer über die Kommunalpolitik bestimmen. Der erste Ausländerbeauftragte der Bundesrepublik, der Sozialdemokrat Heinz Kühn, hat das schon 1979 vorgeschlagen. In den Niederlanden und Schweden sei das kommunale Ausländerwahlrecht seit über drei



Türken – hier in einem Berliner Café – haben in der EU besondere Rechte.

© picture-alliance/dpa

Jahrzehnten gängige Praxis, gibt Çinar zu bedenken, warum nicht hier? Wer sich als Bürger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union in der Bundesrepublik aufhält, dem sind solche Fragen fremd. Das Wahlrecht auf kommunaler wie europäischer Ebene ist selbstverständlich gewährleistet. Ausweisung haben EU-Bürger allenfalls nach einer Verurteilung wegen schwerster Straftaten zu gewärtigen. Die Unionsbürgerschaft garantiert Niederlassungsfreiheit und ungehinderten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Freilich, auch den in Deutschland lebenden Türken gewährt Europa Rechtsansprüche. Sie erwachsen aus dem Assoziierungsabkommen von 1963 zwischen der Türkei und der damaligen EWG. So erklärte der Europäische Gerichtshof im Juli 2014 eine

Bestimmung, dass nachziehende Ehegatten bereits vor der Einreise „einfache Deutschkenntnisse“ zu erwerben haben, für nicht anwendbar auf türkische Staatsbürger. Die Richter verwiesen auf ein seit 1973 gültiges Zusatzprotokoll zum Assoziierungsabkommen, in dem sich die Vertragsparteien verpflichtet hatten, „keine neuen Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit“ zu schaffen. Dies sei jedoch mit der erst 2008 eingeführten Sprachklausel erfüllt. Die Interpretation des Urteils ist strittig. Für die Bundesregierung hat der EuGH nicht die Sprachklausel als solche verworfen, sondern nur eine Härtefallregelung angemahnt. Die Türkische Gemeinde hat Beschwerde bei der EU-Kommission eingeleitet. Gemessen am Vorzugsstatus von Zuwanderern aus EU-Ländern bilden Flücht-

linge das Prekariat des Aufenthaltsrechts. Zumal jene, denen das zuständige Bundesamt zwar die Asylberechtigung verweigert, aber dennoch eine Duldung erteilen muss, weil sich die Ausreise nicht möglich ist

**Aufenthaltserteilung** Wer durch höhere Gewalt an der Ausreise gehindert ist, darf sich mittlerweile nach 18 Monaten Hoffnungen auf eine befristete Aufenthaltserlaubnis machen. Wer indes gesetzeswidrig seine Ausweisung sabotiert, indem er den Behörden Dokumente vorenthält, den Pass vernichtet, die Identität verschleiert, den trifft das Verdikt des Bundesverfassungsgerichts: „Eine Rechtsordnung, die sich ernst nimmt, darf nicht Prämien auf die Missachtung ihrer selbst setzen.“ Eine Aufenthaltserlaubnis kommt also nicht in Frage, zudem haben die Betroffenen Leistungskürzungen und Arbeitsverbote zu gewärtigen sowie je nach Bundesland zusätzliche Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit.

Für Asylbewerber generell gilt, dass sie ihren Aufenthaltsort nicht selbst wählen dürfen. Bisher durften sie auch den Landkreis nicht verlassen, wo sie untergebracht sind. Nach einer jetzt vom Bundestag beschlossenen Neuregelung sollen sie sich künftig in Deutschland frei bewegen können. Und auch nicht mehr wie bisher nach längstens vier Jahren, sondern nach 15 Monaten freien Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Wer freilich einen Hochschulabschluss und einen Arbeitsvertrag vorzuweisen hat, kann seit 2012 auch als Flüchtling den direkten Weg in die Komfortzone des Aufenthaltsrechts finden: Die „Blaue Karte“ garantiert qualifizierten Zuwanderern von außerhalb der EU unbegrenzte Arbeitsmöglichkeiten und den Aufenthalt nach spätestens drei, in der Regel schon zwei Jahren. *wid* //

## Vorbild Kanada

**INTEGRATION** Das Punktesystem prämiert Qualifikationen

Von Willkommenskultur kann John Curtin nicht viel gehalten haben. Er hätte sich sonst kaum gewünscht, sein Land möge für immer ein „Außenposten der britischen Rasse“ bleiben. Freilich, es war zu Beginn der 1940er Jahre, als der Premierminister Curtin Australien regierte. Dass sich Multikulturalismus auch außerhalb Europas nicht von selbst versteht, macht sein Beispiel dennoch deutlich.

USA, Kanada, Australien: Als vor zwei Jahrzehnten hierzulande der Streit wogte, wie sich Deutschland mit seinen Migranten arrangieren sollte, waren die „klassischen Einwanderungsländer“ das allseits zitierte Referenzmodell. Befürworter einer restriktiven Politik argumentierten, dass die Bundesrepublik anders sei, eben „kein Einwanderungsland“. Auf der Gegenseite wurde ein Wandel im Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft angemahnt. Die Süssmuth-Kommission, die im Juli 2001 ein Reformkonzept für das Zuwanderungsrecht vorlegte, empfahl ein „Punktesystem“ nach kanadischem Vorbild als Steuerungsinstrument. In einer Publikation der Bundeszentrale für Politische Bildung fand sich 2009 der Hinweis, dass unter jüngeren Migranten in Kanada der Anteil von Hochschulabsolventen mit über 50 Prozent doppelt so hoch liegt wie unter den im Land Geborenen.

Bei näherem Zusehen zeigt sich, dass das Leitbild einer homogenen Gesellschaft historisch keine deutsche Besonderheit ist. Kanada etwa machte schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Schotten dicht, um „Wirtschaftsflüchtlinge“ fernzuhalten. Australien folgte 1901 mit einer Regelung, die sich vor allem gegen Zuwanderer aus China und dem Südsee-Raum richtete. Zugleich wurde das Aufent-

haltsrecht erstmals an eine formale Bildungsvoraussetzung geknüpft: Wer sich in Australien niederlassen wollte, musste ein Englisch-Diktat bestehen. In den USA ist die legale Zuwanderung seit 1921 strikt limitiert.

**Diskriminierung** Jahrzehntelang wurden zudem in allen drei Ländern Zuwanderer nichtweißer Hautfarbe, in Kanada sogar Italiener, diskriminiert. Einen Wandel bewirkte schließlich die Einsicht in die Realität: Mit hellhäutigen Zuwanderern allein war der Bedarf immer weniger zu decken. Kanada verzichtete 1967, Australien 1973 auf die Hautfarbe als Auswahlkriterium. Die USA ersetzten 1978 die „nationale Herkunftssystem“ durch ein weltweites Quotensystem.

In diesem Rahmen finden Jahr für Jahr Zuwanderer in begrenzter Zahl einen legalen Weg in die USA. Wer keinen Anspruch auf Familiennachzug geltend machen kann, benötigt ein Arbeitsplatzangebot eines im Land ansässigen Unternehmens, das dafür wiederum einer Erlaubnis der Arbeitsverwaltung bedarf. Ausnahmen gelten für Höchstqualifizierte. Auch wer als Unternehmer in einer strukturschwachen Gegend mindestens zehn Arbeitsplätze schafft, kann mit einem Daueraufenthalt belohnt werden. Rund 50.000 von den Aufenthaltsgenehmigungen schließlich werden jährlich weltweit verlost.

Vergleichsweise einfach haben es Arbeitsmigranten mit den Punktesystemen in Kanada und Australien: Sie prämiieren individuelle Qualifikationen, Ausbildung, Sprachkompetenz, Berufserfahrung, nicht zuletzt ein möglichst junges Alter. Zuwanderung soll sich rentieren. *wid* //



# Das Eigene und das Fremde

**BLICK IN DIE WELT** Zuwanderung bringt Chancen, stellt Gesellschaften aber auch vor große Herausforderungen. Drei Beispiele

Nach drei Tagen wurde die Suche aufgegeben. Bei hohem Seegang sind Anfang Dezember mindestens 29 Menschen, darunter acht Kinder, ins Meer gefallen und ertrunken. Es waren Migranten aus Schwarzafrika, die mit ihren Familien in Europa ein besseres Leben finden wollten. Nun gehören sie zu den Tausenden von Opfern, die in den letzten zwei Jahrzehnten bei der Fahrt übers Mittelmeer ihr Leben verloren haben. „In Europa gibt es Arbeit ohne Ende, das Geld liegt auf der Straße, dort kann ich mir ein schönes Auto und eine große Wohnung kaufen“, sagt ein junger Mann aus Mali stellvertretend für die meisten Migranten aus Nigeria, Kamerun, Mali, Niger, dem Sudan oder Tschad, die eine Illusion auf die gefährliche Reise in den Norden treibt.

**Transitrouten** Die Immigration auf wackeligen, überfüllten Booten, die von Libyen aus nach Malta und Süditalien unterwegs sind, beherrscht die Schlagzeilen. Dabei ist Marokko nach wie vor eine der Haupttransitrouten ins vermeintlich goldene Paradies. In Melilla versuchen beinahe täglich Hunderte über die Grenzbefestigungen der spanischen Enklave auf marokkanischem Territorium zu klettern. Die Aufnahmelager von Melilla sind hoffnungslos überfüllt. Hilfe soll von den Behörden in Marokko kommen, die nun einen viereinhalb Meter hohen Zaun als zusätzliche Barriere planen. Melilla liegt

im Norden Marokkos, unweit von Oujda, einer Grenzstadt zu Algerien. Sie ist die Durchgangsstation für die Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika. Seit mehr als zwei Jahren sind unter den Migrantenströmen in Marokko auch Familien aus Syrien, die dem brutalen Bürgerkrieg in ihrem Heimatland entflohen. Sie gehören in der Regel nicht zu denjenigen, die über die meterhohen Befestigungsanlagen Melillas klettern. Syrer können sich häufiger teure Plätze in einem Schmugglerboot leisten, das sie in die spanische Hafenstadt auf marokkanischem Boden bringt. Sie leben meist auch in Hotels oder mieten sich Wohnungen an. Dagegen hausen schwarzafrikanische Migranten unter schrecklichen Bedingungen in selbst gebauten Zelten im Wald und in den Bergen – und das Sommer wie Winter. Die zweite große Anlaufstation ist Tanger. Von der Hafenstadt im Norden Marokkos sind es gerade mal 14 Kilometer über die Meerenge von Gibraltar nach Spanien. Europa liegt in Sichtweite, verführerisch zum Greifen nah. Und nach Ceuta, der zweiten spanischen Enklave in Marokko, ist es nur eine Fahrtstunde. In Tanger gehören Schwarzafrikaner zum Stadtbild. Sie betteln an den Ampeln von Straßenschnitten, vor Bäckereien, auf dem Markt oder vor den Moscheen. Einige leben auch hier

in den Wäldern, aber die meisten haben Unterschlupf in den Neubaugebieten der Vororten gefunden, die in Tanger wie Pilze aus dem Boden schießen. Die Hafentstadt, die früher ausschließlich vom Tourismus lebte, hat sich in den letzten zehn Jahren zur Industriemetropole gemauert.

**Misshandlungen** Eine dieser neuen Vorstädte ist Boukhalef, in der Nähe des internationalen Flughafens. Anfänglich waren Migranten dort in leer stehende Wohnungen eingezogen. Seit die Polizei die besetzten Appartements räumt, vermeiden die Migranten Ärger mit den Hausbesitzern und bezahlen Miete. Leicht haben es die Flüchtlinge nicht in Marokko. Sie berichten ausnahmslos von Misshandlungen der Polizei. Die Marokkaner haben zwar Mitleid mit ihnen, sehen sie aber als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. „Oft bekomme ich zu hören“, sagt Mohammed, ein Maler aus Tanger, der als Tagelöhner arbeitet, „wenn du es nicht billiger machst, dann hole ich mir einen dieser Neger.“ Wer in Tanger angekommen ist, muss sich auf eine lange Wartezeit einstellen. Schnellboote, sogenannte Zodiacs, mit denen man über die Meerenge nach Spanien braust, gibt es nur mehr selten. Die marokkanischen Behörden überwachen die Küste streng. Zahlreiche Militärposten

**Europa liegt in Sichtweite, verführerisch und zum Greifen nah.**

sind selbst an den Stadtstränden verteilt und sind Tag und Nacht besetzt. Vor 15 Jahren waren Migranten noch ein lukratives Geschäft für Schmuggler und Polizei, die Bestechungsgelder kassierte. Damit ist es heute längst vorbei. Spanien und die Europäische Union hatten politischen Druck auf Marokko ausgeübt und das Königreich zur Kooperation gedrängt. „Heute muss man sich einen Zodiac schon selbst beschaffen“, erzählt ein Flüchtling aus Äquatorialguinea, der mit einem Freund bereits vor drei Jahren nach Tanger kam. Gemeinsam betteln sie vor einem Supermarkt. „Wir kennen genug Kollegen, die hier schon vier oder fünf Jahre warten“, fügt der Freund hinzu. Bald soll ihre lange Reise ein Ende finden. „Es fehlt nicht mehr viel Geld, bis wir ein Boot kaufen können, und dann kassieren wir für jeden Platz 1.200 Euro ab.“ Es gebe genug Landsleute, aber auch andere Afrikaner, die für eine Überfahrt Schlange stünden und bereit wären, diesen Preis zu bezahlen. Die beiden können es kaum erwarten, bis ihre Zeit in Marokko zu Ende geht. „In Europa werden wir nicht mehr betteln müssen. Dort schlägt und bestiehlt uns die Polizei nicht wie in Marokko. Wir werden Arbeit, Geld und eine glückliche Familie haben.“ Mit einem breiten Grinsen zählen sie ihr bisher erbeutetes Geld und machen sich auf den Heimweg. *Alfred Hackensberger*

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus der arabischen Welt und aus Nordafrika.



Migranten aus dem südlichen Afrika harren an der Grenze der spanischen Exklave Melilla in Marokko aus.



Das SVP-Referendum zu Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz ging knapp aus: 50,3 Prozent der Wähler stimmten dafür, 49,7 Prozent dagegen

Seit vier Jahren lebt und arbeitet Silvia M. in Zürich. Die Naturwissenschaftlerin aus Deutschland ist Dozentin an der Eidgenössischen Technischen Hochschule. In Forschung und Lehre an der international anerkannten Universität hat sie täglich mit Ausländern und Schweizern gleichermaßen zu tun. „Zwischen uns Ausländern pflegen wir ein ganz offenes Verhältnis“, sagt die Mittdreißigerin. „Aber die Schweizer schließen uns aus. Auch nach so langer Zeit in Zürich werde ich zuallererst als Ausländerin gesehen, und das sagt man mir auch so.“ Wenn sie mit Kolleginnen einmal zum Aperitif am späten Nachmittag, gehen, dann seien „die Deutschen“ oft Gesprächsthema. „Da wird dann darüber geredet, wie Deutsche den Schweizern die höheren Positionen an der Uni wegnehmen oder die schönsten Wohnungen – und niemanden stört es, dass ich daneben stehe und vor lauter Scham immer stiller werde.“ Direkt angegriffen werde sie nicht, sagt Silvia M. „Aber ich finde es fast schon schlimmer, wenn die Ausländerfeindlichkeit so scheinbar objektiv präsentiert wird – nach dem Motto, Du kannst ja nichts dafür, aber Du bist das Problem.“

**Volksentscheide** Den Ruf, ausländerfeindlich zu sein, hat die Schweiz spätestens seit Februar vergangenen Jahres. Damals stimmte mehr als die Hälfte aller

Schweizer Wähler einer Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ zu – einer Initiative, die feste Einwanderungsquoten auch für Ausländer aus der Europäischen Union fordert. Noch während die vom Ergebnis offenkundig überrollte Schweizer Regierung Gespräche mit der EU aufnahm, wurde die nächste Initiative von jenen lanciert, die den Ausländerzugang noch stärker begrenzt wissen wollten: auf maximal 16.000 im Jahr. Für mehr gebe es in der kleinen Schweiz schlicht keinen Platz, behaupteten die Initiatoren der „Ecopop“-Initiative, die im November spektakulär mit 74 Prozent Nein-Stimmen scheiterte. Vielleicht auch deshalb, weil der Schreck vieler Schweizer über das „Ja“ im Februar tief sitzt. Dass die Schweiz immer mehr mit Hetze gegen Ausländer identifiziert wird, sorgt bei vielen Schweizern für Bauchgrummeln, zumal die Zuwanderung den meisten als Basis des wirtschaftlichen Erfolgsmodells in der Eidgenossenschaft gilt. Eine Studie des Legatum Institutes aus Dubai etwank die Schweiz als Land mit dem global zweithöchsten Wohlstand. Nur in einem Punkt sieht der Thinktank die Schweiz ganz weit hinten: Dann, wenn es um Toleranz der Schweizer und die Lebensqualität von Einwanderern geht.

Seit 2007 die volle Personenfreizügigkeit mit den EU-Staaten in Kraft getreten ist, kommen jährlich 70.000 Menschen in die Schweiz – und die heimischen Unternehmen sind dringend auf sie angewiesen. Auf der anderen Seite sorgt der Zuzug für eine Verknappung des Wohnraums und zu einem Bauboom in den Ballungsräumen. Gerade gegen dieses Wachstumsmodell wollten sich die „Ecopop“-Initiatoren wehren und führten dafür unter dem Motto

**»Einzelne Deutsche stören mich nicht, es ist die Masse.«**

Natalie Rickli, Nationalrätin der SVP

„Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ auch ökologische Gründe an. Hätte ihre Initiative Erfolg gehabt, wäre damit jenes Geflecht von bilateralen Verträgen in Frage gestellt worden, das die Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa regelt und das zum Beispiel das Prinzip der Personenfreizügigkeit vorsieht.

Fast jeder Vierte, der heute in der Schweiz lebt, ist Ausländer. Mehr als jeder zehnte davon wiederum stammt aus dem benachbarten Deutschland. Mehr als 276.000 Deutsche leben unter sechs Millionen Schweizern, die meisten von ihnen in den Ballungsräumen der Deutschschweiz. Dass Deutsche dort zum Alltag gehören, hat eine Angst- und Neiddebatte befördert, die vor allem eine Partei geschickt für sich nutzt: Die rechtskonservative Schweizer Volkspartei (SVP), deren Abgeordnete Natalie Rickli im Bundeshaus

den Satz von sich gab: „Einzelne Deutsche stören mich nicht, es ist die Masse.“ Die Empörung bei der politischen Konkurrenz war groß, doch die eigene Klientel jubelte. Im Parlament stellt die SVP nach einem Ergebnis von 26,6 Prozent bei den letzten Nationalratswahlen im Herbst 2011 die mit Abstand größte Fraktion und verkauft sich erfolgreich als Gegenmodell zur etablierten Politik. Im Wahlkampf hatte sie unter anderem mit dem Plakat „Masseneinwanderung stoppen – Es reicht“ geworben.

**Spaltung** Für die Strategie, mit Angst vor Überfremdung Stimmen zu gewinnen, steht ein Mann: Christoph Blocher, 74, ehemals Großindustrieller und graue Eminenz der SVP. Blocher spaltet mit seiner Linie selbst die Schweiz: In der französischsprachigen Westschweiz, die sich als kosmopolitisch und europafreundlich versteht, verkörpert Blocher all das, was man an den deutschsprachigen Eidgenossen nicht schätzt. Dessen ungeachtet feiern populistische Bewegungen auch in der Westschweiz mit der gleichen Strategie Erfolge: Der „Mouvement Citoyen Genevois“, der massiv gegen Ausländer hetzt, hält im Genfer Kantonsparlament jeden fünften Sitz. Und auch die „Initiative gegen Masseneinwanderung“ feierte ihren größten Erfolg nicht in deutschsprachigen Alpendörfern, sondern im Tessin, wo die Angst vor italienischen Billigarbeitern und aus Italien abgeschobenen Flüchtlingen geschürt wird. *Marc Engelhardt*

Der Autor berichtet als freier Schweizer Korrespondent aus Genf.

Die Szene zwischen Jorge Ramos, dem einflussreichsten spanischsprachigen Fernseh-Journalisten Amerikas, und Sean Hannity, erzkonservativer Feuerkopf des Populismus-Marktführers Fox News, war bezeichnend für die verhärteten Fronten nach der Ankündigung des größten Abschiebestopps in der amerikanischen Geschichte durch Präsident Barack Obama. „Was Du heute zum Frühstück hattest, wurde von Einwanderern geerntet. Wenn Du in ein Restaurant oder in ein Hotel gehst, wirst Du von Einwanderern bedient“, sagte Ramos im Dezember zur besten Sendezeit. „Sie sind in diesem Land, weil wir sie brauchen.“ Hannity, durch den regelmäßig der kompromisslose Teil der republikanischen Tea-Party-Fraktion spricht, wich den Fakten aus, sprach nebulös von Gesetzesbrechern, Anreizen für noch mehr illegale Einwanderung und der Pflicht, die Grenze zu Mexiko zum Bollwerk auszubauen. Kurz danach trennten sich die Gesprächspartner, sichtlich im Unfrieden.

**Realitäten** Es ist ein Dilemma: Dass die Einwanderungsgesetze der Vereinigten Staaten dringend einer Anpassung an die Realität bedürfen und dass die wachsende und prosperierende Gemeinde der Latino-Wähler künftige Wahlen mitentscheiden wird, davon sind Demokraten wie Repu-

blikaner insgeheim seit langem überzeugt. Aber einen Monat, nachdem Obama rund fünf Millionen Illegalen im Land mittels präsidentialem Dekret eine neue Rechtsperspektive gegeben hat, geht der politische Glaubenskrieg unverändert weiter. Mit ihren neuen Mehrheiten im Kongress (und ausgabewirksamen Gesetzen) wollen die Konservativen ab Januar die aus ihrer Sicht „illegale Amnestie“ Obamas rückgängig machen. Dass sie sich dabei mit Blick auf die Präsidentschaftswahl 2016 ins eigene Fleisch schneiden, einen möglichen Kandidaten wie Jeb Bush, der mit einer Latina verheiratet ist und liberale Einwanderungs-Standpunkte vertritt, schon vor dem Start schwächen, wird offenbar in Kauf genommen. Die Fakten: In den USA leben rund zwölf Millionen Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere. Das Gros kam bereits vor Jahren über Mexiko ins Land, hat sich niedergelassen, Familien gegründet und in den Niedriglohn-Branchen Hotel, Gastro, Bau, Hausdienstleistungen und Landwirtschaft eine Existenz aufgebaut. Dass hier ohne die „Illegalen“ vielerorts die Lichter ausgehen würden, ist in Regierung- wie Wirtschaftskreisen Allgemeinwissen. Ebenso die Kenntnis, dass die meis-

ten Illegalen Einkommensteuer und Sozialbeiträge entrichten, obwohl sie nie in den Genuss staatlicher Leistungen kommen können. Hauptgrund ist, dass sie keine Sozialversicherungsnummer („Social Security“) haben und im Falle auch keinen Führerschein und kein Bankkonto. Werden sie, um zu ihrer Arbeitsstelle zu kommen, beim Schwarzfahren von der Polizei aufgegriffen, droht Abschiebung in die Herkunftsländer. Dass dabei regelmäßig Familien zerrissen werden, weil die in Amerika geborenen Kinder von Illegalen automatisch US-Staatsbürger sind, gilt schon seit langem als unhaltbarer Zustand.

**Widerstand** Seit Obamas Amtsantritt im Jahr 2009, der verbunden war mit einem großen Reform-Versprechen an die Latino-Gemeinde in Amerika, sind Korrekturen regelmäßig am Widerstand der zuletzt durch die Tea Party nach rechts gedrifteten Republikaner gescheitert. Ihre von Überfremdungängsten gegründete Basta-Position lautet: Illegale gehören abgeschoben – Amnestie biete Anreize für neue Flüchtlingsströme. Und die Südgrenze der Vereinigten Staaten nach Mexiko müsse endlich zu einer Festung werden.

Obamas Konzept nimmt auf viele dieser Bedenken Rücksicht. Die Grenzsicherung soll verstärkt werden. Nur ein Teil der Illegalen – zirka fünf Millionen – soll von der Amnestie profitieren. Vorbestrafte bleiben ausgeschlossen. Die rigoros ausgetübte Abschiebepolitik bei frisch illegal ins Land gekommenen Einwanderern bleibt bestehen. Sozialleistungen für nachträglich Legalisierte sind nicht vorgesehen.

**Vehe mentes Nein** Trotzdem sagen die Republikaner: Nein. Aus Prinzip. Seit ihrem Sieg bei den Zwischenwahlen im November vergangenen Jahres tragen die Konservativen einen Alleinvertretungsanspruch im Parlament vor sich her. Alleingänge des demokratischen Präsidenten empfinden sie als Kampfansage und Ausdruck „imperialen Gehabes“. Dass Obama bei seiner nachträglichen Legalisierungspolitik im Grundsatz nichts anderes macht als seine republikanischen Vorgänger Bush und Reagan – nur zahlenmäßig in größeren Dimensionen –, geht dabei unter. *Dirk Hautkapp*

Der Autor ist USA-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.



Junge Mittelamerikaner versuchen, als blinde Passagiere auf dem Dach von „El Tren de la Muerte“, dem „Todeszug“, durch Mexiko in die USA zu kommen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**W**ir müssen jetzt handeln“, mahnt UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon immer wieder. Der Kampf gegen den Klimawandel sei substanzieller Teil des Kampfes für mehr Nachhaltigkeit. Alles hänge zusammen. Mitte Dezember auf dem UN-Klimagipfel in Lima zeigte Ban sich optimistisch: „Wir können Geschichte schreiben.“ Geschichte schreiben – 2015 könnte das gelingen. Wenn alles gut läuft, wird am Ende des neuen Jahres ein Klimaabkommen stehen, das erstmals alle Staaten umfasst und einen ganzen Katalog an Zielen für die nachhaltige Entwicklung definiert. Es wäre die Krönung einer Entwicklung, die 1992 in Rio begann.

1992, beim Umweltgipfel der Vereinten Nationen, stellten sich erstmals alle Staaten der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der Erde. Die Worte waren groß, doch die Taten blieben abstrakt. Eine Klimakonvention wurde geboren, eine Wüstenkonvention und eine für die Artenvielfalt. Erstmals gab es einen Rahmen, in dem alle Staaten über Probleme verhandeln konnten, die an Grenzen nicht halt machen. Mehr aber auch nicht. Drei Jahre später verabredeten die Staaten in Berlin zumindest einen ersten Anlauf auf ein Klimaabkommen. Doch das 1997 verabschiedete Kyoto-Protokoll bleibt bis heute zahllos. Heute erfasst es nur 15 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. 2002, zehn Jahre nach der Rio-Konferenz, verabschiedeten die Staaten in Johannesburg die so genannten Millenniums-Ziele, sie sollten Armut und Ungleichheit in Entwicklungsländern eindämmen und den Ärmsten neue Chancen eröffnen.

**Neue Weltlage** 2015 wird für beides, Klima und Nachhaltigkeit, das entscheidende Jahr. Die Millenniumsziele laufen aus und sollen durch neue „sustainable development goals“ ersetzt werden – Ziele für nachhaltige Entwicklung, kurz: „SDG“ (siehe Seite 15). Ban Ki-Moon nennt sie „den Weg zur Würde“. Und in Paris soll im Dezember gelingen, was in Kopenhagen vor fünf Jahren so grandios scheiterte: ein neues globales Klimaabkommen, mit dem sich die Staaten, erstmals Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen, auf den Klimaschutz für die Zeit nach 2020 ein-schwören.

Vieles hat sich verändert seit 1992. Damals lagen zwei Drittel der globalen Wirtschaftsleistung in den klassischen Industrieländern – heute sind es weniger als fünfzig Prozent, Tendenz fallend. Hält dieser Trend an, könnten sich die Verhältnisse bis 2032 komplett umgekehrt haben. Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien haben aufgeschlossen, längst auch beim Ausstoß von Treibhausgasen. Und sie nehmen großen Einfluss auf die internationalen Verhandlungen. Feste Vorgaben für ihre Entwicklung, für Klimaschutz und Nachhaltigkeit, scheuen sie jedoch. Doch in vielen der Länder werden Umweltfolgen zunehmend sichtbar. Wenn China Kraftwerke und Fabriken rund um Peking drosseln muss, damit in der Hauptstadt die Sonne scheint, dann ist das Ausdruck ungezügelter Wirtschaftswachstums. Selbst China will daher spätestens ab 2030 seine Emissionen senken.

**Gemeinsames Handeln** Das war vor wenigen Jahren noch undenkbar. Der Klimagipfel in Kopenhagen scheiterte auch deshalb, weil Länder wie China oder Indien zwar nichts gegen Klimaschutz hatten, wohl aber einiges gegen Verpflichtungen – erst einmal sollten die anderen handeln. Die Folge war ein Patt zwischen den USA und

# Geschichte schreiben

**KLIMA** 2015 ist das Jahr der Entscheidungen im Kampf gegen die Erderwärmung



Nach Ansicht von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon (hier Mitte Dezember auf dem Klimagipfel in Lima) stehen die Sterne in diesem Jahr günstig für einen historischen Schritt, „um Leben zu verändern und den Planeten zu schützen“.

China. Auch Washington wollte nur handeln, wenn China mitmacht. Nicht so 2015: Erstmals wollen beide Staaten im März konkrete Klimaschutz-Ziele benennen. Indiens neue Regierung zeigt sich ebenfalls offen für den Kampf gegen die Erderwärmung. „Diese Entwicklungen sind Grundvoraussetzung für ein neues Klimaabkommen in Paris, selbst wenn bei der Klimakonferenz in Lima einige Staaten in alte Verhaltensmuster zurückfielen“, sagt

Annalena Baerbock, die Klimaexpertin der Grünen-Bundestagsfraktion. „Die Dramatik der Klimakrise ist, dass wir mittlerweile auf Anstrengungen von wirklich allen Staaten angewiesen sind. Auch von denen, die gar keine historische Verantwortung für den Klimawandel tragen.“ Wie weit die Staaten zu gehen bereit sind, wird sich im Dezember zeigen. Bei der Konferenz in Lima Ende vorigen Jahres taktierten sie vor allem.

Die neuen Entwicklungsziele, welche die Staatengemeinschaft im September in New York vereinbaren will, gehen auf dem Papier schon mal weiter denn je. Der Schutz von Klima und Umwelt spielt auch darin eine tragende Rolle. Ozeane und Wälder sollen bewahrt werden, „dringende Aktionen“ im Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen angemahnt. „Endlich gibt es eine Entwicklungsagenda, die nicht umweltblind ist“, schwärmt Danuta Sacher

von der Entwicklungsorganisation Terre des hommes. Die Millenniumsziele sollen erstmals auch für die Industrieländer gelten. So sollen sie sich etwa darauf verpflichten, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auszubauen. Deutschland, das ist absehbar, könnte eine Schlüsselrolle spielen im Umwelt- und Entwicklungsjahr 2015. Just im Juni lädt die Bundesregierung die mächtigsten Industriestaaten zum G-7-Gipfel nach

Schloss Elmau (siehe Seite 15) – also drei Monate vor Verabschiedung der SDGs und ein halbes Jahr vor dem Klimagipfel in Paris. Die Stunde der Klimakanzlerin könnte wieder schlagen, wie 2007 in Heiligendamm. Damals waren die Vorbehalte innerhalb des Industriestaaten-Clubs noch viel größer, in Washington regierte George W. Bush, der einen Zusammenhang zwischen Erderwärmung und menschlichem Handeln lange bestritten hatte. Am Ende der Verhandlungen stand aber ein gemeinsames, wenn auch schwaches Bekenntnis zum Klimaschutz – eine zaghafte Verständigung darauf, den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad zu begrenzen. Doch aus den Hoffnungen auf ein Klimaabkommen wurde letztlich nichts, sie strandeten in Kopenhagen.

**Grün und fair** Diesmal stehen die Chancen besser. Neben den USA und China hat sich auch die Europäische Union ein Klimaziel für die Zeit nach 2020 gesetzt. Bis 2030 soll der Kohlendioxid-Ausstoß um mindestens 40 Prozent sinken. Darauf lässt sich aufbauen. Und als das Bundeskabinett im November den groben Rahmen für das Treffen auf Schloss Elmau absteckte, standen die beiden UN-Konferenzen ganz oben auf der Agenda, neben den üblichen Fragen der globalen Wirtschaft. Auch um den Meeresschutz und faire Löhne in globalen Lieferketten will sich die Bundesregierung bei ihrem Gipfel kümmern. Die Gipfelthemen des Jahres 2015 sind also entweder grün oder fair.

Hausaufgaben freilich warten auf Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auch zu Hause noch genug. Zwar hatte das Kabinett schon Anfang Dezember ein – bei der Konferenz in Lima viel beachtetes – Klimapaket verabschiedet. Wesentliche Entscheidungen dazu stehen aber noch aus. Vor allem rund um die Zukunft der Kohlekraft droht im ersten Halbjahr ein Hauen und Stechen: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) würde den Kraftwerksbetreibern gerne eine neue Kohlendioxid-Obergrenze aufzwingen, doch die Branche rebelliert. Womöglich müsste sie bis 2020 zwischen 70 und 90 Millionen Tonnen Kohlendioxid weniger ausstoßen – es wäre der Einstieg in den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle.

Auf EU-Ebene gibt es ebenfalls eine große Baustelle: Hier verhandeln die 28 Mitgliedstaaten derzeit über die Reparatur des angeschlagenen Emissionshandels, der Europas CO<sub>2</sub>-Emissionen deckelt und so künstlich eine Knappheit erzeugen soll. Doch statt Knappheit herrscht Überfluss, die Preise für die Emissionszertifikate sind im Keller. Die Anreize für die Unternehmen, in klimafreundliche Technologien zu investieren, sind daher erheblich gesunken. Schon 2017 würde die Bundesregierung daher gerne eine „Marktstabilitätsreserve“ schaffen, in der sich überschüssige Zertifikate parken ließen. Doch vor allem viele kohlehungrige Länder Osteuropas, wie Polen und Tschechien, wollen davon bisher nicht viel wissen. Die Verhandlungen werden nicht einfach werden.

**Gute Gelegenheiten** UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon in seinem unerschütterlichen Optimismus will sich die vielen günstigen Gelegenheiten dieses Jahres nicht entgehen lassen. „Die Sterne stehen günstig für die Welt“, schreibt er zuversichtlich in seinem Synthesebericht zu den Nachhaltigkeitszielen, „für einen historischen Schritt, um Leben zu verändern und den Planeten zu schützen.“ Eben um Geschichte zu schreiben. *Michael Baumüller*

Der Autor ist Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Berlin.

## Große Erwartungen, trübe Aussichten

**EUROPA** Die neue Kommission muss sich 2015 vor allem um Wachstum und Beschäftigung kümmern. Aber auch Energie- und Außenpolitik stehen ganz oben auf der Agenda

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat hohe Erwartungen geweckt. Er hat seine Kommission als „Europas letzte Chance“ bezeichnet und den Bürgern einen „Neustart“ versprochen. 2015 wird sich zeigen, ob er und sein Team tatsächlich für mehr Schwung sorgen können. Die Vorgänger-Kommission war über Jahre vor allem mit der Euro-Krise beschäftigt. Die Auswirkungen der Krise zu überwinden, zählt Juncker nun zu seinen obersten Prioritäten. Die Konjunkturaussichten sind nach wie vor durchwachsen. Die EU-Kommission prognostiziert für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent nach 0,8 Prozent 2014. Das wird nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit in großem Stil abzubauen.

Bereits im November hat Juncker sein 315-Milliarden-Euro-Investitionspaket vorgestellt, das in den kommenden Monaten umgesetzt werden soll. Ökonomen bezweifeln jedoch, ob der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) die erhofften Investitionen auslösen wird. Die EU-Kommission und die Europäische In-

vestitionsbank stellen nur 21 Milliarden Euro zur Verfügung, die als Garantie fungieren sollen. In ganz Europa müssen noch geeignete Projekte gefunden werden, die tatsächlich für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen.

**Sanierung der Haushalte** Die Euro-Krise hat tiefe Spuren in den Haushalten der Mitgliedstaaten hinterlassen, mit denen sich die EU-Kommission im März beschäftigen muss. Jüngst hatte sie ihre Entscheidung vertagt, ob sie Frankreich wegen seines erneuten Verstoßes gegen den Stabilitätspakt sanktionieren wird. Das Land hatte bereits einen Aufschwung bekommen, konnte sein Haushaltsdefizit aber 2014 nicht wie geplant unter drei Prozent bekommen und auch sein strukturelles Defizit nicht eindämmen. Für die Kommission ist das Thema heikel. Bleibt sie untätig, stellt sie ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Andererseits gibt es in der Kommission genug Stimmen, die es für falsch halten, gegen ein Land mit schwacher Konjunktur eine Geldstrafe zu verhängen. Die bisherige Nachsicht mit Frankreich hat im Europäischen Parlament für Irritationen gesorgt. „Es ist sehr deutlich, dass kleine Staaten – etwa Irland – ganz anders behandelt werden als Frankreich, kritisierte die christdemokratische Abgeordnete Esther de Lange aus den Niederlanden. Die



Der neue EU-Kommissionspräsident, Jean-Claude Juncker, hat einen Neustart für Europa versprochen. Wird er sein Versprechen halten können?

französische Liberale Sylvie Goulard hat ihren Landsmann Pierre Moscovici, Kommissar für Wirtschaft und Währung, beschuldigt, die Kommission zu einer Art „Vereinte Nationen“ zu degradieren, „mit derselben schwachen Autorität“. Die Diskussion gibt einen Vorgeschmack auf die Auseinandersetzung um den Umbau der Euro-Zone, mit dem sich die EU in diesem Jahr befassen muss. Innerhalb der Kommission bezweifeln manche, dass die Verschärfung der Wirtschaftsbürokratie, die während der Krise erfolgte, sinnvoll

war. Die jüngste Aufregung über neue Details zur Steueroase Luxemburg dürfte zu dem dafür sorgen, dass die Diskussion um Steuervermeidung anhalten wird. Deutschland und Frankreich wollen zusammen die Gunst der Stunde nutzen, um auf EU-Ebene erste Maßnahmen in Gesetze zu gießen, etwa den automatischen Informationsaustausch bei Vorabsprachen („Rulings“). Zu den wichtigen Themen des Jahres gehört auch die Datenschutzverordnung. Das Parlament hat dazu seine erste Lesung abgeschlossen. Wenn alles gut läuft, könn-

te es im Jahr 2015 zu einem Durchbruch kommen. Digitalkommissar Günther Oettinger hält eine einheitliche Regelung für einen zentralen Baustein des digitalen Binnenmarktes. Dabei geht es in erster Linie darum, nationale Schranken für Online-Dienstleistungen abzubauen und einen rechtlichen Rahmen für Online-Transaktionen zu schaffen. Oettinger will seine Pläne dazu in diesem Jahr vorstellen. Die EU-Kommission erhofft sich davon einen Konjunkturschub: Der digitale Binnenmarkt soll 260 Milliarden Euro an zusätzlicher Wirtschaftsleistung bringen, rechnet Andru Ansip, Vizepräsident für Digitales, vor.

Ein Aufregungsthema wird auch im nächsten Jahr erhalten bleiben: Das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP). Die neue Handelskommissarin Cecilia Malmström bemüht sich, die Debatte zu versachlichen. Da die Verhandlungen bisher sehr zäh verlaufen, ist in diesem Jahr noch nicht mit einem Abschluss zu rechnen. Malmström weiß aber, dass sie die Zeit nutzen muss, um Kritiker vom Nutzen des Handelspakts mit den USA zu überzeugen. Vor allem braucht sie die Unterstützung des Europäischen Parlaments, das dem Abkommen zustimmen muss. Der Energie-Binnenmarkt bleibt ebenfalls weit oben auf der Agenda der EU-Kommission. Eigentlich hätte er im vergangenen

Jahr abgeschlossen werden sollen, doch die Mitgliedstaaten haben gemauert. Vizepräsident Maros Šefčovič hofft, dass die Ukraine-Krise ein Umdenken auslöst, weil sich die Staaten aus der Abhängigkeit von Russland lösen wollen: „Angesichts der geopolitischen Lage war aber die politische Unterstützung der Staats- und Regierungschefs, die Energiunion umzusetzen, noch nie so groß wie heute.“

**Nachbarschaftspolitik** Ohne Zweifel wird das Thema Außenpolitik auch 2015 eine große Rolle spielen. Die EU-Kommission will ihre Nachbarschaftspolitik gründlich überarbeiten und eine Neufassung nach der Sommerpause vorstellen. Experten gehen davon aus, dass Russlands Präsident Wladimir Putin weiterhin versuchen wird, die Ukraine zu destabilisieren – was die Europäer zu Reaktionen zwingen wird. Eine Wettbewerbsentscheidung wird in diesem Jahr wegweisend sein: Kommissarin Margrethe Vestager wird über den Fall Google entscheiden. Der hat jüngst für Aufregung gesorgt, weil das Europäische Parlament für eine Aufspaltung von Internetkonzernen wie Google plädiert hat – obwohl die Abgeordneten dafür gar nicht zuständig sind. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.



# Der lange Weg zur Fairness

**ENTWICKLUNG** Mehr Nachhaltigkeit, weniger Ungleichheit: Die Weltgemeinschaft will sich 2015 auf globale Entwicklungsziele verständigen, die die bisherigen Millenniumsziele ablösen sollen

Die Vision ist prägnant formuliert und passt auf eine DIN-A-4-Seite: Bis zum Jahr 2015 soll die Weltgemeinschaft die Hebel in Bewegung setzen, um die Armut auf dem Planeten innerhalb weniger Jahre mindestens zu halbieren. Die Millenniums-Entwicklungsziele, auf die sich 189 UN-Mitgliedstaaten im Jahre 2000 einigten, gelten als ein Meilenstein der Entwicklungszusammenarbeit. Auf acht übergeordnete Ziele verständigte sich die UN-Vollversammlung, um gegen Armut, Unterernährung, mangelnde medizinische Versorgung und fehlende Bildungschancen vor allem in den ärmsten Ländern der Welt vorzugehen. Der Anteil der Menschen etwa, die von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben, soll gegenüber dem Jahr 1990 halbiert werden, ebenso die Zahl der Unterernährten. Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren soll bis 2015 gegenüber 1990 um zwei Drittel, die Müttersterblichkeit um drei Viertel sinken.

**Bilanz** Kurz vor Ablauf der Frist zeigt der UN-Zwischenbericht zu den MDG ein gemischtes Bild: Nicht alle Ziele sind bisher erreicht, aber es gibt bedeutende Fortschritte. Lebten im Jahre 1990 rund 36 Prozent der Menschheit unter extremer Armut, so sind es heute 18 Prozent – die Armutsquote konnte also tatsächlich halbiert werden, wenngleich nicht in allen Weltregionen. Auch der Hunger hat abgenommen, die

Zahl Unterernährten sank von 24 Prozent auf 14 Prozent im Jahre 2013 – wobei die größten Fortschritte in Asien, in Lateinamerika und der Karibik sowie im Kaukasus erreicht wurden und andererseits die Hungerbekämpfung in Afrika südlich der Sahara nur langsam vorangekommen ist. Auch dank weitreichender Impfkampagnen und besserem Zugang zu medizinischer Betreuung sind die Überlebenschancen gestiegen. Die Kindersterblichkeitsrate konnte von 90 auf 48 Fälle auf je 1.000 Lebendgeburten nahezu halbiert werden, bei der Müttersterblichkeit muss laut UN-Bericht noch viel getan werden: Die Rate sank in knapp 25 Jahren von 380 auf 210 Sterbefälle je 100.000 Lebendgeburten. Das sind zwar 45 Prozent weniger gegenüber 1990 – aber nicht jene 75 Prozent, die mit den MDG eigentlich erreicht werden sollten.

Wenn die Weltgemeinschaft im Juli in Addis Abeba bei der „Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung“ und erst recht im September in New York zum UN-Entwicklungsgipfel zusammenkommt, dann gilt es nicht nur, Rechenschaft über Erreichtes und Unerreichtes abzulegen, sondern vor allem darum, sich auf neue Ziele („Sustainable Development Goals“ – SDG) für die Zeit nach 2015 zu einigen. Der entscheidende Impuls für eine solche „Post-2015-Agenda“ ging vom UN-Gipfel im Jahre 2010 aus. Diese neue Agenda, so viel steht bereits fest, soll die ökonomische, ökologische und soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung zusammenbringen. Die neuen Ziele, so



Der Zugang zu „bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie“ soll eines der neuen Entwicklungsziele der UN werden: Mit Solartechnik lassen sich auch entleerte Haushalte – wie hier im ländlichen Ghana – mit Strom versorgen.  
© picture-alliance/CHRISTINA SCHWAHA/AGA

schreibt es die Bundesregierung in ihrem Positionsbericht zu den Verhandlungen über die Post-2015-Agenda, sollen eine Entwicklung in Gang setzen, die „extreme Armut und Hunger beseitigt, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt und nachhaltig nutzt, mit ökologisch verträglichem Wachstum menschenwürdige Beschäftigung, eine angemessene soziale Sicherung und ein faires Einkommen schafft, Gesundheit und eine ausgewogene Ernährung sichert sowie Menschenrechte, gute Regierungsführung, gesellschaftliche Teilhabe, Gerechtigkeit sowie Frieden und Sicherheit fördert“. Anfang Dezember 2014 stellte der Generalsekretär

## STICHWORT

### Weichenstellungen 2015

> **UN-Generalversammlung** Im September 2015 soll in New York ein globales Zielsystem zu nachhaltiger Entwicklung verabschiedet werden, das die bisherigen Millenniums-Entwicklungsziele ablöst.

> **Finanzierung** Zuvor soll im Juli bei der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba der finanzielle Rahmen der neuen Agenda abgesteckt werden. Stärker als bisher sollen neben Partnerländern auch der Privatsektor und internationale Geber in die Pflicht genommen werden.

der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, einen Entwurf für 17 nachhaltige Ziele vor. Viel stärker als die MDG-Ziele sollen die SDG das Prinzip der Universalität betonen – das heißt, sie sollen alle Staaten, ob wohlhabend oder nicht, in die Pflicht nehmen. Globale Entwicklung soll nicht mehr nur als ein Geben und Nehmen zwischen Industrienationen und den wenig entwickelten Ländern beschrieben werden, die reichen Nationen sind selbst aufgerufen, ihre Wachstumsmodelle, ihren nach wie vor hohen Ressourcenverbrauch auf den Prüfstand zu stellen. Neu zudem das Ziel, die wachsende soziale Ungleichheit zu überwinden, und zwar nicht nur zwischen reichen und armen Nationen, sondern auch innerhalb der Länder selbst.

**Eigenverantwortung** Es brauche eine nachhaltige Entwicklungspolitik, die auch bei „uns selber ansetzt, bei unserer Landwirtschaft, bei unserer Infrastruktur und bei unserem Konsum“, sagte etwa Claudia Roth (Grüne) in den Haushaltsdebatten zum Entwicklungsetat Ende November, die bereits im Zeichen der Weichenstellungen des Jahres 2015 stand. „Wir erkennen an, dass in diesem Sinne auch Deutschland ein Entwicklungsland ist.“

Niema Movassat (Die Linke) erinnerte damals daran, dass Deutschland ein bedeutendes MDG-Ziel noch immer nicht erreicht habe: 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit seien versprochen worden. „Selbst

heute kratzen wir gerade einmal an der 0,4-Prozent-Grenze“, sagte Movassat – und erfuhr damit einen prinzipiellen Widerspruch aus den Reihen der Koalition. Man müsse sich davor hüten, zu suggerieren, alle Probleme dieser Welt seien erledigt, wenn „wir die 0,7-Prozent-Grenze erreicht“ hätten, sagte Sibylle Pfeiffer (CDU). „Manchmal tun wir so, als ob wir diejenigen wären, die die Krisen ganz alleine bewältigen könnten. Wir übernehmen uns völlig. Wir können es nicht.“ Die Post-2015-Agenda sei auch deshalb so wichtig, weil die Probleme zwar nur gemeinsam, aber eben in Eigenverantwortung der Staaten gelöst werden können. Pfeiffer erinnerte an eine Reihe von „middle-income-Ländern“, die es ohne klassische Entwicklungsprogramme geschafft hätten, mit eigenen Steuereinnahmen, durch Zölle auf Rohstoffe und durch das Gewinnen von Investoren auf eigenen Füßen zu stehen. Auch Bärbel Kofler (SPD) machte deutlich, dass es neben Investitionen in „Strukturen der Staaten“ auch um „Know-How-Transfer“ geht, etwa wenn es um den Aufbau von Rechnungshöfen und Steuerbehörden geht. „Wir sind ebenfalls gefordert, ob als G20 oder als Weltgemeinschaft, wenn es um Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Steuerflucht geht“, sagte

Kofler. Viele Gelder stünden den Entwicklungsländern zur Armutbekämpfung nicht zur Verfügung, „weil sie irgendwo versickern“.

Die Post-2015-Agenda steht bereits im Juni auf der Tagesordnung. Im Rahmen der diesjährigen deutschen G7-Präsidentschaft werden die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen im bayerischen Schloss Elmau zusammentreffen. Dann werden neben der Verständigung über die anstehenden Klimakonferenzen (siehe Seite 14) auch die nachhaltigen Entwicklungsziele

ein Schwerpunkt sein: „Dynamisches und nachhaltiges Wachstum in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern ist besser erreichbar, wenn sie sich über Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung, des grenzüberschreitenden Handels und über eine effektive kluge Finanzmarkt-

architektur einig sind“, schreibt die Bundesregierung in ihren Ankündigungen zum G7-Gipfel. Geplant sei, Staats- und Regierungschefs vor allem aus afrikanischen Staaten nach Elmau einzuladen. G7 wolle die afrikanischen Staaten bei ihren Reformbestrebungen unterstützen und so die Grundlagen für Frieden und Sicherheit, Wachstum sowie nachhaltige Entwicklung auf dem Kontinent stärken. Alexander Heinrich

**»Wir sind gefordert, wenn es um Steuer-  
vermeidung  
und Steuer-  
flucht geht.«**

Bärbel Kofler (SPD)

## Nur ein halber Abzug am Hindukusch

**AFGHANISTAN** Die Bundeswehr bleibt 2015 mit einer Ausbildungsmission. Kritikern fehlt eine klare Exit-Strategie

Ausbildungsmission oder doch ein Kampfeinsatz? Im Bundestag ging es am vorletzten Sitzungstag des alten Jahres noch einmal hoch her in Sachen Afghanistan. Zum Jahreswechsel endete das ISAF-Mandat – und damit nach 13 Jahren der umfangreichste und wohl auch heikelste Einsatz der Bundeswehr, an dem sich zeitweise mehr als 5.000 Soldaten beteiligt hatten. Die Truppe wird aber mit bis zu 850 Soldaten im Lande bleiben, und zwar als Teil der Nato-geführten „Ausbildungs-, Trainings- und Unterstützungsmission“ Resolute Support Mission (RSM) – so haben es die Abgeordneten Ende Dezember beschlossen.

Zwar liegt der Fokus auf Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte, die nunmehr selbst die Verantwortung für die Sicherheit im Lande tragen sollen. Allerdings sieht das Mandat auch vor, im Notfall Soldaten anderer Nationen der „Resolute Support“-Mission sowie zivile Aufbauhelfer militärisch zu schützen. „Hierfür können auch Spezialkräfte, in der Regel unter Einbindung der afghanischen Sicherheitskräfte, eingesetzt werden.“

Und genau hier scheiden sich die Geister: Die Regierung betont, dass es hier um Not Hilfe in extremen Ausnahmefällen gehe, RSM aber der Hauptsache nach auf die Beratung in den afghanischen Ministerien und Stäben zielt. RSM sei „kein Kampfeinsatz mehr“, sagt etwa Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU). „Wir sind jetzt dort, wo wir effektiv ausbilden, wo wir klug beraten, wo wir angemessen unterstützen können.“

**»Es ist kein Kampfeinsatz mehr. Es geht um gezielte Beratung.«**

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU)

Kritiker hingegen fühlen sich an den Beginn von ISAF erinnert, das zunächst auch kein Kampfmandat gewesen sei. Für Tom Koenigs (Bündnis 90/Die Grünen) ist RSM „ein Mandat ohne absehbare Ende.“ und ohne „Exit-Strategie“. Und Jan van Aken (Die Linke) sorgte im Bundestag für einen veritablen Schlagabtausch mit seinem Vorwurf, dass die Verteidigungsministerin nicht die Wahrheit sage, wenn sie argumentiere, dass RSM kein Kampfeinsatz sei: Die Bundesregierung betont immer wieder, dass sich „Resolute Support“ in eine viel weitreichendere Unterstützung einfügt: In diesem und im nächsten Jahr sollen jeweils 430 Millionen Euro in den zivilen Aufbau

Afghanistans fließen, davon 250 Millionen als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit und 180 Millionen für den Stabilitätspakt Afghanistan. Die Hilfe ist an konkrete Reformschritte der afghanischen Regierung gekoppelt, dazu gehört vor allem der Kampf gegen Korruption und die organisierte Kriminalität. Zusätzlich kommt Deutschland seiner beim Nato-Gipfel 2012 in Chicago gemachten Zusage nach, sich ab 2015 mit jährlich 150 Millionen Euro beim Aufbau der Afghanischen Nationalen Sicherheitskräfte zu beteiligen.

**Risiken** Doch ob diese die Lage tatsächlich unter Kontrolle halten können, muss sich erst noch zeigen. In den Wochen vor dem Abzug der ISAF-Truppen hatte es vor allem in Kabul wieder vermehrt tödliche Anschläge gegeben. Die Islamisten griffen neben einheimischen und ausländischen Soldaten auch Diplomatenfahrzeuge und Wohnanlagen von Ausländern an. Kritiker befürchten, dass auch RSM-Kräfte und damit auch Bundeswehrsoldaten in Kämpfe verwickelt werden könnten.

Hinzu kommt noch eine andere, nämlich geopolitische Dimension: Bei der deutschen Beteiligung an RSM, so formuliert es Tom Koenigs, gehe es auch um die Aufrechterhaltung des Militärstützpunktes Camp Marmal. Die USA hätten ein „Konzept der Stütz-

punkte, die sie aus geopolitischen Gründen dort brauchen. Wir brauchen die nicht.“ Die 280 Millionen Euro, die die deutsche Beteiligung an RSM kosten, wären aus seiner Sicht besser als zivile Hilfe angelegt.

**UN-Resolution** Befürworter des Mandats können sich auf den UN-Sicherheitsrat berufen, der vor Weihnachten den neuen Nato-Einsatz in einer einstimmigen Resolution begrüßt hat. Offenbar spielen dabei auch Befürchtungen eine Rolle, dass in Afghanistan neben den Taliban auch Terrornetzwerke wie Al-Qaida oder Isis Fuß fassen und sich das Schicksal des Iraks wiederholen könnte. In diese Richtung argumentiert Niels Annen (SPD): Sollte die internationale Gemeinschaft den Fehler wiederholen, den sie schon einmal nach dem Abzug der Sowjets gemacht hat, nämlich sich von Afghanistan abzuwenden, dann werde man viel häufiger über das Land zu diskutieren haben als das dies selbst den Gegnern von RSM recht sein könne. ahe

Anzeige

## DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



Direkt zum E-Paper



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



In der Gesundheitspolitik steht 2015 ein wichtiges Reformjahr an. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hat sich vorgenommen, ein halbes Dutzend Projekte umzusetzen, nachdem 2014 mit der ersten Pflegereform und der neuen Krankenkassenfinanzierung samt veränderten Beitragssätzen (14,6 statt 15,5 Prozent ab 2015) sowie Zusatzbeiträgen schon zwei große Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen werden konnten.

**Pflege** Die PFLEGEREFORM läuft 2015 erst richtig an mit dem um 0,3 Prozentpunkte erhöhten Beitragssatz, deutlich vergrößertem Personal, veränderten und verbesserten Leistungen für Patienten, Angehörige und Pflegekräfte sowie dem Aufbau des Pflegevorsorgefonds. Das Pflegeprojekt ist zweistufig angelegt, nach einer umfassenden Testphase soll nun mit der zeitaufwendigen Ausgestaltung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs begonnen werden, der 2017 in Kraft treten könnte. Aus dem Pflegebedürftigkeitsbegriff wird abgeleitet, was ein Pflegefall an Hilfe braucht. Künftig soll es nicht mehr drei Pflegestufen geben, sondern fünf Pflegegrade. Außerdem wird nicht mehr zwischen körperlichen, geistigen und psychischen Beeinträchtigungen unterschieden. Vielmehr soll der Grad der Selbstständigkeit im Alltag der Patienten entscheidend sein. Das soll den vielen Demenzzkranken zugute kommen. Zudem soll das PFLEGEBERUFEGESZ vorgelegt werden, das die künftige Ausbildung der Fachkräfte regelt. Geplant ist eine Basisausbildung und eine darauf aufbauende Differenzierung in Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege. Zusammen mit der Pflege verbessert wird auch Versorgung in Hospizen und Palliativstationen. Spätestens die große Bundestagsdebatte im November über Sterbehilfe und Sterbehilfe hatte deutlich gemacht, dass hier ein gesetzlicher Nachholbedarf besteht. Viele Abgeordnete hoffen, dass sich die Debatte über organisierte Sterbehilfe weitgehend erübrigt, wenn allen Menschen die Chance eröffnet wird, selbstbestimmt, schmerzfrei und gut betreut ihren letzten Weg zu gehen. Ein Gesetz zur Verbesserung der HOSPIZ- UND PALLIATIVVERSORGUNG soll möglichst rasch verabschiedet werden.

**Ärzte und Kliniken** Um auch in ausgedünnten ländlichen Regionen künftig ein flächendeckendes Angebot an ambulanter und stationärer medizinischer Betreuung gewährleisten zu können, hat das Ministerium ein VERSORGUNGSSTÄRKUNGSGESZ auf den Weg gebracht. Derzeit gibt es in manchen Ballungszentren eine deutliche Überversorgung mit Medizinern, während auf dem Land die Bevölkerung oft weite Wege zum Arzt fahren muss. Künftig soll die Verteilung effektiver geregelt werden, auch mit neuen Versorgungsformen. Zudem sollen gerade junge Mediziner mehr Anreize bekommen, eine Hausarztpraxis auf dem Land neu zu eröffnen oder eine bestehende Praxis zu übernehmen. Um dies zu erreichen, wird unter anderem ein Landarztzuschlag erwogen. Schließlich sollen die oft langen Wartezeiten auf einen Termin beim Facharzt reduziert werden. Im Gespräch sind Servicestellen der kassenärztlichen Vereinigungen, die Termine in einem Zeitraum von vier Wochen garantieren sollen. Die außerdem geplante KRANKENHAUSREFORM soll mehr Wirtschaftlichkeit und Qualität in den Kliniken sicherstellen. Ein Investitionsstau in Milliardenhöhe und Personalengpässe stellen die Krankenhäuser vor erhebliche Probleme, die Hälfte der Häuser macht keinen Gewinn. Zudem sind nicht alle Kliniken in jedem Bereich gleich gut ausgelastet, weshalb eine stärkere Spe-

# Reformen im halben Dutzend

**GESUNDHEIT** Die Regierung plant Verbesserungen in der Pflege, in Krankenhäusern und in der Vorsorge



Die medizinische Versorgung auf dem Land wird schwieriger, weil Praxen schließen und es an Hausärzten mangelt. © picture-alliance/dpa

zialisierung angestrebt wird und eine Öffnung zur ambulanten Betreuung. Auch die Hygienestandards sollen deutlich besser werden. Unlängst hat eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern ihre Eckpunkte für eine Krankenhausreform vorgelegt, zu der auch eine systematische Aufstockung der Pflegekräfte gehört.

**Telematik** Um die Kommunikation bei der medizinischen Betreuung effektiver zu gestalten und Möglichkeiten für Ferndiagnosen und Fernbehandlungen zu schaffen, steht überdies 2015 ein sogenanntes E-HEALTH-GESZ auf dem Reformprogramm. Die neue elektronische Gesundheitskarte (eGK) mit Bild löst 2015 endgültig die alte Versichertenkarte ab. Künftig sollen auf der Karte unter bestmöglicher Wahrung des Datenschutzes die wichtigsten Patientendaten gespeichert werden, laufende oder abgeschlossene Behandlungen, Medikation und Notfallhinweise. Mit moderner Telematik könnten sich die Gesundheitseinrichtungen künftig unterein-

ander vernetzen, was auch mit Blick auf ländliche Gebiete von Bedeutung ist.

**Vorbeugung** Mit dem PRÄVENTIONSGESZ schließlich soll die Bevölkerung dazu angeleitet werden, sich gesundheitsbewusst zu verhalten. So beklagen Mediziner, dass Kinder sich zu wenig bewegen und oftmals schon in der Grundschule zu dick sind. Der Gesetzentwurf zielt aber auch auf Erwachsene im Berufsalltag und alte Menschen ab. Unter Einbeziehung der gesetzlichen und privaten Krankenkassen sowie der Sozialversicherungsträger soll eine gesunde Lebensweise von der Kita über die Schule und den Arbeitsplatz bis hinein in die Altenpflege gefördert werden.

**Ebola** Ein wichtiges Thema bleibt die EBOLA-EPIDEMIE in Westafrika. Das Gesundheitsministerium fördert Impfstoffstudien und Experten hoffen, dass vielleicht schon im zweiten Quartal 2015 ein Impfstoff gegen die tödliche Krankheit zur Verfügung steht. *Claus Peter Kosfeld*

## STICHWORT

### Die Reformvorhaben 2015

**> Pflege** Die Verbesserung der Pflegeangebote betrifft mehrere Gesetzesvorhaben. So soll die Betreuung in Kliniken und Palliativstationen ausgebaut werden. Ferner wird die Ausbildung reformiert. Die Vorbereitung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs geht weiter.

**> Versorgung** Das vielleicht anspruchsvollste Vorhaben betrifft die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung auf dem Land und in den Städten, ambulant und stationär. Auch der demografische Wandel zwingt hier zu Veränderungen.

**> Prävention** Um die Gesundheitskosten nachhaltig zu drücken, ist eine gesündere Lebensweise entscheidend. Schon Kinder sollen lernen, sich gesund zu ernähren und ausreichend zu bewegen.

## Einladend und abweisend

### INNERES Gesetze zum Aufenthaltsrecht und zur IT-Sicherheit

Zwei der Gesetzesvorhaben, die 2015 auf der innenpolitischen Agenda stehen, hat das Bundeskabinett schon auf den parlamentarischen Weg gebracht: das IT-Sicherheitsgesetz und das Gesetz „zur Neubeurteilung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Letzteres hat nach den Worten von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) „eine einladende und eine abweisende Botschaft“. So soll eine alters- und stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung geschaffen werden, um durch die Erteilung eines gesicherten Aufenthaltsstatus „nachhaltige Integrationsleistungen“ zu honorieren, die ein geduldeter Ausländer auch ohne rechtmäßigen Aufenthalt erbracht hat. Auch soll die Möglichkeit erleichtert werden, gut integrierten Jugendlichen oder heranwachsenden Geduldeten legalen Aufenthalt zu gewähren. Andererseits ist der Gesetzentwurf laut Bundesinnenministerium „auch darauf ausgerichtet, bestehende Ausreis-

epflichten von Personen, denen unter keinem Gesichtspunkt – auch nicht humanitär – ein Aufenthaltsrecht in Deutschland zusteht, konsequent durchzusetzen“. Der Entwurf des IT-Sicherheitsgesetzes enthält unter anderem Anforderungen an die IT-Sicherheit sogenannter „kritischer Infrastrukturen“, also der Einrichtungen, die wie beispielsweise die Energieversorgung von zentraler Bedeutung für das Gemeinwesen sind. Deren Betreiber sollen künftig ein Mindestniveau an IT-Sicherheit einhalten und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) IT-Sicherheitsvorfälle melden. Die beim BSI zusammenlaufenden Informationen sollen dort ausgewertet und den Betreibern zur Verbesserung des Schutzes ihrer Infrastrukturen zur Verfügung gestellt werden. Die Betreiber leisten also einen eigenen Beitrag zur IT-Sicherheit und bekämen „ein Mehrfaches an Informationen und Know-how zurück“, heißt es in der Vorlage. *sto*

## Schwesigs Vorhaben

### FAMILIE Frauenquote und Novelle des Prostitutionsgesetzes

Für Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) beginnt das neue Jahr mit dem dritten Gesetzesvorhaben in kurzer Zeit. Nachdem sie die Gesetze zur Einführung des Elterngeld Plus und die Novellierung des Familienpflegezeitgesetzes durch den Bundestag gebracht hat, wird das Parlament voraussichtlich im Januar über die Einführung einer Frauenquote in Führungspositionen der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes beraten.

Der von Schwesig zusammen mit Justizminister Heiko Maas (SPD) vorgelegte Gesetzentwurf, den das Regierungskabinett am 11. Dezember billigte, sieht eine Frauenquote von 30 Prozent für Aufsichtsräte börsennotierter und mitbestimmungspflichtiger Unternehmen vor. Diese Quote soll ab 2016 sukzessive umgesetzt werden. Nach Angaben der Regierung sind von dieser Regelung 108 Unternehmen in Deutschland betroffen. Zudem werden Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmungspflichtig sind, ver-

pflichtet, Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und oberen Management-Etagen festzulegen. Von dieser Verpflichtung sollen etwa 3.500 Unternehmen verpflichtet sein. Auch für die Aufsichtsgremien, in denen der Bund mit mindestens drei Sitzen vertreten ist, soll ab 2016 eine Frauenquote von 30 Prozent, ab 2018 von 50 Prozent gelten. Zudem soll die Bundesverwaltung Zielvorgaben zur Steigerung des Frauenanteils auf der Führungsebene erlassen. Mit auf der Agenda des kommenden Jahres steht auch die Novellierung Prostitutionsgesetzes. Ziel der Novelle ist es, Zwangsprostitution und Menschenhandel zu unterbinden. Ebenso wird über eine Kondompflicht, das Verbot von Flat-Rate-Tarifen und eine Anhebung des Mindestalters für Prostituierte auf 21 Jahre diskutiert. Ursprünglich war das neue Gesetz bereits für 2014 angekündigt, doch Union und SPD konnten sich bislang noch nicht in allen Punkten einigen. *aw*

## Vorstoß zum Doping

### RECHT Initiative auch gegen Bestechung von Medizinern

Zwei der wichtigsten von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) für 2015 vorgesehenen Gesetzesinitiativen finden in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien statt. In Kooperation mit dem Innenministerium soll es einen Vorstoß gegen Doping im Sport geben. Nach den Plänen von Maas müssen Spitzensportler künftig mit bis zu drei Jahren Haft rechnen, falls ihnen die Einnahme verbotener Substanzen nachgewiesen werden sollte. Auch soll der Erwerb und der Besitz verbotener Stoffe zukünftig mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet werden können. Der Entwurf sieht außerdem Strafen für Ärzte vor, die Dopingmittel verabreichen.

Als weitere Kooperation steht die Einführung der Frauenquote für 2015 auf dem Programm, allerdings unter Federführung des Familienministeriums (siehe oben). Aufgrund eines Urteils des Bundesgerichtshofes wird die Bundesregierung im nächsten Jahr einen Gesetzentwurf gegen Beste-

chung in Gesundheitswesen vorlegen. Niedergelassene Mediziner dürfen bisher von Pharmaunternehmen Zuwendungen erhalten, wenn sie bestimmte Medikamente verschrieben. Das soll sich nun ändern.

Für das erste Halbjahr 2015 steht noch eine Überarbeitung des Vergewaltigungsparagraphen im Strafgesetzbuch an. Dazu ist Deutschland im Zuge der Ratifizierung der „Istanbul-Konvention“ zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verpflichtet. Hierzu hat der Rechtsausschuss für Ende Januar eine öffentliche Anhörung angesetzt. Zudem plant Maas einen Überarbeitung des Mordparagraphen. Ansonsten steht das Mietrecht hinsichtlich der Kosten der energetischen Sanierung von Gebäuden auf der Jahresplanung des Ministers.

Im Bereich des Verbraucherschutzes nehmen Anfang 2015 die Marktwächter für den digitalen Bereich und den Finanzmarkt ihre Arbeit auf. *jbb*

## Von einer Großbaustelle zur nächsten

### ARBEIT UND SOZIALES Ministerin Nahles will Tarif-Wirrwarr beenden und Langzeitarbeitslose besser fördern

Andrea Nahles (SPD) scheint die Aufregung zu gefallen: Kaum hatte sich der Streit über die ersten Großprojekte des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Mindestlohn und Rentenpaket – etwas beruhigt, da bog die Ministerin in der zweiten Jahreshälfte 2014 mit einem neuen Gesetzesprojekt um die Ecke, das seit Monaten für Zündstoff vor allem bei den Gewerkschaften sorgt: Das geplante Gesetz zur Tarifeinheit soll Anfang des Jahres den Bundestag passieren.

**Ein Betrieb ein Tarifvertrag** Dabei ist die Tarifeinheit eigentlich keine neue Erfindung. Sie existierte bis 2010, als ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts den Grundsatz der Tarifeinheit zugunsten der Tarifpluralität aufgab und dadurch kleine Sparten-Gewerkschaften stärkte. Die Neuregelung der Tarifeinheit gestaltet sich verfassungsrechtlich kompliziert, will man nicht mit dem im Grundgesetz garantierten Streikrecht in Konflikt geraten. Die bisherigen Pläne des

Ministeriums sehen vor, in einem Betrieb nur den Tarifvertrag jener Gewerkschaft gelten zu lassen, die im Betrieb die meisten Mitglieder hat. Um die Rechte von Minderheitsgewerkschaften zu schützen, soll ihnen ein „vorgelagertes Anhörungsrecht“ sowie ein „nachgelagertes Nachzeichnungsrecht“ gegenüber dem Arbeitgeber eingeräumt werden. Die Bundesregierung hat immer wieder betont, dass es nicht darum gehe, das Streikrecht zu beschneiden. Kritiker halten dem entgegen, dass dieses Recht indirekt ausgehebelt werde, weil es für die Minderheitsgewerkschaften schlicht keinen Sinn mehr mache zu streiken.

**Langzeitarbeitslosigkeit** Bereits im November stellte Andreas Nahles ihr Konzept zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit der Öffentlichkeit vor. Sie kündigte unter anderem an, die Betreuung der rund eine Million Langzeitarbeitslosen in sogenannten Aktivierungszentren zu verbessern. 1.000 Mitarbeiter in den Jobcentern, die bisher für die Betreuung älterer Arbeitsloser zuständig waren, sollen sich künftig um diese neue Zielgruppe kümmern. Die Zentren sollen 2015 starten. Außerdem sieht das Konzept ein ESF-Bundesprogramm für Menschen ohne Berufsabschluss vor, für das bis 2019 rund 900 Mil-

lionen Euro zur Verfügung stehen. Mit dem Programm sollen 33.000 Menschen vor allem durch Lohnkostenzuschüsse an Arbeitgeber und ein begleitendes Coaching gefördert werden.

**Inklusion** Ein weiteres Großprojekt ist ein noch zu schaffendes Bundesteilhabegesetz. Damit soll vor dem Hintergrund der be-

reits 2009 in Deutschland verabschiedeten UN-Behindertenrechtskonvention die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Aufgrund der Komplexität des Themas und des sich daraus ergebenden Beratungsprozesses aller politischen und gesellschaftlichen Akteure ist eine Kabinettsbefassung erst Ende 2015/Anfang 2016 geplant

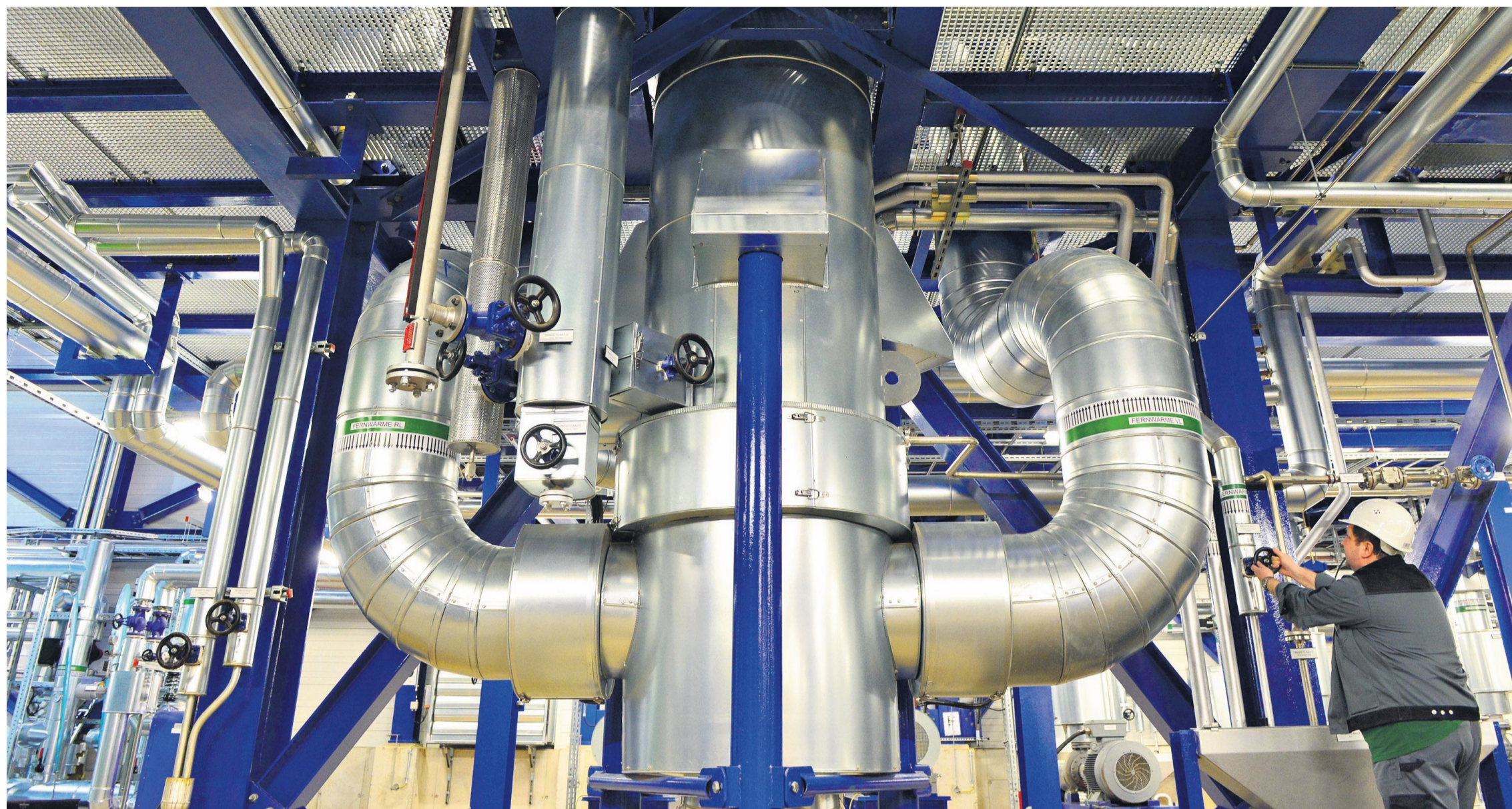
**Hartz IV** Das Ministerium plant außerdem Rechtsvereinfachungen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Hartz IV). Hierzu will es 2015 einen Gesetzentwurf vorlegen, der auf Vorschläge der eigens dafür gegründeten Bund-Länder-Arbeitsgruppe zurückgreift. Ziel ist es, weniger Bürokratie und mehr Zeit für die Betreuung der Hilfebedürftigen zu schaffen und die Sanktionsmechanismen bei Hartz IV für unter 25-Jährige zu ändern.

**Werkverträge und Betriebsrenten** Auf der Agenda 2015 stehen außerdem noch Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Zeitarbeit. Außerdem plant das Ministerium ein „Rückkehrrecht in Vollzeit“ durch eine Änderung des Teilzeitrechts und eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. *Claudia Heine*



Bei der Bahn eskalierte 2014 der Streit zwischen den Gewerkschaften.





Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen wie hier in Erfurt sind ein wichtiger Bestandteil der Energiewende,

© picture-alliance/dpa

## Die Suche nach einem Endlager

**KOMMISSION** Es ist eine schwierige und politisch heikle Aufgabe – das war schon vor der ersten Sitzung der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe (Endlager-Kommission) im Mai vergangenen Jahres klar. Die 34 Mitglieder der Kommission aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft unter Vorsitz von Michael Müller (SPD) und Ursula Heinen-Esser (CDU) sollen bis Ende diesen Jahres dem Bundestag einen Bericht vorlegen, der unter anderem Kriterien für die Suche nach einem Atommüll-Endlager enthalten soll. Angesichts des bisherigen Verlaufs der Kommissionsarbeit erscheint der Zeitplan ambitioniert.

Nachdem anfangs lange über Formalia diskutiert wurde, steht inzwischen die inhaltliche Arbeit im Vordergrund. Dazu gehören sehr grundsätzliche Fragen, etwa zur Finanzierung der Endlager-Suche, die durch Klagen der Atomkraftbetreiber und die geplante Aufspaltung von E.on aufgeworfen worden. Hier hatten sich bereits im vergangenen Jahr tiefe Gräben zwischen einzelnen Kommissionsmitgliedern aufgetan, auch über der Frage, ob das Thema zum Auftrag der Kommission gehört. Fraglich ist auch der Zeitplan des Suchprozesses. Wiederholt meldeten einzelne Kommissionsmitglieder Zweifel an, ob bis 2031 ein Standort gefunden werden kann. Auch Aspekte wie die Beteiligung der Öffentlichkeit werden in den Kommission zu diskutieren sein. Einen Puffer hat die Kommission indes: Das StandAG sieht vor, dass die Arbeit des Gremiums um sechs Monate verlängert werden kann. Mitte 2016 soll dann spätestens der Bericht vorliegen. scr ||

# Das magische Dreieck

**WIRTSCHAFT** Energiepolitik muss zwischen Sicherheit, Kosten und Umweltverträglichkeit ausgleichen

Die energiepolitischen Herausforderungen bleiben auch in 2015 sportlich. Denn immer noch ist das magische Dreieck einer sicheren, kosteneffizienten und umweltverträglichen Energieversorgung nicht richtig im Lot. Zwar liefern in Deutschland 1,4 Millionen Photovoltaikanlagen und 25.000 Windräder sauberen Strom, doch die CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen, weil viele Kohlekraftwerke weiter laufen und sich effizientere Gaskraftwerke nicht rentieren. Die Großhandelspreise für Strom an der Börse sind aufgrund der Überangebots (mit durchschnittlich drei Cent) so günstig wie noch nie, andererseits wurde Strom für die meisten Verbraucher aufgrund hoher Umlagen nicht günstiger. Und viele Maßnahmen für eine effizientere Wärmenutzung bleiben bisher ungenutzt, weil Anreize und Aufklärung fehlen. Mit einer Reihe von Maßnahmen, wie dem Anfang Dezember vom Kabinett verabschiedeten Aktionsprogramm Klimaschutz 2020, soll gegengesteuert werden. Um mindestens 62 bis 78 Millionen Tonnen soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gesenkt werden, um das nationale Ziel einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 (doch noch) zu erreichen. Nun kommt es auf die konkrete Umsetzung an. Ein Knackpunkt ist die im Klima-Programm vorgesehene Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aus der Kohleverstromung

um mindestens 22 Millionen Tonnen. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) möchte es den Betreibern überlassen, „wie sie die ihnen auferlegten Minderungsbeiträge erbringen. Sie können diese gleichmäßig auf ihre Kraftwerke verteilen, auf einzelne Anlagen konzentrieren und zwischen Anlagen übertragen“, so der Vorschlag des Ministers. Es ist vorgesehen, hierzu im ersten Halbjahr 2015 ein Gesetz zu verabschieden, um das voraussichtlich heftig gerungen werden dürfte. Denn Umweltverbände und die Opposition fordern weitgehende Reduktionsverpflichtungen und Stilllegungen. 25 bis 30 Millionen Tonnen Treibhausgas sollen bis 2020 durch eine bessere Energieeffizienz bei Gebäuden eingespart werden. Um dies zu erreichen, setzt der ebenfalls Anfang Dezember verabschiedete Nationale Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) auf ein Bündel von Maßnahmen wie einer stärkeren Förderung der Gebäudesanierung, der Einführung wettbewerblicher Ausschreibungen zur Verbesserung der Stromeffizienz oder der Weiterentwicklung der Energieberatung. Wie diese umgesetzt werden sollen, ist allerdings größtenteils noch offen. Die Finanzierung hängt

auch maßgeblich davon ab, wie viel zusätzliche Mittel aus dem Zehn-Milliarden-Euro-Investitionspaket von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zur Verfügung stehen werden.

**Wichtige Kraft-Wärme-Kopplung** Entscheidend wird in 2015 auch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) durch eine Novelle des KWK-Gesetzes sein. Dies ist im Klimaschutz-Aktionsprogramm nur am Rande erwähnt. Der Beitrag der KWK für eine zusätzliche Reduktion der Treibhausgasemissionen sei „derzeit nicht bezifferbar“, heißt es lapidar. Dabei ergab ein im Auftrag des Wirtschaftsministeriums erstelltes Gutachten unter Federführung der Prognos AG Anfang Oktober, dass die KWK gegenüber der ungekoppelten Strom- und Wärmeproduktion bereits jetzt 56 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einspart. Ihr Potenzial sei auch bei einem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien enorm. Laut dem Koalitionsvertrag soll denn auch die KWK bis zum Jahr 2020 25 Prozent zur Stromversorgung in Deutschland beitragen, derzeit liegt ihr Anteil bei 16,2 Prozent. Doch die Effizienztechnologie steht vor

allem aufgrund niedriger Großhandelspreise für Strom gehörig unter Druck. Vor allem Erdgas betriebene KWK-Anlagen seien „nicht in der Lage, ihre Betriebskosten zu decken“, heißt es in dem Gutachten. Für die Betreiber entstünden damit „aktuell und künftig Verluste“. Die Autoren der Studie empfehlen, die Förderung über das KWK-Gesetz zu verbessern und die Zuschlagssätze für KWK-Strom, der ins öffentliche Netz eingespeist wird, „um den Faktor zwei bis drei“ (auf vier bis sechs Cent pro Kilowattstunde) anzuheben. Im Frühjahr soll ein Referentenentwurf für ein novelliertes KWK-Gesetz vorliegen, bis Sommer soll die Neuregelung stehen. Spannend ist die Kraft-Wärme-Kopplung auch für ein neues Strommarkt-Designs für die Energiewende, zu dem das Wirtschaftsministerium jüngst ein Grünbuch vorlegte. Denn kleine, gasbetriebene Blockheizkraftwerke lassen sich schnell und flexibel steuern und können neben Speichern und dem Netz die fluktuierende Erzeugung von Solar- und Windstrom ausgleichen helfen. Heftig diskutiert wird bei der anstehenden Marktreform darüber, ob ein optimierter Strommarkt 2.0 geschaffen oder ein sogenannter Kapazitätsmarkt eingeführt wird, der das Vorhalten von Kraftwerkskapazität belohnt. Neuland bei der weiteren Umsetzung der Energiewende ist auch die Durchführung von bundesweiten Pilot-Ausschreibungen für Solar-

parks. Sie sollen die bisherige Vergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ablösen und im Frühjahr 2015 beginnen. Um die Ausgestaltung wird allerdings immer noch gerungen. Knackpunkte sind die Beteiligungsmöglichkeit von kleineren Betreibern wie Energiegenossenschaften und die Einbeziehung landwirtschaftlicher Flächen. Einen markanten Schritt in seiner eigenen Energiewende ging jüngst auch E.on. Der größte Energieversorger Deutschlands will sich künftig auf erneuerbare Energien, Dienstleistungen und Netze konzentrieren und die konventionelle Erzeugung auf ein Unternehmen, das an die Börse gebracht werden soll, ausgliedern. So begrüßenswert die Neuausrichtung ist, so schürt sie nun auch Sorgen, ob sich das hochverschuldete Unternehmen damit nicht auf von seinem finanziellen Risiko zur Begleichung seiner „Atomschulden“ lösen will. Experten wie Uwe Leprich, Leiter des Instituts Zukunfts Energie Systeme in Saarbrücken, sehen darin einen Schritt, „die unkalkulierbaren Haftungsrisiken der Kernkraft aus dem Konzern zu schieben“. Ob aber eine öffentlich-rechtliche Stiftung, in den die Energiekonzerne ihre Atomrückstellungen einbringen wollen, eine sinnvolle Lösung für den Steuerzahler sein könnte, ist noch offen. Hams-Christoph Neidlein ||

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

**»E.on will das Risiko der Atomhaftung aus dem Konzern schieben.«**

Uwe Leprich, Energieexperte

## Von TTIP bis zur Hofabgabe

**LANDWIRTSCHAFT** Der Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung ist im neuen Jahr gleich zu Beginn gefragt: Die Debatte über das Freihandelsabkommen TTIP der EU mit den USA wird unter den Abgeordneten wie Experten 2015 weiter an Fahrt gewinnen. Besonders der unterschiedliche Ansatz beider Wirtschaftsräume im Hinblick auf hygienische Standards, zum Beispiel bei der Produktion von Hühnerfleisch, aber auch der Marktzugang in puncto grüne Gentechnik stellt die Verhandlungen vor sehr große Herausforderungen. Darüber hinaus wird die Gentechnik den Ausschuss bei der Diskussion über die sogenannte Optout-Regelung beschäftigen. Dabei handelt es sich um das Recht, den Anbau von EU-weit zugelassenen gentechnisch veränderten Pflanzen regional ablehnen zu können. Erwartet wird die Vorlage der Bundesregierung zur Novellierung der Düngeverordnung. Diese ist dringend erforderlich, denn es droht ein Vertragsverletzungsverfahren aus Brüssel. Ziel soll sein, den Ammoniakausstoß zu senken und das Grundwasser vor Nitrat zu schützen. Auf die Familienbetriebe kommt im Jahr 2015 die Neuregelung der Hofabgabeklausel zu. Bei dem Thema herrscht derzeit wenig Einigkeit. Die SPD lehnt es ab, dass für Bauern die Auszahlung der gesetzlichen Rentenansprüche an die Abgabe ihrer Höfe an einen Nachfolger gebunden ist. Aus Sicht der CDU/CSU hat sich die Klausel bewährt, weil sie die rechtzeitige Nachfolge sichert. Ein Kompromiss muss noch gefunden werden. Jan Eisel ||

Anzeige

## Viele Themen im kommenden Jahr

**HAUSHALT** Der Haushaltsausschuss des Bundestags und seine 41 Mitglieder werden auch im kommenden Jahr wieder viel zu tun haben. Einiges davon ist schon jetzt absehbar. So wird in der zweiten Jahreshälfte der Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Haushalt 2016 beraten. Los geht es dazu wahrscheinlich am 8. September 2015. Abgeschlossen werden die Beratungen dann am 27. November. In diesem Zeitraum tagt der Ausschuss unter der Vorsitzenden Gesine Löttsch von der Linksfraktion erfahrungsgemäß in mindestens zehn Sitzungen rund 60 Stunden. Traditionell hat die größte Opposition immer den Vorsitz inne. Nach den Planungen der Bundesregierung soll auch der Etat 2016 wieder ohne neue Schulden auskommen. An Ausgaben sind 310,6 Milliarden Euro eingeplant. Daneben hat die Regierung ein Investitionspaket in Höhe von zehn Milliarden Euro angekündigt, dass ab 2016 umgesetzt werden soll. Wie das Geld verteilt wird, ist unklar. Letztendlich muss jedoch der Bundestag auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses entscheiden. Weiter wird sich der Ausschuss mit der Ausgestaltung des Euro-Rettungsschirms beschäftigen müssen. Dabei wird in jedem Fall um weitere Hilfsmaßnahmen für Griechenland gehen. mik ||

## Alle sollen für die Autobahn zahlen

**VERKEHR** Das Ringen um die Infrastrukturabgabe bestimmt die Ausschussarbeit im kommenden Jahr

Mobilität geht alle an – ob auf dem Land, in der Luft oder auf dem Wasser. Deshalb wird der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur mit seinen 41 Mitgliedern unter dem Vorsitz von Martin Burkert (SPD) auch 2015 wieder ein weites Feld bearbeiten. Dabei geht es zum Beispiel um den Bundesverkehrswegeplan, das Eisenbahnpaket, das Konjunkturprogramm und den Berliner Flughafen. Ein weites Feld. Von der Öffentlichkeit aber am meisten beachtet wird wohl die Pkw-Maut, die jetzt Infrastrukturabgabe heißt, und zusätzliche Einnahmen von 500 Millionen Euro im Jahr bringen soll. Das Geld soll ausschließlich für Bundesstraßen verwendet werden. Dazu gibt es zwei Gesetzentwürfe vom Verkehrsministerium sowie vom Finanzministerium, die das Kabinett am 17. Dezember 2014 verabschiedet hat.

**Zwei Gesetzentwürfe** Der Gesetzentwurf von Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) sieht vor, dass deutsche Autofahrer ab 2016 über eine Vignette im Schnitt 88 Euro jährlich für die Nutzung aller (Bundes-)Straßen zahlen müssen. Alle Kfz-Halter bekommen dafür eine Jahresvignette. Die deutschen Halter sollen dann über die Kfz-Steuer so entlastet werden, dass unter dem Strich niemand mehr bezahlen muss.

Deshalb legte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) auch einen Gesetzentwurf zur Novellierung der Kfz-Steuer vor. Im Einzelnen wird dabei der Preis für die „Infrastrukturabgabe“ nach der Umweltfreundlichkeit und dem Hubraum des jeweiligen Fahrzeuges berechnet. Je angefangene 100 ccm Hubraum sollen folgende Abgabensätze anfallen: Fahrzeuge mit einer Schadstoffklasse von Euro 3 oder schlechter: 6,50 Euro (Ottomotor) und 9,50 Euro (Dieselmotor), Fahrzeuge der

Schadstoffklassen Euro 4 und Euro 5: 2 Euro (Ottomotor) und 5 Euro (Dieselmotor) und Fahrzeuge der Schadstoffklasse Euro 6: 1,80 Euro (Ottomotor) und 4,80 Euro (Dieselmotor). Halter von nicht in Deutschland zugelassenen Fahrzeugen sollen dagegen die Vignetten über das Internet und an Tankstellen buchen können. Die Infrastrukturabgabe soll zudem als elektronische Vignette erhoben werden. Die Abgabenhöchstgrenze liegt für alle Autofahrer

bei 130 Euro im Jahr. Halter von nicht in Deutschland Kfz-steuerpflichtigen Fahrzeugen können dabei zwischen einer Vignette für zehn Tage (10 Euro), zwei Monate (22 Euro) oder ein Jahr wählen und sie über das Internet buchen. Zusätzlich ist die Einbuchung an Vertriebsstellen, zum Beispiel an Tankstellen, möglich. Für ausländische Fahrzeughalter gilt die Pkw-Maut vorerst nur auf Autobahnen, denn dort gibt es bereits Maut-Brücken für die Lkw-Maut. Die Ausweitung der Maut für sie auf alle Bundesstraßen soll erst ab dem Jahr 2018 erfolgen.

**Breitbandausbau** Ein weiteres wichtiges Thema wird in diesem Jahr auch der Breitbandausbau sein. Deshalb will die Bundesregierung schon im Frühjahr die 700 MHz-Frequenzen in einer Auktion neu vergeben (sogenannte Digitale Dividende II). Die Erlöse sollen dann in den Ausbau der Breitbandnetze in Deutschland reinvestiert werden. Michael Klein ||



Mautschilder soll es hierzulande bald nicht nur am Warnowtunnel geben. © picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.  
Telefon 069-75014233  
parlament@rs-medien.de  
www.das-parlament.de



**AUFGEKEHRT**

**Apokalypse mit Flair**

Der Weltuntergang steht unmittelbar bevor. Zombies, Außerirdische, der Blob, die vier Reiter der Apokalypse oder banale Dinge wie ein Meteor sind dabei, die Menschheit auszulöschen. Es wird Zeit, unterirdisch auf ein Abflauen der wie auch immer gearteten Bedrohung zu warten. Das ist vor allem für betuchtere Zeitgenossen ein ernsthaftes Problem. Wer schon überirdisch an Villa und Penthaus gewöhnt war, von dem kann ja nicht ernsthaft erwartet werden, sich in Krisenzeiten den Bunker mit dem überlebenden Pöbel zu teilen. Den meist puristischen, an reiner Zweckmäßigkeit ausgerichteten Bunkeranlagen fehlt es zudem schlicht an Flair und Extravaganz.

Wie gut, dass es den US-Unternehmer Larry Hall und sein Luxusbunker-Projekt gibt. Hall hat zwei alte, nicht mehr genutzte Atomsilos der US-Armee übernommen, ein Drittes ist laut Medienberichten in Planung, und Schutzräume mit gehobenem Standard eingebaut. Im Fall der Fälle lasse es sich mehrere Jahre autark in der Anlage leben. Selbst Fische könnten unter der Erde gezüchtet werden. Bis in 53 Meter Tiefe kann der geneigte Käufer zwischen der kleinen (zirka 84m² Wohnfläche, 1,5 Millionen Dollar) oder der großen Variante (zirka 169m², 3 Millionen Dollar) wählen und sich, seine Familie und/oder ausgewählte Freunde unterbringen. Das sind für die Gegend – die Silos liegen im eher glamouriefreien Bundesstaat Kansas – happige Preise, dafür soll die Ausstattung (LED-Fernseher!) entschädigen. Zudem wird in den ehemaligen Silos auch ein Swimming Pool, ein Spa-Bereich und ein Workout-Raum eingebaut. Nur weil die Welt untergeht, muss man ja noch lange nicht so aussehen – und wohnen. **Sören Christian Reimer**

**VOR 50 JAHREN...**

**Fair und nicht so teuer**

**9.1.1965: Wahlkampfabkommen geschlossen** Im Wahlkampf vergessen Politiker mitunter ihre guten Manieren. 1961 etwa, als der SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt Amtsinhaber Konrad Adenauer (CDU) als „greisen Kanzler“ bezeichnete und Letzterer den Umstand



Szene aus dem Wahlkampf 1965 im bayrischen Landkreis Berchtesgaden

thematisierte, dass Brandt unehelich geboren wurde. Vier Jahre später sollte alles fairer verlaufen. Am 9. Januar 1965 schlossen die vier im Bundestag vertretenen Parteien erstmals ein Wahlkampfabkommen. Die freiwillige „Vereinbarung über die Führung eines fairen Wahlkampfes und über die Begrenzung der Wahlkampfkosten“ sollte aber nicht nur für eine möglichst sachliche Auseinandersetzung sorgen, sondern auch Kosten und Dauer des Wahlkampfes begrenzen. So einigte man sich, dass die Wahlkampfausgaben der Union 16,4 Millionen D-Mark und die von SPD und FDP jeweils 15 Millionen D-Mark nicht übersteigen sollten. Ein Schiedsgericht sollte über die Einhaltung des Abkommens wachen, das auch vorsah, dass Plakatwerbung erst 30 Tage vor dem Wahlkampf erlaubt ist.

Doch schon im Februar 1965 berichtete „Der Spiegel“ von einer Plakataktion der SPD, die „der Partei einen Schaden von 8.000 Mark“ einbrachte, weil sie gegen das Wahlkampfabkommen verstieß. Im August beschuldigten die Sozialdemokraten dann die CDU, Wahlbeilagen in Zeitungen vor einem vereinbarten Stichtag verbreitet zu haben. Wie sinnvoll ein solches Abkommen ist, darüber sind sich Experten uneins. **Benjamin Stahl**

**ORTSTERMIN: IM PARLAMENTARSCHIV DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES**



Florian Bless mit verschiedenen Datenträgern – Betacam, Professional Disc und LTO-Tape – im Ton- und Videostudio des Bundestags

© Deutscher Bundestag/Johannes Klemt

**»Wir müssen immer wieder umkopieren«**

Wir müssen uns den Archivar – frei nach Albert Camus – als einen glücklichen Menschen vorstellen. Dem französischen Schriftsteller wird zugeschrieben, den Mythos des Sisyphos radikal neuinterpretiert zu haben. Galt einst das sich stets wiederholende, niemals abgeschlossene Heraufrollen eines Felsbrockens als Marter, sah Camus das ganz anders: „Der Kampf gegen den Gipfel vermag ein Menschenherz auszufüllen.“

Im Parlamentsarchiv gibt es vergleichsweise wenig Felsbrocken und auch erklimmbare Gipfel sind in Berlins Mitte eher unbekannt. Doch das Archivieren ist in gewisser Weise eine Sisyphosarbeit. Niemand wirklich vollendet, immer wieder auf Anfang. „Wir verfolgen das Prinzip der endlosen Migration“, sagt Florian Bless, Mitarbeiter im Archiv des Deutschen Bundestages. Konkret heißt das: „Wir müssen immer wieder umkopieren.“ Das gilt insbesondere für den Bereich der Ton- und Videoaufzeichnungen, für den Bless zuständig ist. So findet sich zum Beispiel jede Rede, die im Bundestag seit 1949 gehalten wurde, in den Beständen. Dabei handelt es sich überwiegend um Tonaufnahmen. Erst ab 1987 wurden vereinzelt Videoaufnahmen gefertigt, seit Ende 1994 sind alle Plenardebatten in Ton und

Bild verfügbar. Gespeichert wurde dabei analog auf Tonbeziehungswiese Videobändern, seit kurzem digital auf sogenannten „Professional Discs“. Allesamt Datenträger, die trotz idealer Lagerbedingungen regelmäßig erneuert werden müssen. „Das ist teuer und arbeitsintensiv“, so Bless. Schon seit längerem digitalisiert das Parlamentsarchiv daher seine Bestände. Ein großer Schritt dahin wurde schon gegangen. „Alle analogen Tonaufzeichnungen der 1. bis zur 12. Wahlperiode sind bereits digitalisiert“, berichtet Bless. Das sind 2.522 Sitzungen von rund 13.502 Stunden Dauer, rund 563 Tage. Nun geht es an die jüngeren Bestände: Die Tonaufzeichnungen auf DAT und die Videoaufzeichnungen auf VHS und Betacam, allein davon gibt es mehr als 6.000 Kassetten, sollen in den kommenden Jahren digitalisiert werden.

Die Dateien werden auf sogenannten LTO-Tapes gespeichert. Der Unterschied ist gewaltig: Auf einem LTO-Tape der 5. Generation – es fasst 1,5 Terabyte Daten – passen zum Beispiel 113 Sitzungen der 7. Wahlperiode. Was nun auf einem Datenträger von der Größe eines Taschenbuchs gespeichert ist, war vorher auf 118 analogen Tonbändern aufgezeichnet. Das hat auch für die Nutzer des Archivs gro-

ße Vorteile: „Das Zugriff geht schneller“, so Bless. Während die Bereitstellung analog vorliegender Inhalte nur durch eine 1:1 Kopie möglich war, können digital vorliegende Inhalte wesentlich schneller kopiert und auch auf digitalem Weg bereitgestellt werden.

Die Digitalisierung bedeutet auch für die Spezialisten eine Umstellung. Der Archivar sei es gewohnt, sozusagen den Schlüssel zu den Beständen zu haben, so Bless. Mit dem „Paradigmenwechsel“ Digitalisierung spielen zukünftig auch Systemadministratoren und andere ITler eine wichtige Rolle. Was lange physisch in tatsächlich zugänglichen Magazinen lagerte, wird zukünftig als Dateien auf digitalen Speichersystemen archiviert werden. Für Bless ist das keine negative Entwicklung: „Darauf muss man sich einlassen. Wir müssen neue Wege gehen.“ Und auch wenn die Digitalisierung der Bestände in einigen Jahren abgeschlossen sein wird, die Arbeit wird nicht ruhen. Datenträger zerfallen, Dateiformate fallen aus der Mode. Sisyphos lässt grüßen. **Sören Christian Reimer**

Das Parlamentsarchiv des Bundestages ist im Internet unter [www.bundestag.de/dokumentelparlamentsarchiv](http://www.bundestag.de/dokumentelparlamentsarchiv) zu finden.

**LESERPOST**

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 19. Januar.

**Zur Ausgabe 52 vom 22.12.2014, Beilage „Leicht erklärt!“ zum Thema Klimawandel:**

In der Ausgabe ist eine falsche Behauptung aufgestellt worden. So heißt es zu den erneuerbaren Energien: „Sie schaden auch nicht der Umwelt.“

Zur Umwelt gehört nicht nur das Klima, sondern primär die Natur (Geologie, Wasser, Tiere, Pflanzen) und zumindest nach meiner Auffassung auch der Mensch. Alle drei als Beispiel aufgeführten erneuerbaren Energien – Windräder, Sonnenenergie und Wasserkraft – haben auch ihre Schattenseiten für die Umwelt.

Der Bau eines Windrades zum Beispiel stellt zunächst einen Eingriff in die Landschaft dar. Es werden riesige Betonfundamente benötigt, die allein massive Auswirkungen auf den Boden und damit unter Umständen auf die Wasserführung haben. Nach Inbetriebnahme kommt es zu spürbaren Eingriffen in die Tierwelt, zum Beispiel durch die Tötung von Vögeln oder Fledermäusen. Auch Menschen in der Umgebung sind zum Beispiel durch Lärmimmissionen, Schlagschatten und Blinklichter betroffen.

Christof Schneider,  
Lennestadt

**»Kunstfische« gesucht**

**BILDHAUER** „Kunstfische“ im Alter von acht bis zwölf Jahren sucht das Team des Kunstreferats des Deutschen Bundestages für einen Bildhauerworkshop am Samstag, 14. Februar, in Berlin. Unter dem Titel „Wert-Stoffe“ sind die Nachwuchskünstler eingeladen, in Shadow-Haus – ganz in der Nähe des Brandenburger Tores – eine eigene künstlerische Währung zu entwickeln. Hintergrund ist die Geschichte des Veranstaltungsortes. Dort arbeitete Namensgeber Johann Gottfried Schadow (1764-1850) als Hofbildhauer des preußischen Königs. Schadow, der die Berliner Bildhauerschule begründete, wirkte unter anderem bei der Gestaltung des Brandenburger Tores mit. Er modellierte die Quadriga sowie die Mars- und Minerva-Statuen. Auch mit der Welt des Geldes setzte sich Schadow auseinander. Für den damaligen Neubau der Berliner „Münze“ am Werderschen Markt fertigte er nach Entwürfen von Friedrich Gilly ein etwa 36 Meter langes Relief, den sogenannten Münzfries. Darauf wird der Prozess der Münzprägung dargestellt. Das Schlussstück des Originals ist noch bis 22. Februar im Shadow-Haus ausgestellt. Eine Kopie des Werkes ist am Palais Schwerin am Mühlendamm 3 in Berlin-Mitte angebracht. Informationen zur Anmeldung und Kunstprojekten für Kinder und Jugendliche sind auf der Seite [www.kunst-im-bundestag.de](http://www.kunst-im-bundestag.de) zu finden. **scr**

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 12. – 16.01.2015

Gesunde Ernährung (Do)  
Freihandelsabkommen (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

**Müntefering wird 75**



Am 16. Januar vollendet Franz Müntefering sein 75. Lebensjahr. Der in Neheim-Hüsten bei Arnsberg geborene Sozialdemokrat blickt auf eine lange, erfolgreiche und vielfältige Karriere in Staat und Partei zurück. Er war Kommunal- und Landespolitiker, Staats- und Bundesminister, Landtags- und Bundestagsabgeordneter sowie Fraktionsvorsitzender, vor allem aber Generalsekretär und Vorsitzender seiner Partei – letzteres gleich zweimal, 2004 bis 2005 sowie 2008 bis 2009. Ein solcher Werdegang ist selten, aber doch irgendwie typisch für den ebenso wort- und bilderreich wie lakonisch formulierenden sowie einem lauterem Pragmatismus verpflichteten Jubilar. Dass der sauerländische Katholik das Amt des SPD-Vorsitzenden als das schönste neben dem des Papstes bezeichnete, charakterisiert treffend sein Denken und Analysieren. Dabei war Müntefering bei aller Gelassenheit stets durchsetzungs- und überzeugungsstark, gerade bei der Verabschiedung der Agenda 2010. Der gelernte Industriekaufmann schloss sich 1966 der SPD an, war von 1992 bis 1998 Chef des SPD-Bezirks Westliches Westfalen und von 1998 bis 2001 Vorsitzender seiner Partei in Nordrhein-Westfalen. Von 1992 bis 1995 amtierte er hier als Arbeits- und Sozialminister. Es folgten sechs Jahre als oberster SPD-Manager, kurz unterbrochen von seiner Zeit als Bundesverkehrsminister 1998/99. Von 2002 bis 2005 stand er an der Spitze der SPD-Bundestagsfraktion und war danach bis 2007 Bundesarbeitsminister und Vizekanzler. Bei den Sozialdemokraten wird seine Meinung bis heute sehr geschätzt. **Bernd Haunfelder**

**PERSONALIA**

**>Karl-August Kamilli**  
**Bundestagsabgeordneter 1990, SPD**  
Am 5. Januar wird Karl-August Kamilli 70 Jahre alt. Der Geophysiker schloss sich 1989 dem Neuen Forum an und war im Oktober Mitbegründer der Sozialdemokratie in Leipzig. Von März bis Oktober 1990 gehörte Kamilli der ersten frei gewählten Volkskammer an und danach bis Dezember dem Bundestag. 1995 verließ er die SPD.

**>Dietrich Mahlo**  
**Bundestagsabgeordneter 1987-1998, CDU**  
Dietrich Mahlo vollendet am 8. Januar sein 80. Lebensjahr. Der aus Berlin stammende promovierte Jurist war CDU-Vorsitzender in Wilmsdorf und gehörte von 1979 bis 1988 dem Abgeordnetenhaus an. 1987 war er für den Abgeordneten Peter Lorenz in den Bundestag nachgerückt. Hier engagierte er sich vorwiegend im Rechtsausschuss.

**>Leyla Onur**  
**Bundestagsabgeordnete 1994-2002, SPD**  
Am 8. Januar begeht Leyla Onur ihren 70. Geburtstag. Die Berufsschullehrerin aus Braunschweig trat 1973 der SPD bei und stand von 1991 bis 2002 an der Spitze des dortigen Unterbezirks. Von 1976 bis 1989 war sie Ratsfrau in Braunschweig und amtierte von 1986 bis 1989 als Zweite Bürgermeisterin. Onur, Direktkandidatin des Wahlkreises Braunschweig, gehörte dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung an. Von 1989 bis 1994 war sie Mitglied des Europäischen Parlaments.

**>Klaus Gärtner**  
**Bundestagsabgeordneter 1976-1983, FDP**  
Klaus Gärtner wird am 10. Januar 70 Jahre alt. Der Diplom-Politologe wurde 1968 FDP-Mitglied, stand 1978 an der Spitze des FDP-Bezirksverbands Düsseldorf und gehörte dem NRW-Landesvorstand an. Von 1988 bis 1993 amtierte Gärtner als Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Finanzministerium und danach bis 2002 als Chef der Staatskanzlei in Kiel. Im Bundestag arbeitete Gärtner im Haushaltsausschuss mit.

**>Eike Ebert**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-1994, SPD**  
Eike Ebert vollendet am 11. Januar sein 75. Lebensjahr. Der Darmstädter Rechtsanwalt und Vorstandsvorsitzende der dortigen Sparkasse schloss sich 1956 der SPD an, wurde 1972 Ortsvereinsvorsitzender und trat 1989 an die Spitze des Unterbezirks. Seit 1981 war er Stadtverordneter. Ebert, Direktkandidat des Wahlkreises Darmstadt, engagierte sich im Finanzausschuss.

**>Winfried Fockenberg**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU**  
Am 15. Januar wird Winfried Fockenberg 70 Jahre alt. Der Jurist und Diözesansekretär aus Bottrop trat 1965 der CDU bei. Von 1976 bis 1999 war er Ratsherr in Bottrop und dort von 1976 bis 1991 Bürgermeister. Im Bundestag gehörte er dem Ausschuss für Familie und Senioren an. **bmh**

**SEITENBLICKE**





leicht  
erklärt!

# Migration

Was ist das?



## Migration



In fast allen Ländern der Welt leben Migranten.

Das heißt:  
Sie leben nicht in ihrem Heimatland.

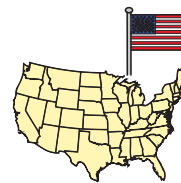
Ein Migrant ist ein Mensch, der aus einem anderen Land kommt.

Oft sprechen Migranten eine andere Sprache.

Viele haben eine andere Kultur oder Religion.

Das gab es schon immer.

Wenn ein Mensch in ein anderes Land geht, weil er dort leben möchte, nennt man das:  
Auswandern.



Besonders viele Menschen wandern in die USA aus.

Aber auch nach:

- Kanada
- Südamerika
- Australien.



## Migration in Deutschland

Auch in Deutschland leben Migranten.

Die meisten Migranten hier kommen aus der Türkei.

Am 31. Dezember 2013 lebten etwa 1,5 Millionen Menschen aus der Türkei in Deutschland.



Auch viele Menschen aus Polen und Italien leben in Deutschland.

Viele Menschen kamen in den 1950er und 1960er Jahren nach Deutschland.



Sie wurden in Deutschland gebraucht:  
Denn es gab zu wenige Arbeiter  
und sehr viel Arbeit.

Man nannte sie „Gastarbeiter“.

Auch heute noch kommen Menschen  
aus aller Welt, um in Deutschland zu  
arbeiten.



Sie werden hier gebraucht.

Denn: Die ganze Arbeit kann nicht  
alleine von Deutschen erledigt  
werden.



Gerade Spezialisten fehlen in  
Deutschland.

Das nennt man „Fachkräftemangel“.

Fachkräfte sind Menschen, die etwas  
gelernt haben und gut können.

Zum Beispiel:  
- Gut mit dem Computer umgehen  
- Gut verkaufen können.

Schon jetzt fehlen über 100 000  
dieser Fachkräfte.



Daher kommen viele Menschen  
aus anderen Ländern, die etwas  
gut können.

Gerade junge Menschen aus Europa.

Sie finden oft in ihrem Heimatland  
keine Arbeit.

Sie helfen dann in Deutschland, dass  
die Arbeit geschafft werden kann.

Das sind alles Menschen, die ihr Land  
freiwillig verlassen.



Viele Migranten müssen aber ihr  
Land verlassen.

Das kann viele Gründe haben.

Zum Beispiel:  
- Krieg  
- Hungersnöte  
- Unwetter  
- Und so weiter.

Dies ist oft sehr schlimm.

Diese Migranten kommen nicht  
freiwillig in ein anderes Land.



Gibt es zum Beispiel einen Krieg,  
können die Menschen in ihrer  
Heimat nicht leben.

Sie haben Angst oder haben nichts zu  
essen oder zu trinken.

Sie müssen dann flüchten.

Oft werden sie in ihrer Heimat dann  
auch verfolgt.

Zum Beispiel wegen ihrer Religion  
oder ihrer Hautfarbe.



### Ein Beispiel

Libyen ist ein Land in Afrika.

Dort leben etwa 6 Millionen  
Menschen.

Die Haupt-Stadt ist Tripolis.  
Dort wird Arabisch gesprochen.

Vor drei Jahren brach dort ein  
Bürgerkrieg aus.

Viele Menschen mussten fliehen.  
Sie wollen nach Europa.



Und zwar nach Deutschland, Frankreich, Schweden, Großbritannien oder Belgien.

Dort möchten sie Asyl bekommen. Asyl ist eine Erlaubnis, bleiben zu dürfen.

Man nennt sie „Flüchtlings-Migranten“.



Um nach Europa zu gelangen, fliehen viele zur Insel Lampedusa.

Sie liegt im Meer vor Italien. Dahin flüchten die Migranten.

Dies ist nicht leicht für sie.

Denn dazu müssen sie über das Meer.

Und zwar rund 300 Kilometer weit. Dazu benutzen sie Boote.

Die Boote sind allerdings viel zu klein.

Viel zu viele Menschen wollen fliehen.

Denn sie haben Angst vor dem Krieg.

Aber: Nicht jeder schafft die Bootsahrt.

Bei der Flucht sterben sogar Menschen.

Die Boote sind viel zu voll. Dort ist es sehr kalt.

Es gibt auch sehr wenig Essen und Trinken.

Die Zustände sind kritisch.

## Wer flüchtet nach Deutschland?



Im November flüchteten besonders viele Menschen aus Syrien nach Deutschland.

Dort herrscht seit Monaten ein schlimmer Krieg:



Terroristen der Gruppe „Islamischer Staat“ wollen Syrien und den Irak beherrschen.

Sie planen einen Gottesstaat.

Jeder, der nicht mitmachen will, muss fliehen.

Denn: Die Terroristen bringen die Menschen um, die nicht mitmachen wollen.

Daher ist klar: Viele Menschen aus dieser Region flüchten.

Jeder dritte Migrant im November, der nach Deutschland gekommen ist, kommt aus Syrien.

In Zukunft werden noch mehr Menschen gezwungen sein, nach Deutschland zu kommen.

Politiker sagen: Etwa 230000 Leute wollen 2015 nach Deutschland.

## Deutsche, die auswandern

Migranten kommen nicht nur nach Deutschland.

Es gibt auch einige Deutsche, die Deutschland verlassen.

Die meisten Deutschen gehen in die Schweiz.

2006 waren es rund 180 000 Menschen.

Die Zweit- und Drittmeisten gehen in die USA und Österreich.

Insgesamt haben 2006 145 000 Menschen Deutschland verlassen.



## Schwierigkeiten der Migration



Bei der Migration kommen Menschen aus aller Welt zusammen.

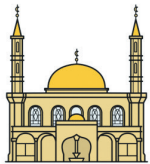
Das kann auch mal Schwierigkeiten geben.

Es gibt zum Beispiel Menschen, die schon im Land leben und sagen:

„Wir wollen keine Migranten.“

Sie haben Angst oder wollen es aus anderen Gründen nicht.

Zur Zeit demonstrieren einige Deutsche gegen Migranten.



Vor allem gegen Migranten mit muslimischem Hintergrund.

Diese Demonstrationen heißen „PEGIDA“.

PEGIDA heißt in schwerer Sprache:

Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes.

Die Menschen, die demonstrieren, sagen:  
„Wir wollen keine muslimischen Migranten.“

Auch Sprache ist oft ein Problem.



Menschen sollten die Sprache des Landes können.

Dann können sie sich besser integrieren.

Das heißt: Sie haben mehr Teilhabe an der Gesellschaft.

## Verantwortliche in Deutschland



In der Politik gehört das Thema Migration zum:  
„Bundesministerium des Inneren“.

Hier kümmern sich die Mitarbeiter um Fragen und Probleme.

Sie sagen:



- Deutschland ist ein offenes Land. Alle Menschen, die hier für immer leben, sollen auch dazu gehören.
- Für alle Menschen gelten Rechte und die Pflichten.
- Menschen sollen miteinander leben.
- Menschen sollen voreinander Respekt haben.

Denn:

Nur so kann ein gutes Zusammenleben garantiert werden.



Es gibt auch eine Beauftragte für Migration.

Sie heißt:  
Aydan Özoğuz

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Die Bilder sind von Picto-Selector und:

Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“  
02-03/2015